

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Karl Dietrich Bracher

Wissenschaft und Widerstand:  
Das Beispiel der „Weißen Rose“

Walter Baum

Marine, Nationalsozialismus  
und Widerstand

B 29 / 63

17. Juli 1963

**Karl Dietrich Bracher**, Dr. phil., o.  
Universitätsprofessor für Politische Wissen-  
schaft und Zeitgeschichte, Leiter des Seminars  
für Politische Wissenschaft an der Universität  
Bonn, geb. 13. März 1922 in Stuttgart.

**Walter Baum**, Dr. phil. (ao), Professor  
an der Duke Universität Durham, N.C./USA,  
z. Zt. Schuldienst, geb. 7. März 1914 in Berlin.

**Herausgeber:**

**Bundeszentrale für politische Bildung,**  
53 Bonn/Rhein, Königstraße 85.

Nachforderungen der Beilagen „Aus Politik und  
Zeitgeschichte“ sind an die Vertriebsabteilung  
DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänse-  
markt 21/23, zu richten. Abonnementsbestel-  
lungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT  
zum Preise von DM 1,89 monatlich bei Post-  
zustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur  
an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von  
Sammelmappen für die Beilage zum Preise  
von DM 5,— zuzüglich Verpackungs- und Por-  
tokosten richten Sie bitte an die Vertriebs-  
abteilung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36,  
Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus  
Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Mei-  
nungsäußerung der herausgebenden Stelle  
dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung  
und Urteilsbildung.

# Wissenschaft und Widerstand: Das Beispiel der „Weißen Rose“

## I.

Zehn Jahre nach dem Beginn des Hitlerregimes, am 18. Februar 1943, flatterten durch den Lichthof der Münchener Universität hunderte von hektographierten Flugblättern mit dem Aufruf an die Kommilitonen: „Der Tag der Abrechnung ist gekommen, der Abrechnung der deutschen Jugend mit der verabscheuungswürdigsten Tyrannei, die unser Volk je erduldet hat. Im Namen der deutschen Jugend fordern wir vom Staat Adolf Hitlers die persönliche Freiheit, das kostbarste Gut des Deutschen zurück, um das er uns in der erbärmlichsten Weise betrogen . . .“ Und weiter stand zu lesen: „Es geht uns um wahre Wissenschaft und echte Geistesfreiheit! Kein Drohmittel kann uns schrecken, auch nicht die Schließung unserer Hochschulen. Es gilt den Kampf jedes einzelnen von uns um unsere Zukunft, unsere Freiheit und Ehre in einem seiner sittlichen Verantwortung bewußten Staatswesen . . .“ Und zum Schluß: „Unser Volk steht im Aufbruch gegen die Verknechtung Europas durch den Nationalsozialismus . . .“<sup>1)</sup>

Es waren die Tage, in denen die Katastrophe von Stalingrad offenbar geworden war. Aber schon in den Wochen und Monaten vorher waren ähnliche Flugblätter in München und von dort auch an anderen deutschen Universitäten, in Berlin, Freiburg, Hamburg, und in den Briefkästen vieler Bürger aufgetaucht, waren an Häuserwände und auf Straßen Münchens zahlreiche Freiheitsrufe gemalt: „Nieder mit Hitler“ stand da weithin sichtbar zu lesen, und über dem Eingang der Universität selbst groß die Aufschrift „Freiheit“; russische Zwangsarbeiterinnen mühten sich, sie wieder zu entfernen.

An diesem 18. Februar hatte endlich ein eifriger Hausmeister die Studenten entdeckt, die die selbstgeschriebenen Flugblätter ausbreiteten.

Die rasch alarmierte Gestapo verhaftete sie: den 24jährigen Medizinstudenten Hans Scholl aus Ulm und seine kaum 22jährige Schwester Sophie, Studentin der Naturwissenschaft und

Philosophie, wenig später auch ihren Freund Christoph Probst, Student der Medizin, 23 Jahre alt. Vier Tage später schon folgte nach Weisung von oben die Hinrichtung: am 22. Februar fünf Uhr nachmittags, nur vier Stunden nach einem brutalen Schnellverfahren, zu dem der höchste Justizmörder des Regimes, der „Reichshenker“ Roland Freisler aus Berlin herbeigeeilt war, an der Spitze des mit hohen SS- und SA-Führern besetzten „Volksgerichtshofs“. Es war genau so, wie es damals ein Gerichtsbeamter hinsagte: „Das machen wir immer so. Wir warten gar nicht lange das Gnadengesuch ab; wir vollstrecken einfach.“<sup>2)</sup>

Wenig später folgten neue Verhaftungen; sie endeten mit der Hinrichtung, richtiger gesagt,

**Walter Baum:**

**Marine, Nationalsozialismus  
und Widerstand**

**(siehe Seite 17)**

Ermordung weiterer Studenten: der Mediziner Willi Graf und Alexander Schmorell, und des 49jährigen Musikwissenschaftlers und Professors der Psychologie und Philosophie Kurt Huber. Schließlich mit qualvoller Verspätung noch nach anderthalbjähriger Haft die Hinrichtung des Chemiestudenten Hans-Karl Leipelt, der als Hamburger Verbindungsmann der Witwe Professor Hubers in Hamburg gesammelte Spenden überbringen sollte; sie war im Zuge der „Sippenhaftung“ wie viele der Familienangehörigen und Bekannten mit verhaftet worden. Zahlreiche andere Gesinnungsgenossen, die jüngsten 19 Jahre alt, trafen hohe Zuchthaus- und Gefängnisstrafen, weil sie die Flugblattaktion unterstützt hatten. Sie kamen meist aus Württemberg und Bayern, später traf auch

1) Inge Scholl, Die weiße Rose, Frankfurt/M. 1955, S. 151 ff.

2) Clara Huber (Hrsg.), Kurt Huber zum Gedächtnis, Regensburg 1947, S. 30; vgl. auch Walter A. Schmidt, Damit Deutschland lebe, Berlin 1959, S. 226.

eine größere Gruppe Hamburger Studenten das Verdikt<sup>3)</sup>.

Die überstürzten Pauschalverfahren sollten den Widerstand, der sich vielfach regte, im Keime ersticken. Die Hast mochte auch Angst und schlechtes Gewissen des Regimes verraten, so wie es ja gleichzeitig auch die Massenvernichtungsaktionen mit der Heimlichkeit des Verbrechens betrieb. Drohend lakonisch verkündeten Kurzmeldungen in den Zeitungen und rote Plakate an den Litfaßsäulen das Gesetz dieser Diktatur, das schon die Bekundung des Freiheitswillens mit dem Tode bestrafte. Aber das Zeugnis konnten sie nicht hindern, das Hans Scholl noch vor dem Scharfrichter ablegte, als er zuletzt rief: „Es lebe die Freiheit!“ Und Sophie Scholl hatte zuvor dem Volksgerichtshof den Satz ins Gesicht geschleudert: „Was wir geschrieben und gesagt haben, das denkt Ihr ja alle auch, nur fehlt Euch der Mut, es auszusprechen.“<sup>4)</sup> Kritik und Zuversicht zugleich waren in diesen Worten: Kritik an der Unterwerfung des Geistes unter Gewalt und Verführung, Zuversicht im Blick auf die Unzerstörbarkeit des Gewissens und der Wahrheit. Unmittelbar nach dem 18. Februar war an Häuserwänden in München zu lesen: „Der Geist lebt!“<sup>5)</sup>.

Freilich, weithin zündend hat diese Tat damals an unseren Universitäten nicht gewirkt; den wachsenden Regungen des Widerstandes stand eine ständig verschärfte Überwachung und Verfolgung gegenüber. Sie hat zur Verhaftung und Ermordung zahlreicher weiterer Studenten, besonders in Hamburg und Berlin, geführt. Aber kein Wort, kein Gnadengesuch hat die Münchner Universität selbst, Professoren oder Studentenschaft in jenen Monaten für ihre akademischen Mitbürger gewagt. Im Gegenteil: auch Professor Huber noch mußte mitanhören, wie auf einer eigens einberufenen Versammlung in der Universität am 25. Februar „der Gaustudentenführer seine jungen

Freunde als ehrlose und niederträchtige Gesellen schmähte“<sup>6)</sup>.

So bleibt die harte Frage an uns gerichtet, was Geist, Wissenschaft, Universität damals vermochten. Welche Antwort können wir heute, in der scheinbaren Sicherheit einer sich als freiheitlich bekennenden Demokratie, darauf geben? Wie ist das Vermächtnis aufgenommen, wahrgenommen worden?

Ganz offenbar haben jene Ereignisse im öffentlichen Bewußtsein nicht den Platz, der ihnen gebührt. Gewiß gibt es eine ganze Reihe von Büchern, die dem deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus gewidmet sind. Gewiß gibt es Gedenkveranstaltungen zum 20. Juli, dem nach außen augenfälligsten Symbol einer opfervollen, weitverzweigten Opposition gegen das Hitler-Regime. Aber wie es nicht gelungen ist, dies Gedenken in den Rang eines nationalen Besinnungstages zu erheben und im bundesrepublikanischen Leben zu verankern, so gilt auch das Wort noch, das Theodor Heuss zehn Jahre danach, am 20. Juli 1954, ausgesprochen hat: die Verpflichtung ist „noch nicht eingelöst, das Vermächtnis ist noch in Wirksamkeit“<sup>7)</sup>.

Es ist die Frage nach dem inneren Gehalt und Sinn der äußerlich vergeblich scheinenden, in Gewalt und Blut erstickten Taten des Widerstandes, die damit gestellt ist. Was bedeuten sie für die politische und geistige Existenz eines Landes, das wohl der Vernichtung entgangen ist, die ihm seine Führer zubereitet hatten, das aber staatlich gespalten, in seinem geschichtlichen und politischen Selbstverständnis gebrochen, dem materiellen Wiederaufbau zugewandt, im Vergessen Schutz sucht vor den furchtbaren Bildern der Vergangenheit? Wir können uns nicht damit begnügen, die Ereignisse um die Tat der Geschwister Scholl und ihrer Freunde zu beschreiben, die für viele unter uns schon ferne, vor ihrem Lebenskreis liegende Geschichte sind. Wir fragen vielmehr nach ihrer Gegenwartsbedeutung und zugleich nach ihrem Platz an der politischen Bewußtseinsgeschichte der Deutschen, aber nicht nur der Deutschen, wie ja auch die Gedanken und Aufrufe jener Widerstandsgruppen erst im europäischen, übernationalen Zusammenhang ihren Sinn und ihr Ziel gefunden haben. In einem der Flugblätter, mit denen die Scholl-Gruppe die Studenten der Münchner Univer-

3) Wiedergabe des Urteils gegen die süddeutsche Gruppe bei Huber, a. a. O., S. 32 ff.; vgl. ferner Günther Weissenborn (Hrsg.), *Der lautlose Aufstand, Hamburg 1953*, S. 94 ff., S. 267 ff. (mit der Begründung Freislers); K. H. Jahnke (Hrsg.), *Niemals vergessen, Berlin 1959*, S. 196 ff., S. 214 ff. Zusammenfassend: *Der 18. Februar, Umriss einer deutschen Widerstandsbewegung*, in: *Die Gegenwart* 1, Nr. 20/2 (21/30 Okt. 1946), S. 9 ff.; Hans Rothfels, *die deutsche Opposition gegen Hitler, Frankfurt/M., 1958*, S. 16 f., 38 ff., 131 ff., 179 ff.

4) Scholl, a. a. O., S. 104 ff.

5) *Die Gegenwart*, a. a. O., S. 13.

6) Huber, a. a. O., S. 20 f.

7) *Bekennnis und Verpflichtung, Stuttgart 1955*, S. 21.

sität gegen die Gewaltherrschaft aufzurütteln suchte, lesen wir die Sätze:

„Nur in großzügiger Zusammenarbeit der europäischen Völker kann der Boden geschaffen werden, auf welchem ein neuer Aufbau möglich sein wird . . .“ Und weiter: „Nur eine gesunde föderalistische Staatsordnung vermag heute noch das geschwächte Europa mit neuem Leben zu erfüllen.“<sup>8)</sup>

Im deutschen Widerstand entfalten sich die verschiedensten Schichten und Richtungen. Früh regen sich sozialistische und gewerkschaftliche, bürgerliche und konservative, intellektuelle und kirchliche Opposition gegen den Unrechtsstaat<sup>9)</sup>. Später treten im Staatsapparat und unter den Militärs die Gegner Hitlers hervor; ihnen standen wirksamere Mittel der Konspiration zur Verfügung, sie sind deshalb am ehesten bekannt und gewürdigt worden<sup>10)</sup>. In dem Bereich, der uns am nächsten steht, im Bereich der Universität aber, hat die Aktion der „Weißen Rose“ in München das sichtbarste Zeichen des Widerstandes gesetzt. In drei großen Fragen tritt uns dieser Zusammenhang entgegen:

1. Wie kam es dazu, daß sich ein traditionsreiches und kulturerfülltes Land, voran Jugend und Universität, der Gewaltherrschaft ergeben haben, daß sie die Tyrannei teils hingenommen, teils begrüßt, teils selbst mitgetragen und gefördert haben?
2. An welchen Punkten, in welcher Gestalt hat sich alter und neuer Wille zum Widerstand dagegen erhoben, und was haben Bildung und Wissenschaft, so vielfach verführt und geschändet, zum Aufstand des Gewissens beizutragen vermocht?
3. Was schließlich hat die Erfahrung dieser Zeit uns zu sagen vermocht, in Staat und Gesellschaft, nicht zuletzt auch in unserem eigenen Bereich der Bildung und Wissenschaft? Wieweit können wir sagen, daß die Vergangenheit fruchtbar für unser Denken und Tun geworden sei, daß die tiefen

8) Scholl, a.a.O., S. 149 f.

9) Vgl. K. D. Bracher, Anfänge der deutschen Widerstandsbewegung, in: Festschrift für H. Herzfeld, Berlin 1958, S. 375 ff.

10) Am ausführlichsten bei Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954; vgl. auch K. D. Bracher, La tragédie du 20 juillet 1944, in: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale 9, 36 (1959), S. 45 ff.; ferner die umfassende Bibliographie von G. Stadtmüller, in: Die Vollmacht des Gewissens, Neuaufl. München 1962.

Schatten dieser Vergangenheit nicht wiederkehren, weil wir uns ihren Lehren geöffnet haben?

## II.

Wir wissen heute genau und fast lückenlos zu schildern, wie die erste deutsche Republik gescheitert ist und wie es Hitler und seine Helfer verstanden haben, durch Terror und Gewalt, fast mehr noch durch Täuschung und Lüge die totale, unkontrollierbare Macht an sich zu reißen. Die Zeitgeschichte hat ein umfassendes Bild von den Geschehnissen und Zusammenhängen gezeichnet, die der nationalsozialistischen Herrschaft das Gepräge gegeben haben. Aber umstritten ist die Frage geblieben, wie es um ihre geistigen Voraussetzungen und Wirkungen stehe, warum es geschehen konnte, daß gerade die gebildeten Schichten so rasch, wenn auch oft nur vorübergehend, der Verführung erlegen sind. Der Nationalsozialismus hat nicht ein einziges bedeutendes Buch, nicht einen einzigen originellen Gedanken hervorgebracht. Er berief sich auf ein Sammelsurium von Schlagworten, von Haß- und Gewaltparolen, die in Hitlers „Mein Kampf“ oder in Alfred Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts“ auf fast unlesbare Weise zu einer bombastischen Weltanschauung zusammengeleimt worden waren.

Aber es genügt freilich nicht, darauf hinzuweisen, daß es wohl viele Besitzer, doch wenig Leser dieser Bücher gab. Das Problem liegt tiefer. Im Nationalsozialismus trafen ältere ideologische Strömungen zusammen mit der Empörung über den vermeintlich ungerechten Ausgang des Ersten Weltkrieges und seiner Folgen, für die von Anfang an die Weimarer Demokratie verantwortlich gemacht wurde. In der Tat: der Sturz aus den übersteigerten hohen Erwartungen der Kriegszeit in die Enttäuschungen und Krisen einer besiegten Nation kann allein die Fehlreaktion von 1918 und 1933 nicht verständlich machen. Es zeigte sich vielmehr, daß hier nun Gedanken bereit lagen und nur ergriffen zu werden brauchten, die fast alles Weitere und Spätere schon enthielten: Diktatur und terroristische Gewaltphilosophie, Rassenhaß und Kriegsverherrlichung, Erziehung zu Intoleranz und Mißbrauch der Wissenschaft.

Gewiß: das waren Erscheinungen, die in mancherlei Form auch in anderen Ländern aufgetreten waren, seit der Siegeszug des modernen Nationalismus in radikalen Ideologien seinen Ausdruck fand: antisemitische und imperialistische Lehren sind im Europa des 19. Jahr-

hunderts allenthalben aufgelebt. Sie waren keine deutschen Erfindungen, keine einfache Konsequenz der deutschen Geschichte, wie das jüngst etwa William Shirer in seinem weitverbreiteten Buch über das „Dritte Reich“ behauptet hat<sup>11)</sup>. Namen wie Gobineau und Chamberlain, Sorel und Mussolini weisen auf die überdeutschen, gemeineuropäischen Grundlagen der antidemokratischen Bewegung hin.

Aber freilich: es war auch nicht einfach unglücklicher Zufall, der sie bei uns zum furchtbarsten Triumph geführt hat. In seiner Bilanz der deutschen Katastrophe (1946) hat Friedrich Meinecke diesen tieferen Ursachen nachgespürt. Er schrieb damals:

„Man mag nun immer wieder einwenden, daß machtstaatliches und machiavellistisches Denken nicht auf Deutschland beschränkt war, daß es bei uns vielleicht nur offener gepredigt, aber nicht stärker geübt wurde. Das wird in vollem Umfange zutreffen — aber eben die Offenheit und Nacktheit, die prinzipielle Schärfe und Bewußtheit, die Freude an rücksichtslosen Konsequenzen, die Neigung, etwas zunächst doch Praktisches zu etwas Weltanschaulichem zu erheben — das war das spezifisch Deutsche dabei und zugleich das für die Zukunft Bedenkliche, wenn diese zunächst nur theoretisch sich aussprechenden Gedanken einmal zu Waffen der Herrschenden wurden“.<sup>12)</sup>

Eben dies geschah in dem Augenblick, da die vermeintliche Geborgenheit einer autoritären Staatsordnung verloren, der 1848 abgebrochene Wille zu demokratischer Selbstverwirklichung erneut gefordert wurde. Diese Wiederanknüpfung ist nicht gelungen; als stärker erwies sich die Gewöhnung an den Obrigkeitsstaat, der den Bürgern die Verantwortung abgenommen hatte, und die Verführungskraft einer nationalistischen Machtphilosophie, die inzwischen tief in Bürgertum, Schule und Universität vorgedrungen war. Die Konsequenz war jene doppelt unpolitische Haltung, die Rudolf Smend schon 1928 scharf kritisiert hat<sup>13)</sup>: ein Schwanken zwischen Staatsenthaltung und Machtanbetung gerade auch in der geistigen Schicht, eine Anbetung des politi-

schen Faustrechts — eben das, was der von den Nationalsozialisten so mißbrauchte Friedrich Nietzsche einst als „die Extirpation des deutschen Geistes durch das deutsche Reich“ beklagt hatte<sup>14)</sup>. Der freiheitliche Aufschwung des Geistes- und Universitätslebens zu Beginn des 19. Jahrhunderts, der sich in Widerstand und Rebellion erprobt und — mit dem Höhepunkt der berühmten „Göttinger Sieben“ (1837) — besonders Professoren, Schriftsteller, Studentenbünde ergriffen hatte, hat der Erfolgs- und Machtdoktrin des „Zweiten Reiches“, dem hektischen und imperialen Nachholbedürfnis der „verspäteten Nation“ Platz gemacht<sup>15)</sup>.

Aber für das Scheitern von 1918 wurden nun nicht diese übersteigerten Ansprüche und Bestrebungen verantwortlich gemacht. Es verstärkte sich vielmehr weithin gerade die Meinung, daß man ihnen nicht hart, nicht konsequent, nicht geschlossen genug gefolgt sei. Die Dolchstoßlegende, Ausdruck dieser tiefen Selbsttäuschung, ging in das Schlagwortarsenal der Studentenverbindungen, der akademischen Reden, der Reichsgründungsfeiern ein, die dem Loyalitätsanspruch der Weimarer Republik geradezu entgegengesetzt wurden. Das Staatsbewußtsein blieb gestört; nur als unglückliches Zwischenspiel betrachteten allzu viele Bürger — aus anderen Gründen ja auch die Kommunisten — die Republik, nur als Übergang zu einer erfolgreicherer Verwirklichung der verlorenen Großmachtstellung. Dies war der Grund, weshalb barbarische Unterströmungen der Vorweltkriegszeit, voran Antisemitismus und Terrorismus, erst jetzt so recht politische Bedeutung gewannen. Auf dem Rücken der deutsch-nationalen Restaurationsbewegung entfaltete sich eine revolutionäre Diktaturpropaganda, für die sich wachsende Teile des Bürgertums, der Intelligenz und der Jugend begeisterten. Parolen wie Hans Freyers „Revolution von rechts“<sup>16)</sup>, Oswald Spenglers „barbarischer Cäsarismus“ galten vielen als die Vision einer größeren deutschen Zukunft. Lange vor dem Durchbruch zur Massenbewegung hat der Nationalsozialismus als radikalste Spielart deshalb in der aktionsfreudigen Studentenschaft und im Bündnis mit vielen Studentenverbindungen schon starken Zulauf ge-

11) The Rise and Fall of the Third Reich, New York 1960, deutsch Köln 1961. Aus der umfangreichen Literatur sei hervorgehoben: Hans Kohn, The Mind of Germany, deutsch Düsseldorf 1962.

12) Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe, Wiesbaden 1946, S. 28.

13) Rudolf Smend, Verfassung und Verfassungsrecht, München-Leipzig 1928, S. 3.

14) Vgl. F. W. Foerster in: E. J. Gumbel, Freie Wissenschaft, Straßburg 1938, S. 85 ff.

15) Dazu Helmuth Plessner, Die verspätete Nation, Stuttgart 1959.

16) So Freyers gleichnamige Schrift von 1931.

funden<sup>17)</sup>. Früh kam es zu Hetz- und Boykottaktionen gegen republikanische und jüdische Dozenten. Und die Terrorisierung und Gleichschaltung der Universitäten ist 1933 durch die Demonstrationen und Denunziationen der Studentenschaft wesentlich beschleunigt worden. Sie haben der Drangsalierung und Zwangs-entfernung der mißliebigen Lehrer und Kommilitonen von unten nachgeholfen, so weit die Verfolgung von oben ihrer noch bedurfte und nicht auch Neid und Ehrgeiz das Gewünschte besorgten<sup>18)</sup>.

Die lange angebaute chronische Krise in Bildung und Universität ging nun in eine akute Krise über. Noch 1932 hatte Ernst Robert Curtius in seinem Buch „Deutscher Geist in Gefahr“ die Ursachen warnend genannt<sup>19)</sup>: es war die Tragödie der Trennung von Geist und Politik, von klassisch-humanistischer Bildung und machtbefflissener Realpolitik. Nun wurde sie in einer Pseudo-Synthese gewaltsam aufgehoben. Aber um den Preis der Anpassung des Geistes an die Macht, die damit glaubte, ihre eigene Kultur „schaffen“ zu können.

Freilich: die Riesenzahl der Vertriebenen und Gemaßregelten schon in diesen ersten Monaten des Hitler-Regimes zeigt auch, welche Widerstände doch noch überwunden werden mußten, um die Universität dem totalitären Anspruch einer einseitig politisierten Wissenschaft und Lehre gefügig zu machen. Und dies, obwohl fast alles für das neue Regime arbeitete — die innenpolitischen Scheinerfolge wie dann auch die nachgiebige Haltung des Auslandes gegenüber Hitlers Ansprüchen. Rücksichtslose Verfolgung und Überwachung, Sippenhaft und Konzentrationslager, seit Kriegsbeginn das Odium des Landesverrats bedrohten jede Gegenregung. Das bedeutete den schweren Konflikt mit einem konventionellen Patriotismus, zu dem weder Generäle noch Gelehrte gerüstet waren. Auch ausländische Historiker haben deshalb das Ausmaß der Opposition in Deutschland eher erstaunlich

17) Vgl. Wolfgang Zorn, Die politische Entwicklung des deutschen Studententums, in: Festschrift für U. Noack, Göttingen 1961, S. 296 ff.; K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, 3. Aufl. 1960, S. 146 ff. Größere Einzeluntersuchungen sind im Gang.

18) Dazu vorläufig K. D. Bracher, W. Sauer, G. Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung, 2. Aufl. Köln-Opladen 1962, S. 317 ff., S. 565 ff. mit der Literatur.

19) E. R. Curtius, Deutscher Geist in Gefahr, 1932; dazu auch Eugen Kogon, Die deutsche Revolution, in: Frankfurter Hefte I/4, S. 17 ff.

genannt<sup>20)</sup>, so unrühmlich die Kapitulation von 1933 auf allen Gebieten und in allen Lagern auch war.

### III.

Wir sind damit bei der zweiten Frage angelangt. Widerstand gegen diese Kasernierung und Verdrängung des Geistes — wie konnte er sich unter den neuen Umständen seit 1933 regen und bewähren? Es schien nicht viel zu bleiben, nur die notdürftige Bewahrung und Abschirmung objektiver Forschung, die Taktik des Ausweichens in der Lehre. Das galt besonders für die geistes- und sozialwissenschaftlichen Provinzen. Mit der furchtbaren Eindeutigkeit des totalitären Staates schien hier nun die Entscheidung zwischen Wissenschaft und Parteilichkeit, zwischen dem Prinzip der Selbstverantwortlichkeit freier Forschung und dem Dogmatismus einer verbindlich gesetzten, zutiefst anti-wissenschaftlichen Weltanschauung gefordert. Lapidar hat z. B. der neue nationalsozialistische Kultusminister Bayerns (Hans Schlemm) sogleich den Münchner Professoren erklärt: „Von jetzt ab kommt es für Sie nicht darauf an feststellen, ob etwas wahr ist, sondern ob es im Sinne der nationalsozialistischen Revolution ist.“<sup>21)</sup>

Die äußeren Folgen des schweren Aderlasses und der umfassenden Reglementierung der Universität wurden rasch sichtbar: Lehrkörper und Studentenzahlen schrumpften erheblich zusammen, Einschüchterung und Zensur verminderten die Möglichkeiten geistigen Austausches und einer steten Selbstkontrolle der Forschung durch freie Kritik. Auch wo es kaum möglich schien, in den Naturwissenschaften, wurde die Herrschaft einer deutsch-arischen Physik oder Mathematik zum Leitbild erhoben, von der rassistischen Verfälschung der Biologie und medizinischer Disziplinen nicht zu sprechen. Es war ein Prozeß der Selbstverstümmelung wissenschaftlichen Geistes, der zwar von oben kommandiert, von manchem angesehenen Gelehrten aber auch eifrig gefördert wurde. Denken wir nur an die „deutsche Physik“ des Nobelpreisträgers Philipp Lenard, der schon bei der Ermordung Rathenaus triumphierend die schwarz-weiß-rote Fahne gehißt hatte und nun seinen Fachkampf gegen Einstein auf der Ebene des Rassismus führte, ja,

20) So jetzt K. Epstein, Germans against Hitler, in: Modern Age, Winter 1962/63, S. 87 ff.

21) K. D. Erdmann, Die Zeit der Weltkriege (in B. Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte IV), Stuttgart 1959, S. 212.

schließlich sogar jede Erwähnung mißliebiger Fachgenossen im wissenschaftlichen Schrifttum bekämpfte, so wie er in seinen Vorlesungen verfemte Namen allenfalls noch vom Assistenten an die Tafel schreiben ließ<sup>22)</sup>.

So schien der zuversichtliche Glaube an die befreiende Funktion und Wirkung der Wissenschaft, der seit der Aufklärung einen Siegeszug durch das Abendland angetreten hatte, in der Kapitulation vor dem „Dritten Reich“ aufs grausamste widerlegt. Das bis heute noch ungeschriebene Buch über Bildung und Intelligenz im NS-System wird eine traurige Bilanz enthalten. Hitler selbst hat nie einen Zweifel gelassen an seiner tiefen Abneigung gegen die Wissenschaft, die Intellektuellen, die Juristen, sofern sie sich nicht als willige Handlanger brauchen ließen.

Aber freilich: gerade darin liegt nun zugleich die Kehrseite. Das problematische Verhältnis von Wissenschaft und Politik hat das nationalsozialistische Regime doch nie voll in seinem Sinne zu wenden vermocht. Daß zwar die äußere Unterwerfung, nicht aber die innere Gleichschaltung gelang, erklärt das permanente Mißtrauen der Machthaber gegen alles, was sie mit dem — in ihrem Munde — Schimpfwort „Intelligenz“ verbanden. Denn sie mußten erkennen, daß man wohl das institutionelle Gefüge, nicht aber das Denken selbst der totalen Kontrolle unterwerfen konnte. Auch 40 000 Gestapobeamte und ein Heer von Spitzeln, auch Zwang und Verführung konnten nicht hindern, daß unter dem Schleier der Gleichschaltung der Wille zur Wahrheit und Objektivität stark blieb, auch wenn es viele Beispiele des *sacrificium intellectus*, der Anbiederung, der Kapitulation der Universität als Selbstverwaltungsorgan gab.

Wir wissen von erstaunlichen Zeugnissen der Unabhängigkeit im Denken, Forschen und Lehren, wir wissen von zäher Bewahrung und Opfer in allen Bereichen. Das alte Wort: „qui tacet consentire videtur“ traf unter diesen Bedingungen nicht zu. Schweigen bedeutete oft schon Widerstand, weil überall Mitmachen, Mitreden gefordert war. Gewiß setzte sich das Regime über solch beredtes Schweigen hinweg. Aber die militanten Vorkämpfer einer linientreuen Wissenschaft und Universität blieben stets eine kleine, freilich gefürchtete

Minderheit; auch das Gros der Mitläufer beschränkte sich bald ernüchert auf die notwendigen Konzessionen, wobei die vielumstrittene Parole galt, man müsse sich im Amte halten, um Schlimmeres zu verhüten. Andere vermochten auch dieser Teilanpassung zu entgehen und sich ganz auf entlegene Gegenstände und Themen zurückzuziehen oder sogar im indirekten Verfahren der Camouflage das Regime zu kritisieren, indem sie etwa historische Parallelen, Diktaturen, Despotien, Freiheitskämpfer beziehungsweise behandelten<sup>23)</sup>.

Die Bedingungen waren von Fall zu Fall verschieden, die Möglichkeiten sind nicht auf eine einfache Formel zu bringen, wie uns die Anschauung auch der kommunistischen Gegenwart lehren sollte. Bis zum Ende hören wir die beredte Klage der Parteifunktionäre über den fortwährenden Einfluß des jüdischen und nichtnationalsozialistischen Geistes auf die akademische Jugend, über die geringen Fortschritte bei der Einführung des Rassegedankens, über die an Sabotage grenzende Diskrepanz von (äußerem) Postulat und tatsächlichem Inhalt in zahllosen wissenschaftlichen Publikationen, über unausrottbaren „Kosmopolitismus“ und Objektivismus, der sich hinter komplizierten Formulierungen verberge. Schon im August 1934 rügte eine nationalsozialistische Zeitung („Der Stürmer“): „Ein stetes Gemecker und Geflüster herrscht auf den Gängen der Universitäten. Eine Erscheinung macht sich stark bemerkbar: das Lesen von ausländischen Zeitungen. Mindestens 60 %/o, wahrscheinlich noch mehr, opponieren.“ Und in Hamburg beklagte sich der Reichsstatthalter (Kaufmann) in einer Rede am 23. Mai 1935, „nicht 10 %/o der studentischen Jugend arbeite aktiv mit“<sup>24)</sup>. Ein gutes Viertel der Studenten immerhin hat sich dem NS-Studentenbund entzogen, auch wenn dies Studium und berufliche Laufbahn ernstlich gefährdete.

Das Verhängnisvolle war nur, daß dieser passive Widerstand, diese „Nichtgleichschaltung“ (Rothfels) sich in hoffungsloser Zersplitterung und Isolierung vollzog. Mißtrauen und Überwachung sorgten dafür, daß ein Austausch von Gedanken fast nur noch im indirekten Verfahren der getarnten Sprache oder in der Sphäre der Konspiration möglich war. Der un-

22) Gumbel, a.a.O., S. 248 ff.; vgl. die Dokumentation bei L. Poliakov, J. Wulf, *Das Dritte Reich und seine Denker*, Berlin 1959; Edward Y. Hartsorne, *The German Universities and National Socialism*, Cambridge (Mass.) 1937.

23) Darüber Rothfels, a.a.O., S. 42 ff.; vgl. Rudolf Pechel, *Zwischen den Zeilen*, Aufsätze 1932—1942, 1949; *Deutscher Widerstand*, Erlenbach-Zürich 1947, S. 284 ff. Zur allgemeinen Problematik auch die Erfahrungsberichte des Kunsthistorikers A. E. Brinckmann, *Geist im Wandel*, Hamburg 1946.

24) Vgl. Weissenborn, a.a.O., S. 94.



aufhaltsame Prozeß der Spezialisierung und Aufspaltung hatte Wissenschaft und Universität ganz besonders verwundbar gemacht gegenüber dem Eingriff übergreifender politischer und weltanschaulicher Gewalten. Auch die Orientierung an überstaatlichen Werten moralischer oder religiöser Art, wie sie im humanistischen oder im kirchlichen Widerstand sich manifestiert hat, bleibt eine defensive, partielle Antwort auf die politische Bedrohung der Wissenschaft im totalen Staat. Was fehlte, war ein allgemeineres Bewußtsein von dem Ort und der Bedeutung der Teildisziplinen innerhalb der Gesellschaft, war politische Bildung als Teil einer Allgemeinbildung, die nicht nur formal, sondern sachlich hinreichend fundiert war, um dem Dilemma der Spezialisierung zu begegnen und zu kritischem Urteil zu befähigen. Daß man im Leben ein guter Fachmann sein, aber als Staatsbürger versagen kann, war die Erfahrung dieser Zeit. Es ist die helfende, präventive Funktion einer politischen Bildung, der Radikalisierung wie dem Quietismus gleichermaßen entgegen zu wirken und die Spannung zwischen wissenschaftlicher und politischer Welt zu mildern, ohne die eine der anderen zu unterwerfen. Der Nationalsozialismus konnte in diese Lücke mit seiner eigenen Konzeption von politischer Erziehung einbrechen, die nun freilich einseitiges Diktat, nicht mehr vielseitige Orientierung in der politisch-sozialen Welt war.

Ein Grundproblem der Wissenschaft in der modernen Welt ist hier aufgebrochen. Abgeschlossen und spezialisiert, möglichst distanziert von dem Getriebe des Tages, widerstrebt sie dem Kontakt mit den aktuellen Dingen. Zugleich aber kann sie sich, von lebendigen Menschen getragen, den vielfältigen Verflechtungen mit dieser Welt doch nicht entziehen. Und vor allem: sie bedarf eines Raumes der Freiheit, der Kritik, auch der Zwecklosigkeit, wenn sie gedeihen soll. Politische Mitverantwortung und notfalls Widerstand im politischen Raum wird ihr deshalb besonders schwer, aber um ihrer eigenen Lebensgrundlagen willen unumgänglich, wenn der Pluralismus der Meinungen, die Freiheit der Forschung und Verkündung durch das Diktat einer absolut gesetzten Ordnung bedroht ist. Und war das nicht der Fall, wenn das Grundprinzip wissenschaftlicher Arbeit, das „*audiatur et altera pars*“, aus dem öffentlichen Leben verbannt war? Das bedeutete eine Spannung, einen Konflikt, der Tag für Tag von neuem ausge tragen werden mußte. Doppelt mutig war der vereinzelt Protest, aber in Mißtrauen und

Furcht isoliert, ungefährlich deshalb für das Regime vollzog sich diese Auseinandersetzung, wo gemeinsame Stellungnahme geboten war: denn alle waren doch bedroht, unbeschadet ihrer politischen Sympathien. Nur so wäre das Regime zu treffen gewesen, das ihrer Mitarbeit mangels eigener Fachleute bedurfte: ähnlich wie es in Bürokratie und Verwaltung die alte Beamenschaft brauchte, die durch die Scheintrennung von Partei und Staat beruhigt, getäuscht, gelähmt wurde, nachdem einmal die entschiedenen Gegner isoliert und beseitigt waren. Es ging vor allem darum, einen Anfang zu machen und jenen Teufelskreis zu durchbrechen, in dem, wie dann auch das erste Flugblatt der Gruppe Scholl klagt, „jeder wartet bis der andere anfängt“, und so alle schuldig werden<sup>25)</sup>.

An diesem Punkt steht das Zeugnis von München. Die Aufrufe der „Weißen Rose“ haben seit 1942 in klarer, entschiedener Sprache die Lähmung durchbrochen, in die die Universität und geistiges Leben in Deutschland nach dem Versagen von 1933 und zehn Jahren Despotie geraten waren. Hier war der tiefen Problematik deutscher Wissenschaftsauffassung und den furchtbaren Konsequenzen nationalsozialistischer Kulturpolitik wieder die Grundwahrheit entgegengehalten, die wohl in vielen tapferen Einzelbekundungen, aber nie in so schlüssigem Appell die Verwirrung und Resignation der Geister zu überwinden suchte. Es war die einfache Wahrheit, daß nicht die politische Universität, wie sie 1933 selbst Denker wie Heidegger und Freyer im nationalsozialistischen Geiste gefordert hatten<sup>26)</sup>, sondern nur die Universität von politisch verantwortlichen Bürgern auch dem Geist wahrer Wissenschaft und Erziehung entsprechen könne. Die Grundwahrheit also, daß alle Wissenschaft die e i n e Entscheidung voraussetze: die Freiheit des Fragens und Forschens gegenüber der Wirklichkeit, und die Bereitschaft, ihre Ergebnisse der freien nachprüfenden Kritik zu unterwerfen. Nur dies, nicht die weltanschauliche Option soll ihren Wahrheitsbegriff bestimmen.

Dazu trifft die zweite Verpflichtung, die Kurt Huber seinem mutigen Schlußwort vor dem Volksgerichtshof vorangestellt hat — die Ver-

25) Scholl, a.a.O., S. 119.

26) Martin Heidegger, Die Selbstbehauptung der deutschen Universität, Breslau 1934, S. 22 ff.; Hans Freyer, Das politische Semester, Ein Vorschlag zur Universitätsreform, Jena 1933, S. 33; weitere Zeugnisse und Literatur bei Poliakov-Wulf, a.a.O., sowie Bracher, Machtergreifung, a.a.O., S. 261 ff.

pflichtung, dieser Einsicht als Staatsbürger und Wissenschaftler auch Ausdruck und Wirkung zu verleihen: „Als deutscher Staatsbürger, als deutscher Hochschullehrer und als politischer Mensch erachte ich es als Recht nicht nur, sondern als sittliche Pflicht, an der Gestaltung der deutschen Geschichte mitzuarbeiten, offenkundige Schäden aufzudecken und zu bekämpfen . . .“<sup>27)</sup> Immer wieder gipfelten die Flugblätter in der Aufforderung an die Kommilitonen und Lehrer, endlich den Weg vom Wissen zum Widerstand zu gehen: „Verbergt nicht eure Feigheit unter dem Mantel der Klugheit.“ Unter den Verhältnissen des totalen Staates hieß dies: passiver Widerstand „auf allen wissenschaftlichen und geistigen Gebieten, die für eine Fortführung des gegenwärtigen Krieges tätig sind — sei es in Universitäten, Hochschulen, Laboratorien, Forschungsanstalten, technischen Büros. Sabotage in allen Veranstaltungen kultureller Art, die das ‚Ansehen‘ der Faschisten im Volke heben könnten. Sabotage in allen Zweigen der bildenden Künste, die nur im geringsten im Zusammenhange mit dem Nationalsozialismus stehen und ihm dienen. Sabotage in allem Schrifttum, allen Zeitungen, die im Solde der ‚Regierung‘ stehen, für ihre Ideen, für die Verbreitung der braunen Lüge kämpfen.“<sup>28)</sup>

#### IV.

Wer waren diese Menschen, die unter größter persönlicher Gefahr auf solchem Wege das Terrorregime zu bekämpfen suchten — nicht auf dem Wege der Gewalt, sondern des passiven Widerstandes durch rückhaltlose Aufklärung, Entschleierung und im Glauben an die aufrüttelnde Wirkung der Wahrheit und des moralischen Appells? Waren es Idealisten, blind für die harten Realitäten der politischen Machtverhältnisse, wie manche gemeint haben? Gewiß nicht! Was sie wollten, was sie als ihren Beitrag und den einzigen Weg aus dem Übel betrachteten, das war die Überwindung der Gleichgültigkeit und Feigheit, die sich hinter hunderterlei Ausreden verschanzte und doch die eigentliche Ursache der Katastrophe war, 1933 wie jetzt. In diesem Sinne schrieben sie in ein anderes Flugblatt: „Obgleich wir wissen, daß die nationalsozialistische Macht militärisch gebrochen werden muß, suchen wir eine Erneuerung des schwer verwundeten Geistes von innen her zu erreichen.“

27) Huber, a.a.O., S. 25 ff. (nach Hubers Notizen im Gefängnis).

28) Scholl, a.a.O., S. 134 ff.

Dieser Wiedergeburt muß aber die klare Erkenntnis aller Schuld, die das deutsche Volk auf sich geladen hat, und ein rücksichtsloser Kampf gegen Hitler und seine allzu vielen Helfershelfer . . . vorausgehen.“<sup>29)</sup>

Auch hier also die Mahnung, den Schritt von der Einsicht in die Verwerflichkeit und die Verbrechen des Regimes, die an vielen furchtbaren Beispielen aufgedeckt werden, zu Widerstand und indirekter Aktion zu tun: das ist der Kern aller Aufrufe der „Weißen Rose“. Moralische, religiöse und wissenschaftlich-humanistische Überzeugungen verschiedenster Herkunft vereinigen sich zu dem Grundgedanken, daß die Voraussetzung menschlichen Zusammenlebens, das Fundament des gerechten Staates im Vertrauen von Mensch zu Mensch, in der Freiheit der Meinung und der Kritik liege. Nicht die bloße Ordnung, der man sich um der eigenen Ruhe und Sicherheit willen unterwerfe, nicht eine formale Legalität, auf die man sich ja 1933 und später zur eigenen Beruhigung berufen hatte, könnten einen Verzicht des verantwortlich denkenden Menschen auf jene Prinzipien rechtfertigen. Mit den Worten Hubers vor dem Volksgerichtshof:

„Es gibt für alle äußere Legalität eine letzte Grenze, wo sie unwahrhaftig und unsittlich wird. Dann nämlich, wenn sie zum Deckmantel einer Feigheit wird, die sich nicht getraut, gegen offenkundige Rechtsverletzung aufzutreten. Ein Staat, der jegliche freie Meinungsäußerung unterbindet und jede, aber auch jede sittlich berechnete Kritik, jeden Verbesserungsvorschlag als ‚Vorbereitung zum Hochverrat‘ unter die fruchtbarsten Strafen stellt, bricht ein ungeschriebenes Recht, das im sogenannten ‚gesunden Volksempfinden‘ noch immer lebendig war und lebendig bleiben muß.“<sup>30)</sup>

Kurt Huber, zuletzt der Inspirator der Gruppe, hatte nach den Schuljahren am Stuttgarter Eberhard-Ludwigs-Gymnasium in München studiert; er war dort nach Promotion und Habilitation 1926 a. o. Professor geworden, wobei seine vielseitige, tiefgründige Begabung auf natur- wie geisteswissenschaftlichem Gebiet und besonders auch in der Musik<sup>31)</sup> in der eigentümlichen Verbindung verschiedener Fä-

29) a.a.O., S. 145.

30) Huber, a.a.O., S. 26.

31) Vor allem auch in der internationalen Volksliedforschung, zeitweilig in enger Zusammenarbeit mit Carl Orff; vgl. auch dessen Erinnerung in: Huber, a.a.O., S. 166 ff. sowie die Darstellungen a.a.O., S. 44 ff., 65 ff., 87 ff., 98 ff., 112 ff.

cher in ihren Grenzgebieten hervortrat — die freilich auch an einer Universität nicht leicht unterzubringen waren. Früh kam es zu ersten Konflikten mit dem NS-Regime. Dem körperlich schwer Behinderten erklärte der Hochschulreferent im Stil der Zeit: „Wir können nur Professoren brauchen, die auch Offiziere sein können.“<sup>32)</sup> Die Anschauung des Systems und die Nachrichten von den Greuelthaten, denen sich allzu viele Kollegen verschlossen, führten ihn zu der wachsenden Einsicht, daß etwas geschehen müsse. Erbittert fragte er immer wieder in diesen Jahren bis 1942, ob es denn gar keine Männer mehr in Deutschland gebe, ob man es noch länger verantworten könne, als Lehrer vor seine Schüler zu treten, ohne ein Zeugnis der Verantwortung und der Mannhaftigkeit abzulegen<sup>33)</sup>.

In dieser Situation nun traf er mit jenen Studenten um die Geschwister Scholl zusammen, die von anderen persönlichen Voraussetzungen her im Frühjahr 1942 die Möglichkeiten eines Widerstandes erörterten: ein Kreis zumeist von Medizinern, die damals ja am ehesten (in Etappen) zum Studium zugelassen wurden, da das Kriegsregime ihrer bedurfte. Auf ihren Buden oder im Elternhaus des Arztsohnes Alexander Schmorell, oft nun aber auch nach Hubers beziehungsreichen Vorlesungen über Leibniz tauschten sie ihre leidenschaftliche Kritik aus: an den leeren Phrasen und der Zwangspropaganda, am rohen Stumpfsinn der NS-Ideologie, an den Rechtsverletzungen und Massenverfolgungen des Regimes, an der Unterdrückung geistiger und religiöser Freiheit. „Unsere Aufgabe wird es sein“, hat Kurt Huber in einem dieser Gespräche erklärt, „die Wahrheit so deutlich und hörbar als möglich hinauszurufen in die deutsche Nacht. Wir müssen versuchen, den Funken des Widerstandes, der in Millionen ehrlicher deutscher Herzen glimmt, anzufachen, damit er hell und mutig lodert. Die einzelnen, die vereinsamt und isoliert gegen Hitler stehen, müssen spüren, daß eine große Zahl Gleichgesinnter mit ihnen ist. Darüber hinaus müssen wir versuchen, diejenigen Deutschen, die sich noch nicht klar geworden sind über die dunklen Absichten unseres Regimes, aufzuklären und auch in ihnen den Entschluß zu Widerstand und aufrechter Abwehr zu wecken. Vielleicht gelingt es in letzter Stunde, die Tyrannei abzuschütteln und den wunderbaren Augenblick zu nützen, um gemeinsam mit den anderen

32) a.a.O., S. 15.

33) a.a.O., S. 16.

Völkern Europas eine neue, menschlichere Welt aufzubauen.“<sup>34)</sup>

Mit Flugblättern hatten die Studenten damals schon nach allen Seiten, bis nach Berlin und Wien zu wirken gesucht. Eine weitere Unterbrechung des Studiums zur „Frontbewahrung“ während der Semesterferien in Rußland vertiefte die Anschauung des Unrechts und schärfte den Gedanken: wenn in diesem Krieg schon das Leben riskiert werden sollte, warum nicht gegen die Ungerechtigkeit, die zum Himmel schrie. Und so verstärkten sie seit Herbst 1942 systematisch ihre Aktionen. Sie trugen nun nach Inhalt und Diktion den Stempel der geistigen Mitwirkung Kurt Hubers.

Vor allem war es nun die Überzeugung, daß die deutsche Lage endlich reif sei zu entschlossenem Widerstand gegen den Terror, gegen das offenkundig sinnlose Hinschlachten der Jugend. An der Münchner Universität war nach neuen Übergriffen der Partei gerade jetzt weithin Empörung spürbar geworden — der Gauleiter war bei einer rüden Rede ausgezischt worden —, und die propagandistische Verdrehung der Katastrophe von Stalingrad traf den Wahrheits- und Wirklichkeitssinn der Freunde zutiefst. So riefen sie nun, stärker als je zuvor, zum Widerstand und zur Umkehr auf.

Den Höhepunkt setzte das letzte Flugblatt, am 9. Februar 1943 geschrieben, am 18. verbreitet: „Der Tag der Abrechnung ist gekommen. Der Abrechnung der deutschen Jugend mit der verabscheuungswürdigsten Tyrannei, die unser Volk jemals erduldet hat“. Und weiter: „In einem Staat rücksichtslosester Knebelung freier Meinungsäußerung sind wir aufgewachsen. HJ, SS und SA haben uns in den frühesten Bildungsjahren unseres Lebens zu uniformieren, zu revolutionieren, zu narkotisieren versucht. ‚Weltanschauliche Schulung‘ hieß die verächtliche Methode, das aufkeimende Selbstdenken und Selbstwerten in einem Nebel leerer Phrasen zu ersticken. Eine Führerauslese, wie sie teuflischer und bornierter zugleich nicht gedacht werden kann, zieht ihre zukünftigen Parteibonzen auf Ordensburgen zu gottlosen, schamlosen und gewissenlosen Ausbeutern und Mordbuben heran, heran zur blinden, stupiden Führergefolgschaft. Wir Arbeiter des Geistes wären gerade recht, dieser neuen ‚Herrenschicht‘ den Knüppel zu machen.“

Aber nun glaubt der Aufruf die Zeichen der Empörung ringsum zu sehen: „Das ist ein An-

34) Scholl, a.a.O., S. 65 f.

fang zur Erkämpfung unserer Selbstbestimmung, ohne die geistige Werte nicht geschaffen werden können." Es folgt der Aufruf zum Vorlesungsstreik, zum Kampf für die Freiheit, dieses „herrliche deutsche Wort“, das die Tyrannen „bis zum Ekel ausgequetscht, abgedroschen, verdreht“ haben — bis zu diesem letzten „furchtbaren Blutbad“, „das sie im Namen von Freiheit und Ehre der deutschen Nation in ganz Europa angerichtet haben und täglich noch anrichten. Der deutsche Name bleibt für immer geschändet, wenn nicht die deutsche Jugend endlich aufsteht, rächt und sühnt zugleich, ihre Peiniger zerschmettert und ein neues geistiges Europa aufrichtet.“<sup>35)</sup>

Deutlicher denn je waren hier die Ausgangspunkte und die Motive dieses Widerstandes erkennbar. Aber auch der weitere Hintergrund der Empörung kommt darin zum Ausdruck: es ist zugleich die Lebensgeschichte dieser am Ende des 1. Weltkrieges geborenen Generation. Die Geschwister Scholl waren in der behüteten Atmosphäre eines schwäbischen Bürgermeisterhauses, zuletzt in Ulm, aufgewachsen. Sie hatten sich im jugendlichen Idealismus zunächst, trotz der wachen Kritik des Vaters, den großen Worten des „Dritten Reiches“ aufgeschlossen: Kameradschaft und Volksgemeinschaft, Heimatliebe und Vaterland, Hitlerjugend und Fahrtenleben. Diese Jugend glaubte sich ernstgenommen, mitbeteiligt und eingegliedert in einen großen Aufbruch der Nation, dessen wahren Charakter sie nicht durchschauen konnte; das Unerfreuliche galt als Übergangserscheinung. Aber dann stießen sie auf Verbote von geliebten Büchern wie Stefan Zweigs „Sternstunden der Menschheit“, die sie nachdenklich machten; Hans Scholl kam ernüchert vom Drill und Uniformgepränge eines Nürnberger Parteitages zurück, zu dem er als einer von tausenden Fahnenträgern der HJ abgeordnet worden war. Erste Zusammenstöße folgten, noch ganz unpolitisch scheinbar, aber Zeichen der Unvereinbarkeit dieser Herrschaftsordnung mit dem Willen zu freier Entfaltung des eigenen Lebens und Denkens. Nun hörten sie von Verfolgung und Konzentrationslagern, nun begannen sie daran zu zweifeln, daß der „Führer“ davon nichts wisse, wie die Beschwichtiger sagten, und nun fanden sie zu einer der vielen Gruppen, der illegal fortlebenden Jugendbewegung, die der HJ noch widerstrebten. Wachsende Kritik und Abenteuergeist verbanden sich hier im Erlebnis einer eigenen, verschwiegenen Gemeinschaft,

35) a.a.O., S. 151 ff.

abseits dem Lärm der gleichgeschalteten Organisationen, bis auch sie den Verhaftungswellen zum Opfer fiel<sup>36)</sup>.

Dann Studium in München und Kriegsdienst in Frankreich, in Lazaretten, mit all der Zweiseitigkeit eines solchen Doppellebens. Mehr denn je wird der Druck auf Leben und Denken empfunden, und in diese Situation fällt nun die Lektüre der großen Widerstandspredigten des Münsteraner Bischofs Graf von Galen, die hektographiert in den Briefkästen auftauchten. Hans Scholl empfing sie mit dem Ruf: „Endlich hat einer den Mut zu sprechen.“<sup>37)</sup> Und hier nun, im Frühjahr 1942, denkt er daran, einen Vervielfältigungsapparat zu eigener Aufklärungstätigkeit zu beschaffen.

Zu der Begegnung mit dem Regime, dem Krieg, den Zweifeln ringsum kommt die Lektüre antiker und christlicher Staatsdenker und Dichter, kommt die persönliche Begegnung mit Männern wie dem Religionsphilosophen Theodor Haecker und dem Begründer der Zeitschrift „Hochland“ Karl Muth, Gelehrten und Schriftstellern von ungebrochener Kraft, kommt vor allem der Kontakt mit gleichgesinnten Studenten: mit dem lebendigen, phantasievollen Arztsohn Alexander Schmorell, mit dem feinsinnigen Christoph Probst, Sohn eines Privatgelehrten und als einziger der Studenten verheiratet mit zwei, bald drei kleinen Kindern, mit dem schweigsamen, bedächtig-zuverlässigen Willi Graf, der, aus der katholischen Jugendbewegung stammend, philosophischen und theologischen Fragen besonders aufgeschlossen war<sup>38)</sup>; und zu ihnen stieß auch Sophie Scholl, als sie nach Arbeits- und Kriegshilfsdienst endlich im Frühjahr 1942 ihr Studium beginnen konnte.

Inge Scholl, die überlebende Schwester und Frau Clara Huber haben uns in ergreifenden

36) Es handelte sich um die bündisch-oppositionelle „Jungenschaft“: vgl. die zahlreichen Zeugnisse und den Versuch einer historisch-politischen Einordnung bei Arno Klönne, Gegen den Strom, Bericht über den Jugendwiderstand im Dritten Reich, Hannover (1957), S. 47 ff.; ferner die (ungedr.) Diss. von Michael Jovy, Jugendbewegung und Nationalsozialismus, Köln 1952, und für einen Teilbereich Manfred Priepke, Die evangelische Jugend im Dritten Reich 1933—1936, Hannover 1960, S. 126 ff.

37) Scholl, a.a.O., S. 32 ff.

38) Auch Graf war bereits 1938 als 17jähriger Student der Universität Bonn einmal verhaftet worden: vgl. Ricarda Huch, Willi Graf, in: Die Wandlung 3/1 (Jan. 1948), abgedr. in: Willi Graf, Gedenkblätter zum 15. Jahrestag seiner Hinrichtung (hrsg. Landeszentrale für Heimatdienst Saarbrücken 1958), S. 8; Klönne, a.a.O., S. 68, 178.

Büchern die Atmosphäre, das Leben, die geistige und sittliche Intensität des Freundeskreises geschildert, der rasch weitere Anhänger gewann und nun nach außen zu sprechen und zu wirken begann. Er stützte sich nicht auf politische Schulung oder gekonnte Untergrundorganisation, sondern nur, und um so kühner, auf den unerschütterlichen Glauben an die Würde und Freiheit des Menschen, die es nur anzurufen, nur aus der Verstrickung zu lösen gelte.

In vier großen Folgen, zuletzt mit vielen tausend Blättern, gingen die Aufrufe hinaus. Ihnen beigegeben waren besonders wirkungsvolle Zitate großer Denker und Dichter, die für sich selbst sprachen. So etwa Schiller mit den Worten über die Gesetzgebung des Lykurg und Solon: „Der Staat selbst ist niemals Zweck, er ist nur wichtig als eine Bedingung, unter welcher der Zweck der Menschheit erfüllt werden kann, und dieser Zweck der Menschheit ist kein anderer, als Ausbildung aller Kräfte des Menschen, Fortschreitung. Hindert eine Staatsverfassung . . . die Fortschreitung des Geistes, so ist sie verwerflich und schädlich, sie mag übrigens noch so durchdacht und in ihrer Art noch so vollkommen sein.“<sup>39)</sup> Goethe, Novalis, Laotse, Aristoteles über die Tyrannis, die Bibel werden zu Kronzeugen der Flugblätter.

Mancher mag die Unzulänglichkeit der technischen Vorbereitungen bemängeln, mancher auch nach den Erfahrungen des 20. Juli und der vergeblichen Widerstandstaten seither den Optimismus kritisieren, mit dem der Appell an die Mitbürger glaubte, dem totalitären System begegnen zu können. Aber das Vertrauen in die Macht eines geistigen Widerstandes bedeutete doch etwas anderes; nicht nur der praktische Erfolg galt, sondern das moralische Zeugnis war der letzte Maßstab. So hat es dann auch der General von Tresckow vor der Tat des 20. Juli in seiner letzten Botschaft an Stauffenberg gemeint: „Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat“<sup>40)</sup>. So hat es auch schon 1942 religiös gefaßt Dietrich Bonhoeffer ausgedrückt: „Unsere

Handlungsweise ist ein Akt der Buße.“<sup>41)</sup> Und so wollen die Proteste und die Opferbereitschaft der Münchner Freunde, wie sie bekannten, „etwas von der Schuld abtragen, die Deutschland vor Gott und der Welt auf sich geladen hatte“<sup>42)</sup>. „Worauf warten wir eigentlich?“ so hatten sie sich schon in ihren ersten Diskussionen gefragt. „Bis eines Tages der Krieg zu Ende ist und alle Völker auf uns deuten und sagen, wir haben eine solche Regierung widerstandslos ertragen?“<sup>43)</sup>

In den Gestapoverhören, von denen uns erschütternde Einzelheiten überliefert sind<sup>44)</sup>, trat dies Motiv zum letzten Mal rein und stark hervor: in der selbst die Funktionäre des Regimes erstaunenden Bereitschaft, „alle ‚Schuld‘, alles, alles auf sich zu nehmen, um die anderen zu entlasten . . . Es war wie ein großer Wettkampf um das Leben der Freunde“. Noch in seinem letzten Wort bat Hans Scholl für Christoph Probst, dessen Frau im Wochenbett lag; Freisler unterbrach ihn: „Wenn Sie für sich selbst nichts vorzubringen haben, schweigen Sie gefälligst.“ Wir wissen auch, was Hans Scholl nach der Verhandlung dem jüngeren Bruder noch sagte: „Bleib stark — keine Zugeständnisse!“ Vor dem letzten Gang schrieb er das Goethewort an die weiße Wand seiner Zelle: „Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten.“ Aber darüber stand die Bereitschaft, für die Zukunft der Freiheit in Deutschland das Opfer zu bringen, wie es Sophie Scholl noch auf die Rückseite ihrer Anklageschrift geschrieben hat, und wie es dann Kurt Huber vor dem Gericht bekannte: „Ich habe mich im Sinne von Kants kategorischem Imperativ gefragt, was geschehe, wenn diese subjektive Maxime meines Handelns ein allgemeines Gesetz würde. Darauf kann es nur eine Antwort geben: Dann würden Ordnung, Sicherheit, Vertrauen in unser Staatswesen, in unser politisches Leben zurückkehren . . . Rückkehr zu klaren sittlichen Grundsätzen, zum Rechtsstaat, zu gegenseitigem Vertrauen von Mensch zu Mensch, das ist nicht illegal, sondern umgekehrt die Wiederherstellung der Legalität.“<sup>45)</sup> Huber hatte noch die Kraft, dem tobenden Freisler auf seine Beschimpfungen mit dem Wort entgegenzutreten: „Sie sollten

41) Dietrich Bonhoeffer, Gesammelte Schriften Hrsg. Eberhard Bethge, Bd. I, München 1958, S. 395; vgl. auch Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 5 (1957), S. 364 ff.

42) Scholl, a.a.O.

43) a.a.O., S. 54 ff.

44) a.a.O., S. 93 ff.

45) Huber, a. a. O., S. 25 f.

39) Scholl, a.a.O., S. 120 ff.

40) Fabian von Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, Zürich 1946, S. 133.

sich schämen . . . !“<sup>46)</sup> Und so konnte er, der bis zuletzt noch unermüdlich in der Gefängniszelle an seiner Leibnizbiographie arbeitete, den Tod die „Reinschrift“ seines Lebens nennen.<sup>47)</sup>

## V.

Hier knüpfen wir an, wenn wir heute auf jenes Geschehen und die weiteren politischen und geistigen Zusammenhänge zurückblicken, in denen das äußere Scheitern, aber auch das weiterwirkende Vermächtnis des deutschen Widerstandes gegen Unrecht und Ungeist begründet ist. In einem der letzten Flugblätter standen die Sätze: „Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit, den Ihr um Euer Herz gelegt habt! Entscheidet Euch, *ehe es zu spät ist* . . . Trennt Euch rechtzeitig von allem, was mit dem Nationalsozialismus zusammenhängt! Nachher wird ein schreckliches, aber gerechtes Gericht kommen . . .“<sup>48)</sup> Und Huber selbst hatte in seinem letzten Wort gehofft, daß die geistigen Kräfte, die sein Handeln rechtfertigten, „rechtzeitig aus meinem eigenen Volk sich entbinden mögen.“<sup>49)</sup> Ein andermal, so haben wir schon gehört, war der Hoffnung auf eine geistige Wiedergeburt als unabdingbare Voraussetzung, die „klare Erkenntnis aller Schuld, die das deutsche Volk auf sich geladen hat“, vorangestellt worden. Das letzte Flugblatt endlich gipfelte in den Worten: „Der deutsche Name bleibt für immer geschändet, wenn nicht die deutsche Jugend endlich aufsteht, ihre Peiniger zerschmettert und ein neues geistiges Europa aufrichtet.“<sup>50)</sup>

Es ist in vielem anders gekommen. Ein rechtzeitiger Aufstand ist mißglückt, von der Mehrheit wohl auch nicht gewollt worden. Bis heute kann man allenthalben die Stimmen derer hören, die meinen, am Nationalsozialismus sei doch auch vieles Gute gewesen. Die Lähmung der totalen Niederlage ist in einer neuen weltpolitischen Konstellation rascher als erwartet aufgehoben, das äußere Leben normalisiert, ja, das politische Gewicht der Deutschen wieder unerwartet gesteigert worden. Aber haben die wirklich unrecht gehabt, die eine tiefergehende Besinnung und Wandlung erwartet, gefordert haben? Wie steht es um die innere Wahrhaftigkeit, um die Bereit-

schaft zur Realisierung unseres Bekenntnisses zum freiheitlichen Rechtsstaat? Berichten nicht Beobachtungen und Umfragen immer wieder von einer weitverbreiteten Gleichgültigkeit, von der Diskrepanz, die auch im Raum der Universität zwischen geistiger Betätigung und politischem Bewußtsein, zwischen speziellem Wissen und kritischem Mitdenken an den öffentlichen Angelegenheiten besteht oder sich von neuem auftut?<sup>51)</sup> Und doch gehört gerade das stete, kritische Durchdenken der Voraussetzungen zu den Lebensbedingungen freier Wissenschaft überhaupt. —

Die „Leidensgeschichte des zivilen Geistes“ in Deutschland<sup>52)</sup> ist auf weite Strecken auch eine Leidensgeschichte der Universität und der wissenschaftlichen Wahrheitsverantwortung gewesen. Immer dann war auch die Bereitschaft verkümmert, die privaten und öffentlichen Konsequenzen des Wissens, der Einsicht zu ziehen und auch zu tragen. War dies einmal so weithin versäumt wie 1933, dann blieb nur der einzelne, der wie Kurt Huber zutiefst verlassen vor dem unumschränkten Machthaber stehend, jene Verpflichtung wahrnahm, als er bekannte: „Sie haben mir den Rang und die Rechte des Professors und den ‚summa cum laude‘ erarbeiteten Doktorhut genommen und mich dem niedrigsten Verbrecher gleichgestellt. Die innere Würde des Hochschullehrers, des offenen, mutigen Bekenners seiner Welt- und Staatsanschauung kann mir kein Hochverratsverfahren rauben . . .“<sup>53)</sup>

Wohl sind bei uns heute Forschung und Verkündung weitgehend frei, auch wenn die Grenzen dieser Freiheit im Zeichen des Ost-West-Konflikts und kontroverser Verratsbegriffe umstritten sind. Es gibt erfreuliche Zeichen einer nüchternen Selbstbesinnung und eines wacheren Sinnes gerade auch an den Universitäten. Aber nach der einseitigen Politisierung der NS-Zeit (und dann des Ulbricht-Regimes), die in Wahrheit rigorose Entpolitisierung, bloßen Zwang zum Mitmachen bedeutet, ist doch weithin die Neigung stark geblieben, sich den politischen Dingen mißtrauisch zu entziehen und auf das eigene Fortkommen zu konzentrieren. Hierher gehört aber auch z. B. das traditionelle, ja, neu verstärkte Mißtrauen

46) Die Gegenwart, a.a.O., S. 13.

47) Karl Vossler, Gedenkrede für die Opfer an der Universität München, München 1947, S. 14.

48) Scholl, a.a.O., S. 148 f.

49) Huber, a.a.O., S. 27.

50) Scholl, a.a.O., S. 154.

51) Dazu besonders aufschlußreich: Habermas, Friedeburg, Oehler, Weltz, Student und Politik, Neuwied 1961 (am Beispiel einer Befragung von Studenten der Universität Frankfurt/M.).

52) So Karl Buchheim, Leidensgeschichte des zivilen Geistes — oder die Demokratie in Deutschland, München 1951.

53) Huber, a.a.O., S. 27.

gegen die politisch engagierten „Intellektuellen“, das einst ein Mann wie Goebbels — selbst Intellektueller — mit so großem Erfolg und mit so verführerisch-einleuchtender Diktion mobilisieren konnte<sup>54</sup>). Ist dies nicht die Kehrseite eines gedankenlosen Mitmachens, einer gewiß natürlichen, bequemen Indifferenz und eines Tabudenkens, das wieder die kritische Funktion des Wissens versäumt? Und ist schließlich nicht auch die Strukturkrise der Universität geblieben, die schon zur Wehrlosigkeit von 1933 beigetragen hat: „die Krise aus dem Verlust der alten Universalität und aus dem Zwiespalt von Körperschaft und Staatsanstalt, von Fachschule und Bildungsanstalt“<sup>55</sup>), die nach der überall „versäumten Reform“ verschärft fortbesteht.<sup>56</sup>)

Ein positives Staatsbewußtsein wird in vielen Festreden unserer Tage gefordert. Nun: Es bedarf nicht nur des freien Raums zur Entfaltung divergierender Gedanken und Meinungen, sondern es steht und fällt mit der Überwindung einer Tradition, die der Staatsräson den Vorrang vor Rechtlichkeit und Wahrhaftigkeit einräumt. Der freien Stimme der Geistes- und Sozialwissenschaften kommt hier eine wichtige Aufgabe der Aufklärung und Wachsamkeit zu. Aber dies beschränkt sich nicht auf die Disziplinen, die sich gleichsam ex officio mit der Gestaltung des öffentlichen Lebens beschäftigen. Am Beispiel der Mediziner, Naturwissenschaftler, Philosophen von München und der vielen anderen Träger des Widerstandes aus Intelligenz und Universität sehen wir, wie auch die anderen Zweige der Wissenschaft in Forschung und Lehre ihren Zugang und ihre existenznotwendige Beziehung zu den öffentlichen Angelegenheiten haben. Der Anspruch, zu den Gebildeten zu gehören, hat nur einen Sinn, wenn er die Verpflichtung zum Schutz und zur Verteidigung der menschlichen Bildung in einem freien Gemeinwesen einschließt. In diesem Sinn sind wir alle Wächter unserer res publica.

Das Bekenntnis zum deutschen Widerstand gegen Hitler ist ein Prüfstein dieses Staats-

54) Vgl. Goebbels' Rede vor der Universität Heidelberg (13. 7. 1936): „... nur wer aufbauend verantwortlich mitarbeitet, [hat] ein Recht zur Diskussion und Kritik“ (nach Brinckmann, a.a.O., S. 127 f.).

55) So schon Frankfurter Hefte 1/1 (April 1946), S. 8; vgl. aus der uferlosen Literatur neuestens Ralf Dahrendorf, Starre und Offenheit der deutschen Universität: die Chancen der Reform, in: Europäisches Archiv für Soziologie 3 (1962), S. 263 ff.

56) O. H. v. d. Gablentz, Die versäumte Reform, Köln-Opladen 1960, S. 14 ff.; 98 ff. u. a.

bewußtseins. Seine Problematik war unvergleichbar größer als die der Resistance in anderen Ländern, weil er als Verrat diffamierter Widerstand gegen den eigenen Staat, die eigene Obrigkeit sein mußte, weil er nicht national glorifizierter Aufstand gegen fremde Bedrücker sein konnte, sondern vielmehr dem eigenen Land die militärische Niederlage wünschen mußte, um ihm die Freiheit wiederzugeben.

Daraus ergeben sich freilich eine Reihe von Problemen, die aufs tiefste in das Wesen des modernen Staates rühren. Die Grenzen seiner Gehorsamsforderung gegenüber dem Bürger und die Gefährlichkeit seines Machtanspruchs werden hier besonders deutlich. Es wäre schon ein unabschätzbare Verdienst der Widerstandsbewegung, obgleich, nein, gerade weil sie scheiterte, wenn sie uns die Augen geöffnet hätte für diese Problematik und für die Verantwortung, die wir alle tragen, wenn es um das richtige Verhältnis von Freiheit gegenüber der politischen Obrigkeit geht. Gerade der Bürger in Deutschland, das mit seiner vielfach gebrochenen demokratischen Tradition noch immer besonders gefährdet erscheint, braucht ein klares Bewußtsein von den Grenzen des Staates, von der unaufhebaren Bedeutung der menschlichen Grundrechte, von der Notwendigkeit eines Schutzes der politischen Minderheit, von der wichtigen Funktion einer politischen Opposition, also der Verwerflichkeit des Einparteienstaates, ein Bewußtsein endlich von der Unabdingbarkeit einer für alle Bürger verbindlich gesicherten rechtsstaatlichen Ordnung und Toleranz. Dafür kann das Beispiel und das Schicksal der Widerstandsbewegung Vermächtnis, Verpflichtung und Mahnung sein — ein Geschenk geradezu, wie es uns größer und auch zeitgerechter in unserer problematischen nationalen Geschichte wohl noch nie zuteil geworden ist.

Die Erforschung und Darstellung dieser Oppositionsbewegung hat gewiß den Schleier der Hitlerschen Schmähpapaganda längst zerrissen. Doch ist die Beurteilung und die persönliche Stellungnahme noch immer weithin umstritten. Erst kürzlich hat ein irreführender Abdruck der Verhörprotokolle der Gestapo weite Verbreitung gefunden, der nichts anderes als die Diffamierung des Widerstandes bezweckt. Noch immer und wieder sucht uns eine rechtsradikale Publizistik von erheblichem Ausmaß zur selbstgefälligen Apologetik zu verführen. — Aber hat nicht derselbe Hitler, der feierlich den Eid auf die Weimarer Verfas-

sung leistete, ein Drittel der verfassungsmäßig vom deutschen Volk gewählten Vertreter töten, verjagen, verhaften lassen? <sup>57)</sup> Konnte ein Eid auf diesen Eidbrecher heilig sein? Der unrechtmäßige und zutiefst verbrecherische Charakter der nationalsozialistischen Herrschaftsordnung muß immer vor Augen bleiben, wenn man über die Berechtigung einer Widerstandsbewegung diskutiert, die schließlich bis zum Verrat und zum Mordversuch am Staatsoberhaupt fortgeschritten ist, wenn auch unter schwersten inneren Bedenken. Deshalb bleibt es aber auch geboten, daß wir uns stets des deutschen Versagens von 1933 bewußt sind; es hat sich gezeigt, daß nach einem solchen Eklat die wirksamen Oppositionsmöglichkeiten sehr gering werden.

Wenn aber auch die Träger der Bildung anders als damals den schon früh hervortretenden Charakter des Unrechtsstaates zu erkennen und nicht nur vereinzelt zu dieser Einsicht zu stehen bereit sind, dann gilt auch das Argument nicht mehr einfach, man sei einem solchen System eben ausgeliefert. Dann gilt vielmehr der Satz des ersten Flugblattes der „Weißen Rose“: „Vergeßt nicht, daß ein jedes Volk diejenige Regierung verdient, die es er-

trägt!“ <sup>58)</sup> Dies ist die Antwort auf die noch immer weitverbreiteten Einwände gegen den Widerstand, mögen sie nun aus ernsthaften Gewissenskrupeln oder aus schwer überwindbaren Ressentiments stammen, oder auch einfach aus Bequemlichkeit — denn immer wieder scheint Gehorchenkönnen und Sichberufen auf einen Befehl bequemer als freie, verantwortliche und zugleich gefährdende Entscheidung aus dem Gewissen. In der Gedenkrede, mit der Karl Vossler 1946 die Ehrentafel in der Münchener Universität eingeweiht hat, ist gesagt worden, was dies für Wissenschaft und Universität bedeutet: „Vergessen wir es nicht! Freiheit und Echtheit der Wissenschaft ist keine Einrichtung und kein Vorrecht, das man ererbt oder durch die heute so vielbegehrte Immatrikulation erwirbt und das sich etwa durch den Opfertod heldenmütiger Märtyrer für die Zukunft sichern läßt. Niemals! Wir selbst müssen, jeder, mit persönlichem Einsatz, jedesmal neu diese Freiheit erkämpfen, hüten und verteidigen. Dazu soll der Gedanke, wie unsere sieben Kameraden hier ihre Feuerprobe bestanden haben, uns immer ermutigen.“ <sup>59)</sup>

57) Vgl. Walter Hammer, Hohes Haus in Henkers Hand, Frankfurt/M. 1956.

59) Vossler, a.a.O., S. 20 f.

58) Scholl, a.a.O., S. 119.



## Marine, Nationalsozialismus und Widerstand

## I.

Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933, zu der die deutsche Marine ebensowenig unmittelbar beigetragen hatte wie das deutsche Heer<sup>1)</sup>, wurde von ihr nicht nur ohne erkennbaren Widerspruch hingenommen, sondern großenteils begrüßt<sup>2)</sup>. Warnende oder ablehnende Stimmen waren jedenfalls nicht zu hören. Daß ein älterer Seeoffizier als „Preuße“ dem „Österreicher“ Hitler gegenüber gewisse Vorbehalte empfand<sup>3)</sup>, war innerhalb der Marine, die sich etwas darauf zugutehielt, der „Schmelztiegel der Nation“ zu sein und von landsmannschaftlichen Ressentiments nichts zu wissen<sup>4)</sup>, eine Ausnahme, die noch weniger politisches Gewicht besaß als vereinzelt skeptische Worte bei Messegesprächen in jener Zeit<sup>5)</sup>. Was indes in der Heimat immerhin

möglich gewesen wäre, war „draußen“ so gut wie undenkbar. Die „einwandfreie Haltung“ des Kreuzers „Köln“ z. B., der im Dezember 1932 mit Kadetten zu einer Schulschiffreise ausgelaufen war und den 30. Januar 1933 in Übersee erlebte<sup>6)</sup>, verstand sich daher von selbst. Verwirrende, auf Sensationsmeldungen der Auslandspresse beruhende Vorstellungen von den neuen Zuständen in der Heimat konnten sich allenfalls vorübergehend auf die „Stimmung“, aber nicht auf die „Haltung“ der Offiziersanwärter auswirken; nach ihrer Berichtigung noch unterwegs durch die jüngeren Kameraden auf der „Karlsruhe“, die bei ihrer Ausfahrt der heimkehrenden „Köln“ begegnete, war das Unbehagen rasch verfliegen<sup>7)</sup>.

Weil Hitler wohl wußte, was er der Nichteinmischung der Reichswehr verdankte, mußte er versuchen, sie mindestens auf dieser Linie zu halten, oder besser noch, sie zu gewinnen. Deshalb beeilte er sich, mit ihrer Führung Kontakt zu bekommen. Er stellte sich ihr schon am 3. Februar bei einem Empfang im Hause Hammersteins mit einer längeren Rede als Kanzler vor<sup>8)</sup>. Offenbar hatte er damit bei der Admiralität größeren Erfolg als bei der Generalität<sup>9)</sup> und konnte ihn beim ersten Vortrag Raeders kurz darauf noch festigen<sup>10)</sup>. Womit er die Marine gewann, war — neben dem allgemeinen Versprechen, die Wehrmacht aus der Innenpolitik herauszuhalten — die ausdrückliche Zusage, sie großzügig auszubauen, ohne es zu einem Wettrüsten, geschweige denn einem Konflikt mit England kommen zu lassen. Dem Werben Hitlers um die Marine diente auch sein Erscheinen bei deren Übungen im Mai 1933<sup>11)</sup> sowie eine entsprechende

1) Vgl. H. Krausnick, Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler, in: Die Vollmacht des Gewissens, hrsg. von der Europäischen Publikation e. V., München 1956, S. 193 ff., 200; W. Sauer, bei Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik . . . , 2. Aufl., Stuttgart—Düsseldorf 1957, S. 283 f.

2) Institut für Zeitgeschichte, Archiv, Zeugenschrifttum (zit.: IfZ, Zs.) Nr. 1483 (Admiral a. D. Bastian); Nr. 41 (Adm. a. D. Fuchs); Nr. 1799; Nr. 364. — Karl Dönitz, Zehn Jahre und zwanzig Tage, Bonn 1958, S. 300.

3) IfZ, Zs. Nr. 1483 (Adm. a. D. Bastian).

4) Vgl. Erich Raeder, Mein Leben, Tübingen 1956/57, Bd. II, S. 14 f. — „Palladium der in der deutschen Einheit liegenden Kraft“: Adm. Scheer an Seeckt im April 1920 (Fr. v. Rabenau, Seeckt, Aus seinem Leben 1918—1936, 18.—37. Tsd., Leipzig [1940], S. 494).

5) IfZ, Zs. Nr. 41 (Admiral a. D. Fuchs); Nr. 1739. — Der Flottenchef Vizeadmiral Gladisch etwa war wohl persönlich kein Freund der „Braunen“, andererseits aber für das scheinbar Positive des Nationalsozialismus aufgeschlossen und viel zu vorsichtig, um seine ungünstige Beurteilung der höheren Funktionäre der Partei in größerem Kreise laut werden zu lassen. So ergab sich seine vorzeitige und brüske Ablösung im Herbst 1933 auch nicht aus einem spürbaren Widerstand politischer Natur, sondern aus einer persönlichen Initiative Raeders, die sich auf gewisse sachliche Differenzen berief. — (IfZ, Zs. Nr. 1781; 339; 1479; 667; 1481; Nr. 41 [Adm. a. D. Fuchs]; 1796; 1774.)

6) Raeder a. a. O., I, S. 280.

7) Mitteilungen von kompetenter Seite an den Verfasser.

8) Vgl. die Dokumentation (hrsg. v. Th. Vogelsang) in Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 2 (1954) S. 434 ff.

9) Vgl. Raeder a. a. O., I, S. 280 f.; II, S. 106 f.; IMT, Bd. XIV, S. 30; IfZ, Zs. Nr. 54. — Für das Heer: vgl. Anm. 8; H. Krausnick a. a. O. (vgl. Anm. 1), S. 203 und H. Foertsch, Schuld und Verhängnis, Stuttgart 1951, S. 33.

10) Raeder a. a. O., I, S. 281 f.; S. 108 ff.

11) VB (Berliner Ausg.) vom 24. 5. 1933

Presse-Propaganda<sup>12)</sup>, die das noch schwelende Mißtrauen wegen seiner scharfen Kritik an Tirpitz und der deutschen Flottenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg<sup>13)</sup> auslöschen sollte<sup>14)</sup>. Ebenso aufrichtig — „auf Abruf“ — wie seine Versicherung, die Armee aus der Politik herauszuhalten, meinte Hitler damals seine Auslassungen zur Englandpolitik. Rein kontinental eingestellt, hat er — um mit Tirpitz zu sprechen — „die See nicht verstanden“. Sie war und blieb ihm „unheimlich“<sup>15)</sup>, wozu seine starke Anfälligkeit für die Seekrankheit beigetragen haben mag<sup>16)</sup>. Andererseits „schwärmte“ er für die Marine<sup>17)</sup> und begeisterte sich mit seinem unleugbaren Sinn für Technik vornehmlich für die großen Schiffe als Höchstleistungen technischer Präzision<sup>18)</sup>. So förderte er den Ausbau der Marine<sup>19)</sup>, wünschte jedoch keinen Gegensatz zu England, sei es wegen seiner wesentlich kontinentalen Ziele, sei es wegen seiner Bewunderung für die politische Leistung des Empire, sei es auf Grund

12) Ebenda, 25./26. 5. 33 (Dr. Dietrich über die „Flotte im Zeichen des jungen Deutschlands“); allgemein: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941—42 (hrsg. von Gerh. Ritter), Bonn 1951, S. 146.

13) Vgl. Mein Kampf, 534—537. Aufl., München 1940, S. 299 f.

14) Vgl. Raeder a. a. O., II, S. 107.

15) Vgl. Karl Jesko v. Puttkamer, Die unheimliche See, Wien/München 1952, S. 11 f.; dazu IfZ, Zs. Nr. 1482; 1799; 1800; 1788 u. a. m.

16) Als der erfolgreiche Kommandant des Hilfskreuzers „Orion“, der damalige Kapitän z. S. Weyher, sich nach langer Fahrt im FHQ zurückmeldete, hatte Hitler dem enttäuschten Seeoffizier wenig mehr zu sagen als: „Für mich, Herr Kapitän, hätte das 14 Monate lang jeden Tag Seekrankheit bedeutet.“ IfZ, Zs. Nr. 1788.

17) Gelegentlich erklärte er einmal im Kreis von Marineoffizieren, daß er selber gern Seeoffizier geworden wäre! IfZ, Zs. Nr. 41 (Adm. a. D. Fuchs). — Für seine Begeisterung, als ihm von der Marine ein Modell des Panzerschiffs „Deutschland“ geschenkt wurde: IfZ, Zs. Nr. 1484 (Fregkpt. a. D. Dr. Jessen).

18) Raeder a. a. O., II, S. 157; IfZ, Zs. Nr. 41 (Adm. a. D. Fuchs); Puttkamer a. a. O., S. 11; Otto Dietrich, 12 Jahre mit Hitler, München 1955, S. 115.

19) Zum ganzen vgl. Rolf Bensel, Die deutsche Flottenpolitik von 1933 bis 1939. Beiheft 3 der Marine Rundschau, Berlin—Frankfurt/M. 1958. — Der Schiffbau-Ersatzplan für 1933 wurde im März aufgestellt und schon im April/Mai in Kraft gesetzt. So begann bald der Bau an diesen Schiffen, darunter der späteren „Scharnhorst“, und eines Schwimmdocks. Wollg Sauer, Die Mobilmachung der Gewalt, in: K. D. Bracher, W. Sauer, G. Schulz, Die NS-Machtergreifung, Köln und Opladen 1960, S. 798. — Geld für den Bau dieses Docks wurde vom ostpreußischen Gauleiter Koch aus der „Spende zur Förderung der nationalen Arbeit“ überwiesen: ebd., S. 800

seiner Rassen-Ideologie. Mit dem von ihm angeregten Flottenabkommen — abgeschlossen am 18. Juni 1935 — schien Hitler dann das Fundament einer dauernden Verständigung gelegt<sup>20)</sup>. Daß dennoch ein Konflikt nicht ausbleiben konnte, wenn er, weit über eine Revision des Versailler Vertrages hinausgehend, die gewaltsame Vorherrschaft auf dem Kontinent erstrebte, erkannte er ebensowenig, wie er die britische Mentalität überhaupt begriff. Über jene drohenden Konsequenzen täuschte sich auch die Marine selbst hinweg, obwohl Hitler seine Expansionsabsichten früh offenbart hatte und obwohl Raeder selbst schon von dem bloßen Versuch einer Änderung der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages eine Kriegsgefahr befürchtete<sup>21)</sup>. Jedenfalls hielt Raeder einen Krieg, schon wegen der materiellen Schwäche der Marine, auf lange Zeit für undenkbar<sup>22)</sup>. Die scheinbare „Übereinstimmung“ zwischen ihm und Hitler in den „für die Zukunft der Marine entscheidenden Fragen“ machte ihn und damit die ganze Marine<sup>23)</sup> zu vertrauensvollen Gefolgsleuten des innen- und außenpolitisch erfolgreichen „Führers“<sup>24)</sup>, der ihnen für die Terrorakte der Organe des Regimes seltsamerweise nicht persönlich verantwortlich erschien<sup>25)</sup>.

Freilich gab es für die Marine auch weniger — oder doch weniger ernsthafte — Reibungen mit der Partei als für das Heer. Von Hause aus hatte sie kaum Berührung mit den örtlichen Dienststellen der NSDAP, oder sie dominierte in den Küstenstandorten derart, daß

20) Vgl. insbes. Raeder a. a. O., I, S. 300 ff.; II, S. 24 ff.; 333. Ferner W. Malanowski, Das dtsh.-engl. Flottenabkommen v. 18. 6. 1935 als Ausgangspunkt für Hitlers doktrinaire Bündnispolitik, in: Wehrwiss. Rundschau 5 (1955), S. 408 ff.; D. C. Watt, The Anglo-German Naval Agreement of 1935, in: Journal of Intern. Hist. 1956, S. 155 ff.

21) Raeder a. a. O., II, S. 167. — Im übrigen brach Hitler den Flottenvertrag rasch, indem die beiden späteren Schlachtschiffe „Bismarck“ und „Tirpitz“ größer als angegeben gebaut wurden: 52 000 t statt offiziell 35 000 t, — was nach sachkundigem Urteil von Marineseite „dem Ziel dieses Abkommens mit England, eine nochmalige Gegnerschaft der beiden Länder zu vermeiden“, widersprach. Der Bruch des Vertrages in dieser Hinsicht war von den Engländern schon bald nach der Kiellegung der Schiffe, spätestens 1937, erkannt. — Vgl. dafür Paul W. Zieb, Logistik-Probleme der Marine, in: Die Wehrmacht im Kampf, Bd. 31, Neckargemünd 1961, S. 141. — Hitler am 3. 2. 33 über seine Expansionsabsichten: s. oben mit Anm. 8 und 9.

22) Raeder a. a. O., II, S. 34, 152 ff.

23) Raeder a. a. O., II, S. 333.

24) Raeder a. a. O., II, S. 110.

25) Raeder a. a. O., II, S. 114, 134.

die dortigen Instanzen der Partei sich nicht an sie herantrauten<sup>26)</sup>. Zwischenfälle, die in „Zusammenstößen“ von Marineangehörigen mit Parteiorganen bestanden oder auf Amtsanmaßung von Parteifunktionären beruhten, wurden zum Teil mit Nachdruck von Raeder selbst geregelt<sup>27)</sup>; sie verursachten jedenfalls keine Animosität gegen die Nationalsozialisten, wie sie von der Marine in der Zeit vorher der „Linken“ gegenüber empfunden worden war<sup>28)</sup>. Die Niederschlagung des sogenannten Röhm-Putsches stärkte sogar im Ganzen das Vertrauen in Hitler<sup>29)</sup>, obwohl die illegalen und brutalen Methoden der Aktion rasch bekannt wurden und bei einem Teil des Offizierkorps Empörung und Erschütterung hervorriefen<sup>30)</sup>. Ein Versuch des damaligen Korvettenkapitäns Heye, Raeder gemeinsam mit dem Heer zu einer wirkungsvollen Stellungnahme bei Hitler zu veranlassen, schlug aber fehl, — und zwar kaum deshalb, weil Raeder persönlich zu ängstlich dafür gewesen wäre, sondern weil er „nicht zuständig“ zu sein glaubte und überdies von einem solchen Schritt Nachteile für die Marine befürchtete<sup>31)</sup>. Trotz dieser eben erst gemachten Erfahrungen leistete er darum ohne Bedenken den neuen „persönlichen“ Eid<sup>32)</sup>, und ihm folgend die Marine, wobei sie die an sich ja ganz unmotiviert erneute Vereidigung einerseits als „Routine-Angelegenheit“ auffaßte<sup>33)</sup>, andererseits aber auch als ersehnte Herstellung eines persönlichen Loyalitätsverhältnisses begrüßte<sup>34)</sup>.

Seinen eigenen Worten nach wurde für Raeder die Grenze, an der seine Gefolgschaft für Hitler endete, lediglich von seinem Fachgebiet bestimmt<sup>35)</sup>. Nicht das Terrorsystem konnte ihn

dazu bewegen, aus Protest seinen Abschied einzureichen, geschweige denn Widerstand zu leisten, sondern erst und allein die Tatsache, daß Hitlers Maßnahmen schließlich seinem fachlichen Gewissen zuwiderliefen. Wohl hat die Bekämpfung der Kirche dem überzeugten Christen Raeder manches Mißbehagen bereitet; doch sicherte er nur die Marine-Seelsorge energisch und erfolgreich gegen die Angriffe der Partei und trat für seine Marinepfarrer bei der Gestapo ein<sup>36)</sup>. Desgleichen schützte er aktive Seeoffiziere, die nach der Rassen-Ideologie der NSDAP „nicht einwandfrei“ waren, vor Verfolgungen, behielt sie entweder im Dienst — und zwar ohne Nachteile für ihre Laufbahn — oder sorgte für ihr ehrenvolles Ausscheiden und weiteres Fortkommen<sup>37)</sup>. Wenn er darüber hinaus in wenigen Einzelfällen alter Bekanntschaft helfend eingriff, obwohl die betreffenden Personen nicht „in sein Ressort“ fielen<sup>38)</sup>, so ändert das nichts an seiner prinzipiellen „Selbstbeschränkung“<sup>39)</sup>, d. h. an dem Verzicht, seine amtliche Autorität für die Kirche und die verfolgten Juden überhaupt einzusetzen.

Da Hitler ihm in den ersten Jahren innerhalb der Marine freie Hand ließ<sup>40)</sup> — weil er mit dem Ausbau seiner eigenen Position genug zu tun hatte und inzwischen die Marine bei einem hervorragenden Fachmann gut aufgehoben wußte —, sah Raeder keine Veranlassung, sich einzuschalten, wenn das Recht mit Füßen getreten wurde. Nach dem Prinzip der „unpolitischen“ Haltung des Soldaten und seiner „unbedingten Korrektheit gegen die bestehende Regierung“ gab es für die Marine „keinen Zweifel“ — und Raeder ließ keinen daran aufkommen —, „daß eine unbedingte Disziplin in den eigenen Reihen selbst bei größten Belastungen aufrechterhalten werden müsse“<sup>41)</sup>. Ob wirklich noch niemand in jenen Tagen in die Zukunft sehen und wissen konnte, „was

26) Raeder a. a. O., II, S. 116; Dönitz a. a. O., S. 302.

27) Raeder a. a. O., II, S. 117. Für die Zwischenfälle selbst siehe: Geheimakte über NSDAP-Zwischenfälle vom Januar 1933 — 30. 6. 34 (Sammelgr. 1, Sachgr. n. Untergr. 53) in Akten des OKW (Alexandria, Va.), Archiv-Nr. OKW/879.

28) Raeder a. a. O., II, S. 15; Dönitz a. a. O., S. 302.

29) Raeder a. a. O., I, S. 289; Dönitz a. a. O., S. 300 f.; IfZ, Zs. Nr. 54.

30) IfZ, Zs. Nr. 246 (Vizeadm. a. D. Heye).

31) Raeder a. a. O., II, S. 22 f.

32) Raeder a. a. O., I, S. 290.

33) IfZ, Zs. Nr. 1788 sowie weitere Zeugenbefragungen.

34) IfZ, Zs. Nr. 979, 1630 u. a. — Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß es einem Seeoffizier unter der Weimarer Republik gelang, den ihm nicht zusagenden Eid auf die Verfassung zu umgehen und doch im Dienst zu bleiben. (Mitteilungen an den Verfasser.)

35) Raeder a. a. O., II, S. 294.

36) Ebenda, S. 131 f., 135 ff.; IfZ, Zs. Nr. 1808 (ehem. Marinenedekan Ronneberger).

37) IfZ, Zs. Nr. 1479 und Mitteilungen von kompetenter Seite an den Verfasser; Raeder a. a. O., II, S. 132.

38) Vgl. Raeder a. a. O., II, S. 133, und die eidesstattl. Erklärungen betroffener Personen: ebd., S. 338 ff. — Für Niemöller trat R. nur vorsichtig ein: II, S. 141 ff.

39) Raeder a. a. O., II, S. 132 f. — Äußerungen Hitlers über das in seinen Augen „etwas bigotte Christentum“ Raeders: Dr. Goebbels' Tagebücher, hrsg. von L. P. Lochner, Zürich 1948, Eintragung v. 9. 3. 1943, S. 261.

40) Ebenda, S. 115 f.

41) Ebenda, S. 22 f., auch für das Folgende.

sich Jahre später ereignen würde", wie Raeder dazu hilfswise argumentiert hat, blieb bei solchen Vorsätzen ohnehin eine akademische Frage.

## II.

Die ersten Zweifel an Hitler wollen Raeder im Frühjahr 1938 anlässlich der Blomberg-Fritsch-Krise gekommen sein<sup>42)</sup>. Die Vorstellungen eines — damals noch „jüngeren“ — Seeoffiziers wie Heye, gemeinsam mit dem Heer energische Schritte bei Hitler zu unternehmen, lehnte er jedoch ab<sup>43)</sup>, während er ein halbes Jahr später, nach der „Kristallnacht“ vom 9./10. November 1938, auf die empörten Meldungen einer Reihe führender Offiziere der Marine<sup>44)</sup> wenigstens über „die Unmoral der Handlungen und die eingetretene Schädigung des deutschen Ansehens“ Klage beim Staatsoberhaupt führte<sup>45)</sup>. Obwohl von der lahmen — in der Diktion auf Raeder berechneten — Ausrede Hitlers<sup>46)</sup> „innerlich nicht befriedigt“, ließ er sich damit abspeisen und sah seinen Grundsätzen entsprechend keine weiteren „Möglichkeiten des Eingreifens“.

Sehr anders reagierte Raeder aber schon wenige Tage danach, als Hitler während eines Vortrages vor ihm plötzlich heftig die bisherige Baupolitik der Marine, und zwar namentlich die Pläne der beiden — später „Bismarck“ und „Tirpitz“ getauften — Schlachtschiffe kritisierte<sup>47)</sup>. In diesem Augenblick ersuchte der Oberbefehlshaber der Marine in relativ scharfer Form um seine Entlassung. Von da an häuften sich die Auseinandersetzungen — die jedesmal Raeders Ressort betrafen — so, daß er, der von seinem ersten Abschiedsgesuch auf Drängen Hitlers Abstand genommen hatte, trotz äußerer Ehrungen sein Amt zum 1. Oktober 1939 erneut zur Verfügung stellte<sup>48)</sup>.

Der inzwischen ausbrechende Krieg machte Raeder freilich sofort anderen Sinnes<sup>49)</sup>, ob-

wohl er gerade in diesem Augenblick allen Grund zur Enttäuschung und zum Zweifel an Hitler gehabt hätte<sup>50)</sup>. Jetzt auszuscheiden, erschien seinem rein „soldatischen“ Denken als Desertion. Wenn die Marine schon, unfertig wie sie war, nicht mehr tun konnte als „kämpfend und in Ehren unterzugehen“<sup>51)</sup>, so wollte Raeder ebenso selbstverständlich auf seinem Posten bleiben, wie dies von jedem Kommandanten eines Schiffes verlangt wurde. Wie wenig er bedachte, daß wesentlich mehr auf dem Spiel stand als seine persönliche Ehre oder selbst die der Marine<sup>52)</sup>, zeigt auch seine Verständnislosigkeit für das Verhalten von Beck, das er nicht einmal als Möglichkeit in Erwägung zog<sup>53)</sup>. Um was es wirklich ging, erkannte mit aller Klarheit fast allein der Abwehrchef Canaris<sup>54)</sup>, der mit Raeder selbst wie mit der Marine im ganzen zu wenig unmittelbaren Kontakt mehr besaß<sup>55)</sup>, als daß sein Anteil am Widerstand gegen Hitler seiner Waffengattung zuzurechnen wäre. Vielmehr distanziert sich „die Marine“ noch heute weitgehend von ihm, wie sie denn — von

50) Ebenda, S. 166 ff. — Noch kurz vor Ausbruch des Krieges sagte Raeder in einer Ansprache in Stettin: „Glaubt doch nicht, daß der Führer mit England Krieg führt; er wird doch nicht leichtfertig das bisher Erreichte aufs Spiel setzen!“ IfZ, Zs. Nr. 1630 (Kpt. z. S. a. D. Kupfer).

51) Raeder a. a. O., II, S. 171 und „Gedanken des Ob. d. M. zum Kriegsausbruch“, 3. 9. 1939, persönl. Akten Raeders (ungedruckt), Akten der Seekriegsleitung. Hierin sagt R., daß „nicht vor 1944 mit dem Krieg zu rechnen“ gewesen sei, daß Hitler „bis zum Schluß“ (22. 8. auf dem Obersalzberg) an die „Vermeidung des Krieges“ geglaubt habe; und über die Marine, daß die U-Boote viel zu schwach seien, um „ihrerseits kriegsentscheidend zu wirken“, die Überwasserstreitkräfte aber nur zeigen könnten, „daß sie mit Anstand zu sterben verstehen und damit die Grundlagen für einen späteren Wiederaufbau zu schaffen bereit sind“.

52) Für Raeders persönlichen Ehrbegriff bezeichnend erscheint es, daß er nach Hitlers schwerem Angriff auf den „Geist“ der Marine nach dem wenig glücklichen Kampf gegen einen britischen Geleitzug im Nordmeer Ende Dezember 1942 bereit war, vor dessen Augen Gift zu nehmen, wenn er seine Vorwürfe nicht zurückzog (IfZ, Zs. Nr. 1481).

53) Raeder a. a. O., II, S. 130, 293 f.

54) Vgl. besonders sein Wort bei Kriegsausbruch: „Das ist das Ende Deutschlands“: Krausnick a. a. O., S. 380 (mit den Belegen). Über Canaris: ders., in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 3, S. 116 ff.; die Dokumentation „Aus den Personalakten von Canaris“ in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Bd. 10 (1962), S. 280 ff. sowie bereits K. J. Abshagen, Canaris, Patriot und Weltbürger, Stuttgart 1949.

55) Raeder a. a. O., II, S. 134, 193 f.; IfZ, Zs. Nr. 54 u. a.; Dönitz a. a. O., S. 298 f.

42) Raeder, a. a. O., I, S. 111 f., 119 ff.

43) IfZ, Zs. Nr. 246 (Vizeadm. a. D. Heye).

44) Raeder a. a. O., II, S. 133 f.; Dönitz a. a. O., S. 302 f.

45) Raeder a. a. O., II, S. 133 f.

46) Nach Raeder erklärte Hitler ihm, der (bzw. die) Gauleiter sei (bzw. seien) „ihm aus dem Ruder gelaufen“. — Vgl. bereits Krausnick (a. a. O., S. 370 mit Fußnote 532), der sich auf das übereinstimmende Zeugnis Adm. a. D. Patzigs berufen kann.

47) Raeder a. a. O., II, S. 126 f.

48) Ebenda, S. 128 f. (Am 1. April 1939, anlässlich des Stapellaufs des Schlachtschiffs „Tirpitz“ in Wilhelmshaven, war Raeder zum Großadmiral befördert worden: S. 129.)

49) Ebenda, S. 131.

wenigen Ausnahmen abgesehen — überhaupt „den Widerstand“ ablehnt<sup>56)</sup>.

Dennoch fehlte es — neben Canaris — nicht an einigen einsichtigen Männern innerhalb der Marine, die sich an dem ersten, noch „legalen“ Akt der deutschen militärischen Opposition während der Sudeten-Krise im Hochsommer 1938 beteiligten. Bis dahin waren, wie gesagt, Raeder und die Marineführung von Hitlers Rüstungen nicht beunruhigt worden. Sogar die Ankündigungen vom 5. November 1937, bekannt durch das Hoßbachdokument, will Raeder nicht ernst genommen, sondern Görings beruhigenden Versicherungen geglaubt haben, Hitler wolle das Heer nur bei seiner Aufrüstung anspornen<sup>57)</sup>. Daran änderte selbst die neue Weisung des Oberbefehlshabers der Wehrmacht vom 7. bzw. 21. Dezember 1937<sup>58)</sup> nichts, weil der Ernstfall an die Voraussetzung „voller Kriegsbereitschaft auf allen Gebieten“ oder einer sicheren Neutralität der Westmächte geknüpft war, — was dem ganzen Plan scheinbar theoretischen Charakter gab. Nun zeigte der Aufmarschplan „Grün“ gegen die Tschechoslowakei zwar ein Nahziel, das Raeders schwerste Bedenken hätte hervorrufen müssen, weil es über eine Revision der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages hinausging<sup>59)</sup>. Doch reagierte er immer noch nicht, obwohl er jetzt auch „fachlich“ betroffen war und die schon länger spürbare Feindseligkeit Hitlers gegen England das Schlimmste befürchten lassen mußte<sup>60)</sup>. Stark beeindruckt von den vorangegangenen außenpolitischen Erfolgen Hitlers, vertraute er noch immer auf ihn und sein „Glück“<sup>61)</sup>.

56) Kurt Assmann, Deutsche Schicksalsjahre, Wiesbaden 1950, S. 483. — Protokoll Vizeadm. a. D. Arps (ungedr.); Denkschrift Adm. a. D. Kleikamp (ungedr.); Abschriften im Institut für Zeitgeschichte). — Befragungen überlebender Zeugen. — Neuerdings weitere Zeugnisse.

57) IMT, Bd. XIV, S. 44 f.; Raeder a. a. O., II, S. 149 f. — Dagegen vertrat Dönitz seit 1937 „sehr bestimmt“ die Auffassung, daß es bald zum Krieg mit England kommen werde: Zieb a. a. O. (vgl. Anm. 21), S. 143.

58) IMT, Bd. XXXIV, S. 745 ff.; Akten z. Dt. Ausw. Politik 1918—1945, Serie D, Bd. 7, Baden-Baden 1956, S. 547 ff.

59) Dazu Raeder a. a. O., II, S. 167.

60) Da in der Marine inzwischen die Meinung stark vertreten worden war, daß England in einen bewaffneten Konflikt Deutschlands mit der Tschechoslowakei eingreifen würde, wurden Gespräche darüber „von oben“ verboten (IfZ, Zs. Nr. 1809).

61) Raeder a. a. O., II, S. 131; dazu die Tagebücher von Ulrich von Hassell, „Vom anderen Deutschland“, Zürich/Freiburg 1946, S. 17 (Eintr. v. 14. 9. 38).

Dafür hegten im Oberkommando der Marine zwei Männer die gleichen Sorgen wie Beck: der Chef des Stabes der Seekriegsleitung, Vizeadmiral Guse, und sein erster Operationsoffizier, Fregattenkapitän Heye, — bezeichnenderweise Offiziere in Stellungen, die denen des Chefs des Generalstabes und seines Ia entsprachen. Heye, Sohn des ehemaligen Chefs der Heeresleitung und ein Offizier, der schon vor der „Machtübernahme“ durch politisches Denken „unangenehm aufgefallen“ war<sup>62)</sup>, verfaßte im Juli (1938) eine „Lagebetrachtung“ im Falle eines deutschen Angriffs auf die Tschechoslowakei<sup>63)</sup>. Wie Beck sah er das Eingreifen Englands und Frankreichs voraus, möglicherweise später auch Amerikas und Rußlands, weil der deutsche Überfall „wie ein Fanal“ wirken werde und die anderen sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen würden, „die deutsche Gefahr ein für allemal zu bannen“. Schon ein Krieg gegen die Westmächte aber bedeute „den Verlust des Krieges für Deutschland mit allen Folgen“. In geschickter Taktik geißelte Heye an dieser Stelle zugleich den Terror im eigenen Lande, indem er ihn als Grund für die gefährliche Antipathie des „feindlichen und neutralen Auslands“ gegen Deutschland hinstellte, der durch Stärkung der „Staatsautorität . . . gegenüber den Befugnissen und Rechten der Partei . . . weitgehend der Boden entzogen“ werden sollte<sup>64)</sup>.

62) Insbesondere bei einer Diskussion in einem Führergehilfenlehrgang für Heer und Marine anläßlich eines Besuches Schleichers i. J. 1929: IfZ, Zs. Nr. 246 (Vizeadm. a. D. Heye).

63) Weisungen des Obersten Befehlshabers der Wehrmacht für den Fall „Grün“, Akten des OKM, 1. Abt. SkI Ia; Heft 2, Befehle für Geheimhaltung, Anlaufen der Maßnahmen, Stellungnahmen usw. (ungedr., Bundesarchiv Koblenz); dazu IfZ, Zs. Nr. 246 (Vizeadm. a. D. Heye). — Vgl. Krausnick a. a. O., S. 312 ff.

64) „Die Stimmung in den maßgebenden Staaten ist ausgesprochen deutschfeindlich. Diese Stimmung beruht nicht so sehr auf Sympathie mit den Tschechen als auf Antipathie gegen Deutschland. Sie wird dauernd genährt durch die Ansichten des Auslandes über die Zustände in Deutschland, die bei dem einzelnen Ausländer beinahe eine Kreuzzugsstimmung aufkommen lassen. Die Methoden der geistigen und politischen Gleichschaltung des deutschen Volkes, die Art und Weise, wie die Kirchen- und die Judenfrage nach den zahlreichen ins Ausland gelangenden Nachrichten gelöst werden, lassen für den denkenden Ausländer Deutschland als Sowjetrußland sinnverwandten Staat erscheinen . . . Das bisherige System der Gestapo, die Behandlung der Kirchen- und Judenfrage müssen in festere, gesetzliche Formen gegossen werden. Staatsautorität muß gegenüber den Befugnissen und Rechten der Partei gestärkt werden.“ („Beurteilung der Lage Deutschland-Tschechei — Juli 1938“ — vgl. Anm. 63.)

Die abschließende Feststellung der Aufgabe des Soldaten dem Politiker gegenüber: „der politischen Führung die militärische Beurteilung, auch der ungünstigsten Lage darzulegen, damit die politische Führung die Größe ihrer Verantwortung kennt und ihre Entschlüsse nicht auf unvollständige Unterrichtung aufbaut“, war wohl an Clausewitz orientiert, wurde von Heye indes der besseren „Wirkung“ halber lieber mit einem angeblichen „Führerwort“ begründet. Ihm schloß sich Guse an mit der — für den zurückhaltenden und von Natur nicht „kämpferischen“ Chef der SkI sehr beachtlichen — Forderung gemeinsamer Vorstellungen der drei Oberbefehlshaber der Wehrmacht bei Hitler, bzw. wenigstens der beiden Oberbefehlshaber des Heeres und der Kriegsmarine, da Göring wahrscheinlich „nicht dazu zu bewegen sein“ werde. Doch auch ein gemeinsamer Schritt von Brauchitsch und Raeder unterblieb, weil soldatische Gehorsampfpflicht und die Hoffnung, es werde wieder gut gehen, beide davon abhielten<sup>65</sup>).

Bei dem darauffolgenden ersten Akt „illegaler“ Opposition, dem Versuch, Hitler in dem Augenblick mattzusetzen, in dem er den „Fall Grün“ verwirklichen wollte, war von der Marine niemand beteiligt. Wohl stand Canaris leitend und schützend hinter Oster, der im Verschwörerkreis um Halder und Witzleben als der „Motor“ erschien, doch kann er eben nicht als Vertreter „der Marine“ betrachtet werden. Dasselbe gilt von dem damaligen Kapitänleutnant Liedig, der ebenfalls zur Abwehr gehörte und bei einer Heeresdienststelle eingesetzt war. Er hatte sich mit für den Stoßtrupp zur Verfügung gestellt, der unter der Führung seines ehemaligen Kameraden aus der Brigade Ehrhardt, Oberstleutnant Heinz, in die Reichskanzlei eindringen und Hitler verhaften sollte<sup>66</sup>).

Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der weiter tätigen, wenn auch sich wandelnden Oppositionsgruppe um Halder und Witz-

65) Immerhin behauptet Assmann a. a. O., S. 45 (vgl. auch Marine Rundschau 58 [1961], S. 9), ohne näheren Nachweis, das OKM habe im Sommer 1938 Hitler „eine eindrucksvolle Denkschrift“ vorgelegt, in welcher der Besorgnis vor einem Krieg mit England Ausdruck gegeben worden sei. Wenn dies zutrifft, so könnten die erwähnten Denkschriften dazu den Anstoß gegeben und dabei teilweise Verwendung gefunden haben.

66) E. Zeller, Geist der Freiheit, München, 3. Aufl. 1956, S. 36; G. Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, 3. Aufl., Stuttgart 1956, S. 195; Krausnick a. a. O., S. 344 f.

leben und dem späteren Widerstandskreis in der Marine ist nicht zu erkennen. Verschiedene Versuche des Generalstabschefs, auch Marineoffiziere heranzuziehen, waren nicht nur erfolglos, sondern sogar gefährlich<sup>67</sup>). Verhältnismäßig offen konnte Halder wohl mit dem damaligen Chef der Seekriegsleitung, Admiral Schniewind, reden. Doch bei allem Verständnis für Kritik am Regime verstand dieser weitergehende Andeutungen, wie: daß man die kritische Einstellung in Taten umsetzen müsse, nicht oder wollte sie nicht verstehen. Ihre gegenseitige Sympathie schloß hier wohl eine Gefährdung Halders aus, während dieser bei den wenigen anderen Seeoffizieren, die er ansprach, froh sein mußte, daß sie keinen Alarm schlugen. Die „völlige Unbrauchbarkeit“ der Marine „für Zwecke des Widerstandes“ bestätigte sich für den Generalstabschef so kraß, daß er sie danach bewußt nicht weiter umwarb<sup>68</sup>), zumal sie „technisch“ nur wenig nutzen konnte. Wenn sie später dennoch — obschon nur mit einer kleinen Zelle und nur teilweise aktiv — an der militärischen Opposition beteiligt war, scheint das auf „zufälligen“ persönlichen Umständen zu beruhen: nämlich darauf, daß es Claus von Stauffenberg war, der im Herbst 1943 die aktive Leitung des Widerstandes in der Armee übernahm und er einen Bruder (Berthold) in der Seekriegsleitung hatte, der im Völkerrechts-Referat der Operationsabteilung — zuletzt als sogenannter Marine-Oberstabsrichter — tätig war. Eine „autochthone“ Opposition entstand in der Marine also nicht, sondern es bedurfte dazu des Anstoßes von außen.

### III.

Ohne Zweifel hat Claus von Stauffenberg diesen Anstoß zum aktiven Widerstand in der Marine gegeben. Obwohl Beck ihr dafür ebensowenig Bedeutung beimaß wie zuvor Halder<sup>69</sup>), sollte wenigstens soviel erreicht werden, daß sie nach dem erhofften Erfolg des Anschlages auf den neuen Kurs einschwenkte<sup>70</sup>). Die Erfahrung vom März 1943 — daß nämlich damals selbst bei geglücktem Atten-

67) Mitteilung von Gen. Oberst a. D. Halder an Verf. (5. 9. 56); auch für das Folgende (IFZ, Zs. Nr. 240).

68) Auch auf Grund von Mitteilungen von Gen. Adm. a. D. Schniewind an Verf. (3. 10. 56).

69) Kaltenbrunner-Bericht vom 1. 8. 44, in: Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944, hrsg. vom Archiv Peter, Stuttgart 1961, S. 115.

70) Ebenda, S. 115 f.

tat der anschließende Umsturz nicht „glatt“ verlaufen wäre<sup>71)</sup> — ließ dies ratsam erscheinen.

Trotz ihres Temperaments-Unterschiedes — Claus: stürmisch-drängend, Berthold<sup>72)</sup>: ruhig und gelassen — war Berthold seinem einund-einhalb Jahre jüngeren Bruder von jeher eng verbunden. Daß er sich indes von diesem hätte hinreißen lassen, sofern er nicht von sich aus zu denselben Anschauungen oder Entschlüssen kam, ist nach dem Urteil eines Freundes nicht anzunehmen<sup>73)</sup>. Ja, es scheint unmöglich, einen von beiden als Inaugurator anzusprechen: bei der Art ihrer brüderlichen Verbundenheit hätte Claus nicht ohne Berthold gehandelt, und dieser wäre ohne des Bruders Begabung und Feuer nicht zum Handeln gekommen<sup>74)</sup>. Sein sittlich fundiertes Gerechtigkeitsgefühl ließ ihn, der anfänglich im Nationalsozialismus positive Ansätze zu erkennen geglaubt hatte, bald zum überzeugten Gegner werden. Stets bereit, das Recht und die Menschlichkeit zu vertreten, verhinderte er in seiner Kriegs-Dienststellung unauffällig, oder doch ohne daß es den Betroffenen immer klar wurde, manches Unrecht<sup>75)</sup>. Wenn sich die deutsche Seekriegsführung an die Regeln des Völkerrechts hielt, so war das auch sein Verdienst<sup>76)</sup>. Über die Lage des Reiches war er teils durch seine offizielle Position, mehr aber noch durch seine persönlichen Beziehungen zu Trott zu Solz, den er seit 1938/39 kannte, gut und laufend informiert. Die Einsicht, daß der Untergang drohte, trieb auch ihn zum Handeln. Dabei kam es gerade ihm wesentlich darauf an, daß die Sühne für die Verbrechen des Nationalsozialismus eine deutsche Sache blieb,

71) Fabian von Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler. (Fischer-Bücherei) Frankfurt/M. und Hamburg 1959, S. 100.

72) Vgl. über ihn allgemein: Eberh. Zeller, Geist der Freiheit. Der Zwanzigste Juli, 3. Aufl., München 1956, S. 166 ff.; Annedore Leber, Das Gewissen steht auf, Berlin—Frankfurt/M. 1956, S. 126 f.; A. Strebel, In memoriam B. Schenk Graf v. Stauffenberg (1905—1944), in: Ztschr. für ausl. öfftl. Recht u. Völkerrecht, Bd. XIII, Stuttgart u. Köln 1950/51, S. 14 ff.; Th. Pfizer, Die Brüder Stauffenberg, in: Rob. Boehringer, Eine Freundesgabe, hrsg. v. Erich Boehringer u. Wilh. Hoffmann, Tübingen 1957, S. 487 ff.

73) IfZ, Zs. Nr. 1797 (Werner Traber, Vorstandsmitgl. der Hamburg-Amerika-Linie, damals „Hilfsarbeiter“ in der Seekriegsleitung).

74) Mitteilung von Prof. Dr. R. Fahrner an Verf. (5. 7. 62). IfZ, Zs. Nr. 1790.

75) Zeller a. a. O., S. 167; IfZ, Zs. Nr. 1797 (W. Traber).

76) Vgl. auch Raeder a. a. O., II, S. 316 ff.

die noch vor Kriegsende erfolgen müsse. Nicht durch Maßnahmen der Gegner — wie es später geschah —, sondern durch deutsche Gerichte sollten die Schuldigen bestraft werden, und erst danach Verhandlungen — wie er hoffte, für einen Kompromißfrieden — folgen<sup>77)</sup>.

So trat Berthold von Stauffenberg im Herbst 1943 an den damaligen Korvettenkapitän Alfred Kranzfelder heran, dem er zuerst dienstlich, dann aber auch menschlich eng verbunden war<sup>78)</sup> und der schließlich mit ihm das Martyrium teilen sollte. Kranzfelder, aus einer bayerischen Juristenfamilie stammend, war eher aus romantischer Veranlagung denn aus Neigung für den Soldatenberuf Seeoffizier geworden. Er wollte einfach hinaus in die Welt, die er dann zu einem Teil auf einer Schulschiffreise des Kreuzers „Berlin“ kennenlernte. Hätten nicht materielle Umstände ihn daran gehindert — sein Vater starb früh und hinterließ die Familie in recht beschränkten Verhältnissen —, so wäre er wohl Wissenschaftler geworden, um der „Wahrheit“ nachzuspüren. Bemerkenswert ist, daß ihn im fernen Osten der Buddhismus, „die große Ruhe in sich selbst“, besonders anrührte<sup>79)</sup>. Geistig und körperlich sehr begabt, auf guter Schule vorgebildet (Jesuitenschule), wurde er „Crew-Ältester“, d. h. Jahrgangsbester, von 1927. Erkannte man seine Leistungen wie seine Kameradschaftlichkeit wohl allseits an, so fand er doch nur wenig engere Freundschaft. Ein gewisser beruflicher und gesellschaftlicher Ehrgeiz, verbunden mit einiger Verslossenheit, soweit er nicht auf geistige Verwandtschaft stieß, ließen ihn manchem fremd erscheinen. Seine zum guten Teil andersartige Laufbahn — er wurde „Dickschiffs- und Stabsmann“, während die Kameraden mehr bei kleineren Einheiten und „an der Front“ eingesetzt wurden — hat wohl den Abstand vergrößert<sup>80)</sup>. Nachdem ein Anfall von Lungenbluten seine Zeit als Wachoffizier auf dem Panzerschiff „Admiral Scheer“ vorzeitig beendet und auch eine Kur in der Schweiz ihn nicht wieder borddienstfähig gemacht hatte, wurde er in die Seekriegsleitung kommandiert, um nun im Kriege im „Politischen Referat“ der Opera-

77) IfZ, Zs. Nr. 1797 (W. Traber); Kaltenbrunner-Berichte a. a. O., S. 19, 189.

78) Über ihn allgemein: Zeller a. a. O., S. 179 f.; Aufzeichnungen von Frau Ruth Graf, geb. Kläger K's ehem. Verlobten); IfZ, Zs. 1803.

79) Zeller a. a. O., S. 179; IfZ, Zs. Nr. 1484 (Fregkpt. a. D. Dr. Jessen); Zs. Nr. 1803 (Frau Graf).

80) IfZ, Zs. Nr. 1783 (Kkpt. a. D. Oehrn); Zs. Nr. 1775.

tionsabteilung verwendet zu werden<sup>81)</sup>. Hier war er mit Berthold von Stauffenberg in dienstliche Berührung gekommen, aus der sich, bei allem Unterschied des Temperaments, auf Grund einer geistigen, seelischen und sittlichen Übereinstimmung enge Freundschaft entwickelte. Voller Abscheu gegen die Unrechtsnatur des Systems und verzweifelt über die politische und militärische Lage, bejahte er — nach längerem Ringen mit sich selbst — seit Februar 1943 grundsätzlich den Umsturz<sup>82)</sup>, so daß Berthold von Stauffenberg in ihm rasch einen Helfer für seine Ziele fand.

Vorsichtig gingen die beiden nun daran, den Kreis zu erweitern. Sie wandten sich im Herbst 1943 an den Korvettenkapitän z. V. Dr. Sydney Jessen, der als Feindlage-Bearbeiter in der Nachrichtenabteilung der Skl (3/Skl) Dienst tat<sup>83)</sup>. Es war zu erwarten, daß nach dem geplanten Attentat und Hitlers Tod eine Phase der Direktionslosigkeit eintreten werde; also kam es darauf an, daß die Verschworenen sich der Macht vergewisserten und verhinderten, daß ein Nachfolger aus der NS-„Elite“ die Gelegenheit für sich nützte. Dabei galt es vor allem, die Nachrichtenmittel der Marine in die Hand zu bekommen oder wenigstens für die Gegner zu blockieren. Daher der Weg zu Jessen, den Kranzfelder zufällig auf einer Privatgesellschaft kennengelernt hatte, wobei sich beide rasch politisch völlig verstanden<sup>84)</sup>.

Jessen, der sich persönlich wohl sofort zur Verfügung stellte, aber „technisch“ im gewünschten Sinne nicht helfen konnte, wies die beiden weiter an den ihm vertrauten Kapitän z. S. Kupfer, damals Chef der Abteilung Nachrichtenübermittlungsdienst<sup>85)</sup>. Sie besuchten ihn und begannen ein „eindeutiges politisches Gespräch“, das jedoch zu keinen konkreten Vereinbarungen führte. Kupfer, der Berthold von Stauffenberg zum erstenmal sah, war erklärlicherweise sehr überrascht und fragte bei Jessen nach, wieso die Herren zu ihm gekommen seien und was es damit auf sich habe. Die

81) IfZ, Zs. Nr. 1774 u. 1800. — Als sich sein Gesundheitszustand später doch entscheidend gebessert hatte, lehnte Raeder ein Kommando auf das Schlachtschiff „Bismarck“ mit der Begründung ab, er könne Kranzfelder als Verbindungsoffizier zum Auswärtigen Amt nicht entbehren: Brief von Frau Graf v. 15. 4. 63.

82) IfZ, Zs. Nr. 1803 (Frau Graf).

83) IfZ, Zs. Nr. 1484 (Fregkpt. a. D. Jessen).

84) Ebenda.

85) IfZ, Zs. Nr. 1630 (Kpt. z. S. a. D. Kupfer); auch für das Folgende.

Antwort, daß Jessen sie zu ihm geschickt habe, zerstreute den Verdacht einer „Bespitzelung“.

Der bald darauf folgende zweite Besuch Stauffenbergs und Kranzfelders bei Kupfer verlief daher in voller Offenheit untereinander. Die beiden gestanden freimütig ein, daß sie Verbindung mit Widerstandskreisen im Generalstab d. H. hätten und daß dort die Beseitigung des Regimes geplant sei. Es sollten im gegebenen Augenblick Fernschreiben auf allen möglichen Kanälen ergehen, und es komme darauf an, diese Nachrichtenmittel zu besitzen und für Gegenbefehle zu lähmen. An eine Zerstörung des Netzes sei nicht gedacht. Ihre klare Frage war, ob Kupfer als Abteilungschef des Nachrichtendienstes in der Seekriegsleitung die Durchgabe der Aufrufe gewährleisten und anschließend den Apparat stilllegen könne. Kupfer seinerseits sagte daraufhin nicht sofort zu, sondern schlug eine dritte Zusammenkunft vor. Er mußte sich überlegen, ob er überhaupt mitmachen wollte und ob die an ihn gestellten Forderungen technisch durchführbar waren, — auch, ob noch jemand hinzugezogen werden sollte. All das besprach er mit Jessen und kam zu einem vollen „Ja“, das er den Verschworenen mitteilte.

Es folgten einige weitere Besprechungen, die darum gingen, ob die Marine als solche nicht doch aktiv an dem Widerstand beteiligt werden könne. Aber schnell waren Kranzfelder, Kupfer und Jessen sich darüber einig, daß die Gefahr, verraten zu werden, in keinem Verhältnis zu dem möglichen Nutzen stehen würde: es waren einfach nicht genügend Truppenteile zum Einsatz für die Zwecke der Opposition vorhanden. Die Frage, ob die Marine überhaupt „ansprechbar“ sei, wurde in diesem Augenblick nicht weiter geprüft, da Jessen von dem Mißerfolg eines Versuchs überzeugt war. Bemühungen, den Kreis wesentlich zu erweitern, wurden daher nicht unternommen, und die einzige Verbindung der Marine zur militärischen Opposition im Heer war und blieb Berthold von Stauffenberg. Die Marine geriet darum in der nächsten Zeit an den Rand der Entwicklung bzw. in die Rolle eines bloßen „Mithörers“, der soweit informiert wurde, wie es für die Erfüllung der ihm zugedachten Aufgabe nötig war. Insbesondere fand keinerlei Schriftwechsel statt, was die meisten der Beteiligten später vor dem Schlimmsten bewahrte, zumal sie von den weiteren Zusammenhängen und Verbindungen innerhalb des Widerstandes, zum Kreisauer



Kreis oder zum zivilen Widerstand um Goerdeler, nichts erfuhren<sup>86)</sup>.

Ursprünglich war die Nachrichtenzentrale der Marine in der Bendlerstraße bzw. am Tirpitzufer in Berlin konzentriert. Die verstärkten Angriffe alliierter Bomber auf die Hauptstadt veranlaßten aber den Chef der Seekriegsleitung, Meisel, vorsorglich Ausweichlager im Norden der Stadt bei Bernau und Eberswalde vorzubereiten<sup>87)</sup>, wohin auch gegen Ende November 1943 Teile des OKM umzogen<sup>88)</sup>. Das ehemalige Berliner Amt wurde dezentralisiert, denn Kapitän Kupfer hatte seine eigene Dienststelle jetzt in Eberswalde, andere Führungsstäbe saßen in Bernau, und die Waffenämter waren verstreut untergebracht<sup>89)</sup>. Die damit auftretende Frage, ob die rasche Durchgabe der Befehle nach einem Anschlag noch garantiert sei und das Netz blockiert werden könne, mußte Kupfer mit „Nein“ beantworten.

Damit fiel die Marine, ohnehin auf eine Nebenrolle beschränkt, faktisch aus. Gleichwohl wurde noch manches kritische Gespräch geführt, doch weihte man die betreffenden Offiziere schließlich nicht ein, weil man sie nicht belasten wollte, zumal man von ihnen keine wirksame Hilfe erwarten konnte.

Ferner wurde die Suche nach einem Admiral nicht aufgegeben, der sich vielleicht zur Verfügung stellen würde, was bei der Befehlsstruktur und Mentalität der Marine sehr wichtig gewesen wäre. Hierauf abzielende Gespräche wurden von Jessen mit Vizeadmiral Weichold geführt, der im März 1943 von seinem Posten als „Deutscher Admiral beim italienischen Admiralstab“ abgelöst worden war<sup>90)</sup>. Ursprünglich mit Dönitz befreundet, hatte er später dessen stärkstes Mißfallen erregt, weil er ihm nach der Ernennung zum Oberbefehlshaber der Marine offen erklärt hatte, der Krieg im Mittelmeer sei verloren. Er war

86) IfZ, Zs. Nr. 1484 (Jessen); umgekehrt wußten auch die zivilen Kreise nicht von der Opposition in der Kriegsmarine: Mitt. von Dr. v. Schlabrendorff vom 14. 2. 61 u. Dr. Stroelin vom 3. 12. 56; vgl. auch H. B. Gisevius, Bis zum bitteren Ende, Zürich 1946, 2. Aufl.

87) IfZ, Zs. Nr. 1739.

88) Walter Lohmann u. Hans H. Hillebrand, Die deutsche Kriegsmarine 1939—45, Bad Nauheim 1956 ff., Bd. I, Abt. 31, S. 1 („Eismarck“ bei Eberswalde, „Koralle“ bei Bernau).

89) IfZ, Zs. Nr. 1630 (Kpt. z. S. a. D. Kupfer); Nr. 1772.

90) IfZ, Zs. Nr. 667 (Vizeadm. a. D. Weichold); Lohmann-Hillebrand a. a. O., Bd. III, Abt. 291, S. 422.

daher mit fadenscheinigen Begründungen<sup>91)</sup> „in die Wüste geschickt“ worden und konnte noch froh sein, daß er mit der bloßen Versetzung in die Reserve davongekommen war.

Als Jessen sich an Weichold — einen Crew-Kameraden — wandte, war er, ohne es zu ahnen, an einen Eingeweihten geraten. Für ihn war Weichold einfach der bewährte<sup>92)</sup> und vertrauenswürdige<sup>93)</sup> Admiral, der mit seinem persönlichen und fachlichen Ansehen vielleicht größere Teile der Marine im Sinne der Opposition zu beeinflussen vermochte. Von den Verbindungen Weicholds zu Moltke konnte er nichts wissen. Diese beiden hatten in Berlin und in Rom manches sorgenvolle und heikle politische Gespräch geführt; aber Weichold lehnte, wie Moltke, ein Attentat ab<sup>94)</sup>, wenn auch teilweise aus anderen Gründen: nicht so sehr aus ethischen Motiven als aus der politischen Erwägung, daß ein gelungener Anschlag eine neue Dolchstoßlegende heraufbeschwören könne und daß es deshalb besser sei, wenn Hitler sich selbst ad absurdum führe. Obwohl dies weitere Opfer forderte, war Weichold gegen ein Attentat und ließ daher keine Bereitschaft erkennen, sich dem aktiven Widerstand anzuschließen.

Noch weniger weit gediehen bzw. als noch problematischer erwiesen sich die Überlegungen Kupfers, einen anderen Admiral zu gewinnen. Er mußte schließlich auf jeden direkten Versuch verzichten, weil nach seinem Eindruck die für ein entscheidendes Gespräch erforderliche Vertrauensbasis nicht gewährleistet war<sup>95)</sup>.

An Gladisch — seit Kriegsbeginn Reichskommissar am Oberpräsidium — dachte anscheinend niemand. Wohl hatte er für seinen engen Stab Persönlichkeiten gewählt, die nicht mit der Partei sympathisierten: an der Spitze, als seinen Vertreter, Admiral von Gagen<sup>96)</sup>,

91) Vgl. Dönitz a. a. O., S. 367 f.

92) Weichold war Chef des Stabes der Hochseeflotte unter Admiral Boehm gewesen, Leiter der Marine-Akademie und Deutscher Admiral beim Ital. Marine-OK (Supramarina).

93) Beide waren, wie gesagt, Crew-Kameraden, Weichold war Crew-Altester gewesen.

94) IfZ, Zs. Nr. 667 (Vizeadm. a. D. Weichold).

95) IfZ, Zs. Nr. 1630 (Kpt. z. S. a. D. Kupfer).

96) IfZ, Zs. Nr. 1794 (Dr. Lenz); Zs. Nr. 1796 (Dr. v. Tirpitz); Zs. Nr. 1793 (Frl. Langheld, ehem. Sekretärin von Gladisch). — Über die Amtseinführung des Oberpräsidiums am 24. 9. 39 vgl. Karl Schwarz, Der Krieg, seine Vorgeschichte und seine Entwicklung bis zum 1. Februar 1940, Berlin 1940, S. 333.

weiter Prof. Dr. Wiedmann, den Mitschöpfer der deutschen Prisenordnung<sup>97)</sup>, mit dem er befreundet war und mit dem man offen reden konnte<sup>98)</sup>; dazu den nachmaligen Staatssekretär Dr. Lenz<sup>99)</sup> oder den Korvettenkapitän von Tirpitz, den Sohn des einstigen Großadmirals<sup>100)</sup>. Daß Gladisch sich selbst im Sinne des Widerstandes exponieren werde, war nach den bisherigen Erfahrungen aber kaum anzunehmen<sup>101)</sup>, und so wurde er offenbar nicht ernsthaft in Erwägung gezogen. Als er dann doch erfuhr, daß man Hitler und seine Clique mit Gewalt beseitigen wolle, hat er darüber strengstes Stillschweigen gewahrt<sup>102)</sup>. — Auch Vizeadmiral Ruge, damals im Stabe Rommels in Frankreich, wurde nicht herangezogen, obwohl er eher in Frage gekommen wäre als Gladisch. Mehr als einmal hatte der Marschall offen und vertraulich mit dem Admiral über seine Sorgen gesprochen<sup>103)</sup> und Widerhall gefunden<sup>104)</sup>; auch machte Speidel ihm gegenüber Andeutungen, ohne indes Ruge ein „vollständiges Bild des Geplanten“ zu geben<sup>105)</sup>. So war dieser noch am 20. Juli ahnungslos, bis ihn Speidel, in der Meinung, der Umsturz sei gelungen, über alles unterrichtete<sup>106)</sup>. Sicherlich wäre Ruge danach eindeutig mit den Verschworenen gegangen, kam aber zu seinem Glück nicht mehr dazu, weil inzwischen auch in Paris der Umschwung eingesetzt hatte. Seine mögliche Bereitschaft für die Sache der Opposition war in der kleinen „Zelle“ in der Seekriegsleitung nicht bekannt, und so ist sie an ihn nie mit konkreten Fragen oder Wünschen herangetreten.

Für die Opposition bedeutete das alles, daß die Marine für einen aktiven Einsatz nicht zu haben war, und Kupfer teilte Berthold von Stauffenberg dies als abschließendes Ergebnis mit. Der kleinen Gruppe von Seeoffizieren, zu

welcher — ohne deren Wissen — noch die zwei „Zivilisten“ aus Stauffenbergs Umgebung: der Freiburger Ordinarius für Kunstgeschichte Kurt Bauch<sup>107)</sup> und der Hapag-Direktor Werner Traber<sup>108)</sup>, hinzukamen, blieb nichts anderes übrig, als stillzuhalten und auf die Initialzündung von seiten der Armee zu warten. Daß Berthold von Stauffenberg und Kranzfelder auf einer Dienstreise nach Schweden im Winter 1943/44 im Interesse des Widerstandes tätig wurden<sup>109)</sup> und daß Berthold von Stauffenberg, als juristischer Berater der Opposition<sup>110)</sup>, an den Aufrufen maßgeblich mitarbeitete<sup>111)</sup>, änderte nichts an der beengten Aktionsmöglichkeit des kleinen Kreises innerhalb der Marine selbst.

107) Bauch war aktiver Seeoffizier des 1. Weltkrieges, als Lt. entlassen, als Obltn. d. Res. 1939 wieder eingezogen, seit 1942—43 im OKM (1/Skl) enge Zusammenarbeit mit B. v. Stauffenberg u. Kranzfelder, 1944 als Kkpt. d. Res. entlassen (Angaben von Prof. Bauch, Ifz, Zs. Nr. 1789).

108) Der Hapag-Direktor Werner Traber, im Kriege „Hilfsarbeiter I“ in der Op. Abt. der Skl (1/Skl), wurde zuerst im Herbst 1943 von dem Adjutanten Claus v. St.'s, Obltn. Werner v. Haeften, mit den „Ideen des 20. Juli“ bekannt gemacht, nicht von Berthold v. St., aber wohl mit dessen Wissen (Mitt. Trabers an den Verfasser, Ifz, Zs. Nr. 1797).

109) Ifz, Zs. Nr. 1789 (Prof. Bauch); Nr. 1484 (Fregkpt. a. D. Dr. Jessen, wörtl. Wiedergabe von Mitteilungen von Frau Graf, der ehem. Verlobten Kranzfelders). Danach handelte es sich um den Versuch, über die Wallenbergs Verbindung zu Churchill herzustellen.

110) Kaltenbrunner-Berichte a. a. O., S. 20.

111) B. v. St. hat alle Punkte der (zunächst drei) Aufrufe (einen an die Deutschen allgemein, einen an das kämpfende Heer und einen besonderen an die deutschen Frauen, der später fortfiel) mit Prof. Bauch und dem Germanisten Prof. Rudolf Fahrner, der mit B. v. St. befreundet war, durchgesprochen. Fahrner, seinerzeit Ordinarius in Athen, hatte schon im Oktober 1943 in Berlin gemeinsam mit den Brüdern Stauffenberg die Aufrufe entworfen. Er war dann Ende Juni 1944 von Claus v. St. erneut dringend nach Berlin gerufen worden, wo er sich vom 28. 6.—5. 7. in Claus v. St.'s Wohnung aufhielt und diesen mehrfach auch in der Bendlerstraße sprach. Für zwei Tage kam er zu Besuch in die „Koralle“, wo er im Zimmer des gerade auf Urlaub weilenden Kranzfelder in der Baracke Berthold Stauffenbergs wohnte, angeblich wegen der gemeinsamen Arbeit an einer Odyssee-Übersetzung (an der sie auch arbeiteten!), in Wahrheit, um gewünschte bzw. nötig gewordene Änderungen an den Aufrufen vorzunehmen (Prof. Bauch, Frau Appel, jetzt Frau Pfohl, und Fahrner an den Verfasser; Ifz, Zs. Nr. 1789, 1634, 1790; vgl. auch Fahrners Leserbrief an die FAZ vom 17. 11. 1961). Die neuen Fassungen der (nur mehr zwei) Aufrufe wurden Claus St. und von ihm wieder anderen Beteiligten (Fahrner nimmt an: vor allem Beck) vorgelegt und schließlich von allen genehmigt (Ifz, Zs. Nr. 1790).

97) Prisenordnung vom 28. 8. 39; RGBI 1939/I, S. 1585 u. Schwarz a. a. O., S. 316 ff.

98) Ifz, Zs. Nr. 1794 (Dr. Lenz).

99) Ebenda.

100) Ifz, Zs. Nr. 1796 (Dr. v. Tirpitz).

101) Ifz, Zs. Nr. 1781, 1479, 1635.

102) Ifz, Zs. Nr. 339, 1479, vgl. auch Nr. 1793 (Frl. Langheld).

103) Friedrich Ruge, Rommel und die Invasion. Erinnerungen, Stuttgart 1959, S. 178 f. u. ö.

104) Bei einer solchen vertraulichen Besprechung Ende Juni 1944 äußerte Ruge, Hitler müsse durch Tod freiwillig abtreten, worauf Rommel ihm nur antwortete: „Sie sind ja ein rauher Krieger“, aber nicht weiterging. — Ebd., S. 191.

105) Vgl. Anm. 103.

106) Ebd., S. 224.

Dennoch sollte die Entwicklung schließlich aus seiner Mitte heraus, was das Datum der Auslösung betrifft, entscheidend, und zwar verhängnisvoll beeinflusst werden. Nachdem Claus von Stauffenberg mehrfach vergeblich geplant hatte, die Bombe zu zünden, war er entschlossen, die nächste Gelegenheit zu ergreifen. Ein neuer Termin lag noch nicht fest<sup>112)</sup>, klar war indes, daß die Zeit drängte<sup>113)</sup>. Ob Stauffenberg aber auf jeden Fall am 20. Juli, für den er ins FHQu bestellt wurde, gehandelt hätte, ist doch wohl fraglich<sup>114)</sup>, hätte er nicht *scheinbar ausweglos* vor der Notwendigkeit gestanden. Vielleicht hätte der Umstand, daß die Sitzung statt im Bunker in der verhältnismäßig leichten Baracke stattfand, ihn sonst noch einmal davon abgehalten. Denn sollte der erfahrene Frontoffizier — trotz verständlicher Nervosität — nicht bemerkt haben, daß die Wirkung der Sprengladung erheblich gemindert war, wenn die „Dämmung“ durch die festen Wände entfiel? Gerade weil die Pläne darauf basierten, daß Hitler selber beseitigt war, mußte er das Risiko scheuen, daß der Tyrann am Leben blieb. Er handelte jedoch, weil er meinte, keine andere Wahl zu haben. Und dies ging auf Mitteilungen Jessens zurück.

Korvettenkapitän Dr. Jessen gehörte seit Jahren zum Freundeskreis der Familie der Frau von Bredow, geb. Gräfin von Bismarck, in Potsdam, der Schwester des dortigen Regierungspräsidenten<sup>115)</sup>. Er stand dem Hause so nahe, daß ihm ein Zimmer überlassen wurde, als er seine eigene Berliner Wohnung durch

112) Wohl fand am 16. 7. eine „entscheidende“ Besprechung in der Wohnung Cl. v. St's statt, aber ein neuer Termin war einfach nicht festzulegen: Kaltenbrunner-Berichte a. a. O., S. 101 f., 91. — Die Behauptung von Gisevius a. a. O., II, S. 302, Claus habe an diesem Tage Beck das „Ehrenwort gegeben, kommenden Donnerstag die Bombe, so oder so, zur Auslösung zu bringen“, geht zu weit. Claus v. St. konnte gar nicht bestimmen, wann er wieder ins FHQu fuhr, höchstens sich entschließen, grundsätzlich die nächste Gelegenheit nicht wieder verstreichen zu lassen (Oberst a. D. von Scheliha, Mitgl. d. Oppos., ehem. Mitarbeiter von Gen. Olbricht. Im Wesentlichen übereinstimmend: IfZ, Zs. Nr. 1484, Fregkpt. a. D. Dr. Jessen).

113) Leber und Reichwein waren schon verhaftet worden (Gisevius a. a. O., II, S. 242 f.), Goerdelers Verhaftung stand bevor (ebd., S. 299 ff., auch Kaltenbrunner-Berichte a. a. O., S. 524). — Daß Claus v. St., um Leber zu retten, das Attentat überstürzte, wird von Frau Leber selbst keineswegs voll bestätigt (Mitt. v. Frau Leber v. 6. 4. 57 an d. Verf.).

114) Zeller a. a. O., S. 237.

115) IfZ, Zs. Nr. 1484 (Fregkpt. a. D. Dr. Jessen), auch für das Folgende.

Luftangriff verloren hatte. Dort verbrachte er, soweit der Dienst es zuließ, sein Wochenende, und so auch den Sonntag, den 16. Juli 1944. Liebenswürdig, hilfsbereit und großzügig, wie die Gräfin war, lud sie gewöhnlich noch eine Anzahl jüngerer und älterer Gäste ein, darunter Ausländer, die in der wohltuenden Atmosphäre des Hauses geistige und körperliche Erholung fanden. Dazu gehörte an diesem Tage auch ein junger Adeliger ungarischer Staatsangehörigkeit, der als Bankangestellter in Berlin tätig war.

Dieser erzählte Jessen nachmittags im Gespräch, in Berlin gehe das Gerücht um, das FHQu werde in der kommenden Woche in die Luft gesprengt. Jessen erschrak. Er war ja grundsätzlich über die Pläne der Verschworenen im Bilde und mußte die grobe Indiskretion eines Eingeweihten vermuten. Der Quelle auf den Grund zu gehen, schien ihm nicht angängig, weil er den jungen Grafen nur flüchtig kannte. Obwohl die Dame des Hauses den Nationalsozialismus schärfstens ablehnte, konnte der Gast gefährlich sein, so daß eine Demaskierung ihm gegenüber nicht ratsam schien. Möglicherweise hätte der Ungar, wenn er die Verbindung Jessens mit dem Widerstand erfahren hätte, freimütig seine Informationsquelle genannt: eine Tochter des Hauses, die diese Nachricht wieder von dem Adjutanten des Obersten von Stauffenberg, Werner von Haefen, hatte. Die Indiskretion war wohl fahrlässig genug, jedoch bis dahin nicht über das Haus hinausgedrungen, wie der junge Mann übertreibend behauptet hatte. Zum Unglück für die Opposition kam dieser echte Tatbestand aber erst nach dem Fehlschlag vom 20. Juli durch die Untersuchungen der Gestapo ans Licht<sup>116)</sup>, und das Schicksal nahm inzwischen seinen Lauf.

Jessen, der sich bemühte, weiter kein Aufsehen zu erregen, meldete nämlich sein Erlebnis tags darauf in der „Koralle“ Stauffenberg und Kranzfelder, als er sie am Abend erreichte. Da alle drei von der Gefährlichkeit dieser Indiskretion völlig überzeugt waren, fuhr Kranzfelder am 18. Juli in die Bendlerstraße zu Claus von Stauffenberg und kam gegen 17 Uhr zurück mit der Nachricht, daß dieser sich daraufhin zu einem sofortigen neuen Versuch entschlossen habe, auch wenn er nur Hitler allein und nicht zugleich auch Himmler und Göring treffen könne. Er habe hinzugefügt, dies werde sein letzter Versuch

116) Kaltenbrunner-Berichte a. a. O., S. 116 f., ebenso IfZ, Zs. Nr. 1484 (Fregkpt. a. D. Dr. Jessen).

sein<sup>117</sup>). Darauf fuhr Berthold zu seinem Bruder, und der Schlag wurde vorbereitet<sup>118</sup>). Die Mitverschworenen wurden unterrichtet<sup>119</sup>). Den letzten Abend verbrachten die Brüder zusammen ohne die Freunde<sup>120</sup>).

Am Nachmittag hatten Jessen und Berthold von Stauffenberg noch einen langen Spaziergang gemacht, wobei ersterer die Frage stellte, ob etwas für den Fall des Scheiterns des Attentats vorgesehen sei<sup>121</sup>). Berthold verneinte entschieden, es sei alles auf das Gelingen aufgebaut. Seiner Frau jedoch hatte er am 14. Juli, dem Tage vor einem der mißglückten Versuche, anvertraut: „Das Furchtbare ist, zu wissen, daß es nicht gelingen kann und daß man es dennoch für unser Land und unsere Kinder tun muß.“<sup>122</sup>) Nach menschlicher Voraussicht konnte alles gelingen. War es das Bewußtsein für das jeder menschlichen Berechnung sich entziehende Ausmaß des Unternehmens, was die Verschworenen bescheiden machte, dazu das Gefühl der persönlichen Verantwortung gegenüber den nächsten Angehörigen, weshalb sie für den schlimmsten Fall ein Trostwort hinterlassen wollten? Für sie alle galt wohl, was Kranzfelder einmal schrieb: „Machen wir ruhig Pläne, denn die Hoffnung ist die unversieglige Kraftquelle, aus der wir schöpfen können und sollen. Denken wir im Glück ein wenig ans Unglück und im Unglück ein wenig an kommendes Glück, beim Zusammenbruch an den Aufbau, der da kommt, an das neue Grün, das aus den Ruinen sprießt.“<sup>123</sup>) In diesem Geiste waren sie zum Handeln und auch zum Opfer bereit.

#### IV.

Am 20. Juli 1944 gegen 13.20 Uhr, während einer Besprechung in der Seekriegsleitung, erhielt Dönitz einen Anruf, er möge sogleich ins „Führerhauptquartier“ kommen<sup>124</sup>). Gründe für die dringende Forderung waren nicht an-

117) Jessen a. a. O., Kaltenbrunner-Berichte a. a. O., S. 55.

118) Ebd.; Zeller a. a. O. (vgl. Anm. 66), S. 237 ff.

119) Yorck und Schwerin schon am 18. 7. (?): Kaltenbrunner-Berichte a. a. O., S. 110; Witzleben und Stieff am 19. 7.: ebd., S. 45, 100.

120) Das Gewissen steht auf, a. a. O. (vgl. Anm. 72), S. 126; auch Zeller a. a. O., S. 240.

121) IfZ, Zs. Nr. 1484 (Fregkpt. a. D. Dr. Jessen).

122) Das Gewissen steht auf, a. a. O., S. 126.

123) Mitt. von Frau Graf (IfZ, Zs. Nr. 1803).

124) Niederschr. üb. d. Bespr. des ObdM beim Führer am 20./21. 7. 44: Skl B. Nr. 1. Skl I b 2226/44 gK Chfs. vom 25. 7. 44 (ungedruckt, Akten der Skl.); KTB der 1. Skl vom 20. Juli 1944, S. 433 ff. (ungedr., Akten der Skl); IfZ, Zs. Nr. 1576, 1772; Dönitz a. a. O., S. 399.

gegeben worden, so daß der ObdM ungehalten rückfragen ließ<sup>125</sup>). In der Meinung, Probleme der Seekriegsführung sollten erörtert werden, wollte er nicht unvorbereitet fahren und gab den Befehl, in Zukunft stets sofort festzustellen, um was es sich handle. Da aber auch die Rückfrage keinen weiteren Aufschluß gab, machte sich Dönitz gegen 14.15 Uhr, zusammen mit seinem persönlichen Berater, Konteradmiral Wagner, noch immer ahnungslos auf die Reise. Erst beim Empfang auf dem Flugplatz Rastenburg — gegen 16.45 Uhr — erhielt er von dem damals ins FHQu kommandierten Korvettenkapitän Mejer Kenntnis vom Attentat.

Die Bombe Stauffenbergs, die für Hitlers Umgebung verderblicher war als für den Tyrannen, hatte alle drei Seeoffiziere, die bei der Lagebesprechung anwesend waren, verwundet. Hitlers Marineadjutant, Konteradmiral von Puttkamer, und der zum Wehrmachtführungsstab kommandierte Kapitän z. S. Assmann erlitten schwere, der Vertreter des ObdM im „Führerhauptquartier“, Vizeadmiral Voss, relativ leichtere Verletzungen<sup>126</sup>). Sie mußten sofort ins Lazarett überführt werden<sup>127</sup>); doch hatte Voss zuvor noch den nur leicht verletzten Luftwaffen-Oberst von Below gebeten, den Oberbefehlshaber anzurufen<sup>128</sup>). Den wahren Sachverhalt durfte Below nicht angeben, weil man die Ereignisse vorerst geheim hielt, um die Fahndung nach dem — bereits hinreichend verdächtigen — Täter nicht zu gefährden. Allerdings waren die Gegenaktionen des Regimes in den ersten Stunden nach dem Anschlag weder schnell noch zielsicher. Hitler selbst „hielt Hof“, statt zu handeln<sup>129</sup>), und mehr der Umstand, daß auch die Opposition kostbare Zeit verlor, verhinderte eine Krise auf Grund der

125) „Führerbesprechung“ vom 20./21. 7. 44 (Akten der Skl); IfZ, Zs. Nr. 1576, Nr. 1786, auch für das Folgende.

126) Dönitz selbst entging durch einen Zufall einem ähnlichen oder schlimmeren Schicksal: Ursprünglich hatte er geplant, am 20. und 21. Juli zu einem Routinebesuch ins FHQu zu fahren, dann aber auf die Meldung, Mussolini werde erwartet, davon Abstand genommen und seine Reise auf den 21. verschoben bzw. beschränkt. Das bewahrte ihn vor der Bombe („Führerbesprechungen“, a. a. O., Akten der Skl; ferner IfZ, Zs. Nr. 1576 u. a.).

127) Assmann a. a. O. (vgl. Anm. 56), S. 453 ff. (Schilderung der Vorgänge durch Kpt. z. S. a. D. Heinz Assmann). IfZ, Zs. Nr. 285; 1786.

128) IfZ, Zs. Nr. 1786; Dönitz a. a. O., S. 399, irrt sich in diesem Punkt.

129) Mussolini war zu Besuch gekommen; dann erschienen Bormann, Göring, Ribbentrop usw.: Zeller a. a. O., S. 275 ff.

ungewissen Lage, als daß sie durch Energie und klare Anweisungen aus der Zentrale des Systems im Keim erstickt worden wäre<sup>130)</sup>.

Bei der Seekriegsleitung ging das bekannte Fernschreiben Witzlebens um 20.05 Uhr abends ein<sup>131)</sup>. Weil an diesem Tage in der „Koralle“, dem Ausweichquartier der Skl nahe Bernau, die neue Kinobaracke eingeweiht wurde, war der Chef der Skl, Admiral Meisel, zusammen mit seinem Adjutanten, Dr. jur. Raudszus, zur Vorführung gegangen<sup>132)</sup>. Da erschien ein „Läufer“ (Ordonnanz) mit einer Meldung, die Meisel öffnete und beim Schein des Projektors las. Das Schreiben, das mit den Worten begann: „Der Führer Adolf Hitler ist tot“, überraschte ihn derart, daß er es zunächst wortlos an Raudszus weiterreichte. Seine erste gedankliche Reaktion, die Nachricht sofort bekanntzugeben, verwarf er gleich wieder. Die Rundfunkmeldung des Nachmittags über das gescheiterte Attentat war ihm im Augenblick offenbar noch nicht bekannt<sup>133)</sup>, doch nahm er mit Recht an, daß die plötzliche dringende Berufung des Oberbefehlshabers ins FHQu mit diesen Ereignissen zusammenhänge. Er rechnete sich aus, daß Dönitz inzwischen dort eingetroffen sein mußte, und beschloß, bei ihm sicherheitshalber nachzufragen. Bevor noch die Verbindung zur „Wolfsschanze“ zustandekam, wurde jedoch von dort aus angerufen (20.50 Uhr). Dönitz selbst war am Apparat, erklärte kurz, daß Hitler lebe, und befahl, daß die Kriegsmarine nur seinen oder Anordnungen des „Reichsführers SS“ folgen dürfe<sup>134)</sup>. Damit war, nachdem Meisel den Befehl zum Teil schon telefonisch voraus<sup>135)</sup> und zwischen 22.40 und 22.58 Uhr noch durch Fernschreiben an alle Befehlshaber und Marine-Oberkommandos durchgegeben hatte<sup>136)</sup>, die Lage für die Ma-

rine eindeutig geklärt und ihre Loyalität gegenüber dem Regime gesichert.

Von entscheidender Bedeutung für das Gelingen des Umsturzes — vielleicht von gleichem Rang wie die Beseitigung Hitlers selbst —, wäre gewesen, daß die Opposition den Nachrichten-Apparat des Systems in ihre Hand bekam oder wenigstens das FHQu von der Außenwelt abschnitt<sup>137)</sup>. Anfangs gewann der Aufstand tatsächlich an Boden, weil die Verschwörer ihre Befehle absetzen konnten<sup>138)</sup>. Auch der Marine-Nachrichtoffizier (MNO) Berlin hatte das Fernschreiben Witzlebens gegen 19.00 Uhr an alle höheren Dienststellen der Marine durchgegeben<sup>139)</sup>, die es — außer dem Flottenchef<sup>140)</sup> — innerhalb der nächsten Stunden richtig empfangen<sup>141)</sup>. Inzwischen hatte jedoch schon die rückläufige Bewegung eingesetzt, wobei es erstaunlich bleibt, wie der Befehl des Feldmarschalls von Witzleben an vielen Stellen immer noch wirkte. Zum Teil war zwar die Rundfunk-Sondermeldung des Nachmittags nicht gehört worden, wie im Be-

137) Hierzu u. zum Folgenden das neue Zeugnis über die Vorgänge in der Nachrichtenzentrale des FHQu von dem damaligen Wehrmachtsnachrichtoffiz. Obstlt. i. G. Sander, in: Annedore Leber — Freya Gräfin von Moltke, Für und Wider, Entscheidungen in Deutschland 1918—1945, Berlin-Frankfurt a. M. 1961, S. 205 f.

138) Zeller a. a. O., S. 278 ff.; über die Vorgänge in der Nachrichtenzentrale des OKW: ebd., S. 288 ff.

139) Er wird deshalb im KTB der 1. Skl kameradschaftlich abgedeckt durch den Eintrag, er habe, nachdem er das Fernschreiben vom Nachrichtoffizier des OKW zur Weitergabe erhalten habe, „mit Recht Bedenken“ gehabt, es sofort weiterzugeben, und es daher lediglich dem Chef der Skl zugeschrieben, dabei gleichzeitig beim MNO Koralle fernmündlich weitere Weisungen betr. die Behandlung des FS eingeholt. Dazu steht die Tatsache im Widerspruch, daß ungefähr zur gleichen Zeit, wie der Chef der Skl das FS erhielt, auch andere höhere Kommandostellen der Marine den Spruch mit ungefähr der gleichen Abgangszeit bekamen. Der Eintrag ist also retuschiert.

140) Der Flottenchef, Generaladmiral Schniewind, war auf dem Flottentender „Hela“ eingeschifft und lag in Kiel. Er erhielt die erste Kenntnis von dem Geschehen des Tages durch den Chef der Marinestation Ostsee: KTB des Flottenkommandos (ungedr., Akten der Skl).

141) Marine-Gruppenkommando West um 21.20 Uhr; KTB; MOK Nordsee um 20.30 Uhr, nachdem zuvor schon ein Alarmbefehl vom X. AK eingelaufen war: KTB; MOK Ostsee um 20.30 Uhr, ebenfalls vorher dort Alarmbefehl vom X. AK: KTB; MOK Norwegen um 21.10 Uhr: KTB; Marine-Gruppenkommando Süd nach 21.00 Uhr: KTB; am spätesten MOK Italien nach 22.00 Uhr über den Umweg des Luftwaffen-Netzes: KTB und Akten-Notiz von Dr. Raudszus bei KTB der 1. Skl.

130) Nach dem Fehlschlag vom 15. Juli konnten es die Verschwörer nicht noch einmal wagen, den „Walküre-Alarm“ rechtzeitig auszulösen, sondern mußten diesmal erst den Erfolg des Attentats abwarten.

131) KTB der 1. Skl (Akten der Skl).

132) IfZ, Zs. Nr. 1739; Nr. 1795 (Dr. Helmut Raudszus), auch für das Folgende.

133) Im KTB aufgezeichnet: 18,28 Rundfunk-Sondermeldung...; Text (Zeitangabe dabei unrichtig bzw. sehr ungenau) in: 20. Juli 1944, 3. Aufl., hersg. von Erich Zimmermann und Hans-Adolf Jacobsen, Bonn 1960, S. 157.

134) „Führerbesprechung“ vom 20./21. Juli 44; dazu Anlagen des KTB der 1. Skl (Akten der Skl).

135) KTB des MOK Norwegen vom 20. 7. 44, S. 154 ff.; handschriftl. Randbem. des Chefs der Skl im KTB des Marinegruppenkommandos West unter dem 20. 7. 44. Dazu IfZ, Zs. Nr. 1739, 1800.

136) KTB der 1. Skl.

reich des weit entfernten Marine-Gruppenkommandos Süd (in Sofia)<sup>142)</sup>, zum andern bewährte sich wohl jene geschickte Einleitung des Fernschreibens, die ja den Putsch einer „gewissenlosen Clique frontfremder Parteiführer“ behauptete und insofern nicht im Widerspruch zur Rundfunkmeldung stand<sup>143)</sup>. Bei den Marine-Oberkommandos Norwegen (in Oslo), Ostsee (in Kiel) und Nordsee (in Wilhelmshaven) wurde, obwohl die Nachricht vom Scheitern des Attentats über den Äther bekanntgeworden war, befehlsgemäß Alarm ausgelöst, bis durch die Gegenanweisungen des ObdM bzw. der SkI die Peripetie kam<sup>144)</sup>.

Ob Paris „das Erbe Berlins übernehmen“<sup>145)</sup> und den Staatsstreich noch hätte vollenden können, nachdem er in der Reichshauptstadt zusammengebrochen war, ist zweifelhaft. Jedenfalls stemmte sich in Paris die Marine aktiv dagegen: der Befehlshaber des Marine-Gruppenkommandos West, Admiral Krancke, war bereit, seine Truppen zur Befreiung des verhafteten SD einzusetzen und auf das Heer schießen zu lassen<sup>146)</sup>. Der dortige SD-Chef Oberg dankte ihm denn auch am nächsten Morgen „für das tatkräftige Verhalten . . . in der vergangenen Nacht“<sup>147)</sup>. Die Seekriegsleitung sah die Rolle, die Krancke sich selbst zuschrieb, allerdings als weniger bedeutend an, zumal er sich auf ihre Kosten herausstrich und sie dadurch geradezu gefährdete. Auf ihren Einspruch mußte Krancke deshalb das zu seinen Gunsten retuschierte Kriegstagebuch einen Monat später durch einen Zusatz berichtigen, der den eigenen Anteil der SkI, d. h. den klärenden Anruf ihres Chefs gegen 10 Uhr abends, ausdrücklich festhielt<sup>148)</sup>.

142) KTB. — Deshalb erhielt z. B. der auf Kreta stationierte Konteradmiral Weyher erst mitten in der Nacht von dem Attentat Kenntnis, als ihm der Gegenbefehl von Dönitz überbracht wurde: Mitteilung von K. Adm. a. D. Weyher an den Verf.

143) Text des Fernschreibens — ohne die Einleitung, wie sie bei den an die Marine gerichteten Fernschreiben lautete: „Der Führer Adolf Hitler ist tot“ —: Publikation „20. Juli 1944“ (vgl. Anm. 133), S. 124 ff., Text der Sondermeldung ebd., S. 157. — FS im Original bei den Akten des OKM.

144) KTB.

145) Vgl. Walter Bargatzky, Die letzte Runde — in Paris, in: 20. Juli 1944, S. 153 ff., das Zitat: S. 155. — Ferner: Wilh. Ritter v. Schramm, Der 20. Juli in Paris, Bad Wörishofen 1953.

146) Am 21. 7. 44 um 0,45 Uhr befiehlt Admiral Krancke, daß seine Truppen zum Einsatz klarzumachen seien: KTB.

147) Eintrag im KTB, S. 6675.

148) Nachtrag von Admiral Krancke im KTB mit Datum vom 21. 8. 44.

Der Chef der Seekriegsleitung war es auch, der die Festnahme Berthold von Stauffenbergs anordnete und sie deshalb ausdrücklich gegen seinen Oberbefehlshaber reklamierte<sup>149)</sup>, der sich dieses „Verdienst“ gern selber zugeschrieben hätte<sup>150)</sup>. Zwar wurde Berthold von Stauffenberg, der sich in die Bendlerstraße begeben hatte, dort in der Nacht ohnehin von Skorzeny verhaftet<sup>151)</sup>, der wieder auf Befehl von Kaltenbrunner bzw. Himmler handelte; aber in der Periode der Verfolgungen nach dem 20. Juli war keiner hochgestellt und bewährt genug, als daß es nicht ratsam für ihn gewesen wäre, seine Treue zum „Führer“ zu dokumentieren. Deshalb der Wettstreit zwischen Dönitz und Meisel; Raeder, der in Ungnaden entlassene ehemalige ObdM, beeilte sich sogar, seine Loyalität persönlich „in der Höhle des Löwen“ zu versichern, — wobei er freilich seiner Sache so wenig gewiß war, daß er vorsichtshalber eine geladene Pistole mit sich nahm<sup>152)</sup>. Bedauern darüber, daß es „nicht geklappt“ habe, sprach man damals höchstens in ganz vertrautem Kreise aus, — wie es sogar Kranckes Stabschef, Admiral Hoffmann, tat<sup>153)</sup>. Ein Wort der Zustimmung oder Bewunderung für die Opposition verlauten zu lassen, war tollkühn und grenzte an Selbstmord, wurde aber dennoch von jüngeren Offizieren gewagt<sup>154)</sup>, von denen einige — ohne zum Widerstand zu gehören — offenbar den Sinn des Geschehens besser erfaßten, als die maßgebliche höhere Führung es tat oder wollte.

149) Handschriftl. Aktennotiz von Adm. Meisel für das KTB (ungedr.).

150) „Führerbesprechungen“ vom 20./21. 7. 44, Zeit 21,40 Uhr.

151) Otto Skorzeny, Geheimkommando Skorzeny, Hamburg 1950, S. 205 ff.; Eugen Gerstenmaier, Das andere Deutschland, und Tag des geheimen Deutschland, in: Reden und Aufsätze, Stuttgart 1956, S. 264 ff. und 273 ff.

152) Raeder a. a. O., II, S. 292 f. — Als sich die Verlobte des verhafteten Kkpts Kranzfelder an Raeder mit der Bitte um Hilfe wandte, lehnte er brüsk ab, er wolle mit den Verbrechern nichts zu tun haben: IfZ, Zs. Nr. 1803 (Frau Graf).

153) Ifz, Zs. Nr. 1799.

154) IfZ, Zs. Nr. 1484 (Fregkpt. a. D. Dr. Jessen); Nr. 1634 (Frau Pfohl, Sekretärin Berthold von Stauffenbergs). — Kpt. z. S. Weniger wagte sogar dem Adlatus Dönitz', Kpt. z. S. v. Davidson, gegenüber zu äußern, als dieser auf die „Verräter“ schimpfte, er werde noch einmal froh sein, wenn sein Sohn auf einem Schulschiff mit dem Namen „Alfred Kranzfelder“ Dienst tun dürfe. Der Gerechtigkeit halber muß dabei erwähnt werden, daß Dönitz Weniger trotzdem deckte; IfZ, Zs. Nr. 1484 (Fregkpt. a. D. Dr. Jessen).

Besonders vorsichtig mußten die Mitwisser der Verschwörer sein, die fast alle von vornherein verdächtig waren, weil sie zu Berthold von Stauffenberg in dienstlichen oder persönlichen Beziehungen gestanden hatten. Am meisten litt Kranzfelder unter der Furcht der Entdeckung. Als der hochsensible Mann bei einer Besprechung in der Operationsabteilung der Skl das Mißlingen des Anschlages erfuhr, war er so betroffen, daß er kreideweiß wurde und unter dem Vorwand, sich krank zu fühlen, den Raum verließ<sup>155</sup>). Er wollte „nicht auf dem Sandhaufen sterben“<sup>156</sup>) und war die nächsten Tage so bedrückt, daß er dadurch der Sekretärin Stauffenbergs, die noch nichts von seiner Verbindung zur Opposition gewußt hatte, auffiel<sup>157</sup>). Obwohl selbst in höchster Gefahr, quälte ihn doch noch mehr die Sorge um den Freund, der schon in den Händen der Gestapo war. Wenige Tage darauf wurde auch er verhaftet. Wie er verraten wurde, ist nicht voll geklärt<sup>158</sup>). Berthold von Stauffenberg jedenfalls hat niemanden preisgegeben<sup>159</sup>). Vorwürfe machte sich im Gefängnis bei einem flüchtigen Gespräch mit Jessen Hauptmann d. R. Kaiser: er habe — wenn auch nur mit den Anfangsbuchstaben — Namen von Angehörigen des Widerstandes in seinem Notizbuch aufgezeichnet<sup>160</sup>). Am 24. Juli wurde Kranzfelder von Offizieren im Beisein des Geschwadderrichters Nischling durch den Chef der Skl befehlsgemäß verhaftet und in Handschellen nach Berlin zur Gestapo überführt<sup>161</sup>). Vom sogenannten Volksgerichtshof wurde er am 10. August, zusammen mit Berthold von Stauffenberg, verurteilt und danach hingerichtet<sup>162</sup>). Voller Verzweiflung über das fernere Schicksal seines Volkes, ging er selbst gefaßt in den Tod<sup>163</sup>).

155) IfZ, Zs. Nr. 1807 (Kpt. z. S. a. D. Viehweger).

156) IfZ, Zs. Nr. 1484 (Fregkpt. a. D. Dr. Jessen).

157) IfZ, Zs. Nr. 1634 (Frau Pfohl).

158) Zeller schreibt a. a. O., S. 180, ein an sich belangloses Ferngespräch, das von Görings „Forschungsamt“ abgehört worden sei (Titel so, nicht „Forschungsstelle“!), habe Kranzfelder verraten. An die Quelle dieser Nachricht, die er nicht genannt hat, kann er sich aber nicht recht erinnern (Brief vom 25. 8. 57).

159) Vgl. Frau Pfohls Bericht über Fahrners und ihr eigenes Entkommen (trotz Gestapo-Verhören im letzteren Fall): IfZ, Zs. Nr. 1806.

160) IfZ, Zs. Nr. 1484 (Fregkpt. a. D. Dr. Jessen).

161) IfZ, Zs. Nr. 1739; Nr. 1634 (Frau Pfohl).

162) „Mordregister“: gedruckt in: „20. Juli 1944“, S. 202 f.

163) IfZ, Zs. Nr. 1634 (Frau Pfohl); Nr. 1803 (Frau Graf).

Alle anderen kamen glücklicher davon. Wohl wurde auch Jessen eine Woche nach dem Anschlag verhaftet<sup>164</sup>); ein unbedachtes Wort Kranzfelders — die Aussage, daß Jessen ihm das Gerücht von einem bevorstehenden Sprengstoffanschlag auf das FHQu mitgeteilt habe, — wurde ihm zum Verhängnis<sup>165</sup>). Weil ihm aber trotz eifriger Nachforschungen der Gestapo nicht mehr nachgewiesen werden konnte als diese — von Jessen als pflichtgemäße Meldung bezeichnete — Mitteilung, wurde er bald aus dem „Komplex 20. Juli“ herausgenommen. Statt dessen sollte ihm in Bregenz wegen einiger „defaitistischer“ und „wehrersetzender“ Äußerungen gegenüber einem ehemaligen Kameraden der Prozeß gemacht werden. Er wurde im August aus der Wehrmacht ausgestoßen, doch bevor ihm das Urteil gesprochen werden konnte, rettete ihn der allgemeine Zusammenbruch<sup>166</sup>).

Weil die Gestapo, die auf bloßen Verdacht hin sofort viele Heeresoffiziere aus ihren Wohnungen geholt hatte, in dem geschlossenen Lager der Skl nicht gleichermaßen zupacken durfte, wurden die übrigen Mitwisser der Verschwörung vor einem schlimmen Ende bewahrt. Am meisten gefährdet waren die Sekretärin Bertholds von Stauffenberg und Professor Bauch. Beide hatten aber am Tage nach dem Fehlschlag noch Zeit, alles belastende Material — die für den Fall des Gelingens vorbereiteten Aufrufe — zu beseitigen<sup>167</sup>). Zudem waren ihre nächsten Vorgesetzten, Konteradmiral Meyer als Chef der Operationsabteilung der Skl und Dr. Eckhardt als Leiter des Völkerrechtsreferats, bemüht, unauffällig, aber wirksam zu helfen. Das Verhör von Fräulein Appel durch Eckhardt wurde so menschlich und behutsam durchgeführt, daß diese auch Professor Fahrner schützen konnte. Der Versuch der Gestapo, sie durch Uberrumpelung doch noch zu fangen, mißlang am Tage darauf nicht zuletzt durch einen glücklichen Zufall<sup>168</sup>), so daß ihr schließlich mit der Ver-

164) IfZ, Zs. Nr. 1484 (Fregkpt. a. D. Dr. Jessen); auch für das Folgende.

165) Kaltenbrunner-Bericht vom 1. 8. 44: Spiegelbild (vgl. Anm. 69), S. 116 f.

166) Vgl. auch Frankf. Allg. Ztg. Nr. 164 v. 18. 7. 62, S. 11.

167) IfZ, Zs. Nr. 1789 (Prof. Bauch); Nr. 1634 (Frau Pfohl), auch für das Folgende.

168) Prof. Fahrner hatte ihr bei seiner Abreise von der „Koralle“ einige bereits fertige Teile der „Odyssee“-Übersetzung (vgl. Anm. 111) überlassen, die sie in ihre Schreibtischlade legte. Sie wurden ihr und F. später bei der Durchsuchung des Zimmers ein ungeahntes Entlastungsmaterial: IfZ, Zs. Nr. 1634 (Frau Pfohl).

leihung einer Kriegsauszeichnung durch Meyer sofort demonstrativ das Vertrauen ausgesprochen wurde. Bauch andererseits, der das Mißtrauen vieler gegen ihn nahezu körperlich fühlte, konnte nach Rücksprache mit dem Admiral bei der Personalabteilung des OKM in Eberswalde selbst dafür sorgen, daß der schon öfter von der Freiburger Universität gestellte, ihm bis dahin aber immer unerwünschte Antrag auf „u. k.-Stellung“ jetzt bearbeitet wurde. Um nicht noch in letzter Minute in die Nachforschungen der Gestapo verwickelt zu werden, konnte er schon geraume Zeit vor der offiziellen Entlassung (1. Sept.) „auf Urlaub“ fahren und aus dem Blickfeld verschwinden.

Weiter geriet keiner der Mitwisser mehr in unmittelbare Gefahr; weder Traber noch Kupfer wurden auch nur einmal verhört<sup>169</sup>). Letzterer, der durch einen langen Lazarett-Aufenthalt nach einem Sportunfall die unmittelbare tägliche Verbindung mit der Gruppe um Stauffenberg verloren hatte und vor dem 20. Juli gerade wieder dienstfähig geworden war, befand sich an diesem Tage — mit Einverständnis der Verschwörer — auf einer Besichtigungsreise bei Swinemünde. Auf der Durchfahrt zum Genesungsurlaub von Kranzfelder noch kurz und unverblümt gewarnt, erhob sich für ihn in seinem Kurort am Bodensee die bange Frage, ob er einer möglichen Verhaftung durch Flucht in die Schweiz zuvorkommen solle. Weil er damit sich und seine Freunde belastet hätte, unterließ er dies, ohne es bereuen zu müssen.

Dafür geriet der Kriegstagebuchführer der SkI, Korvettenkapitän Mejer, noch in arge Bedrängnis, als man schon glauben konnte, daß sich die Verfolgungswelle nach dem 20. Juli gelegt habe. Mejer, der tatsächlich nichts mit dem Umsturzversuch zu tun hatte, obwohl er dem Regime nicht freundlich gesonnen war, wurde plötzlich mittelbar durch Goerdeler „belastet“, weil er in seiner Eigenschaft als Leiter des „Deutschen Nachrichten-Büros“ zu ihm und anderen Beteiligten früher gewisse, aber nicht tiefere Beziehungen unterhalten hatte<sup>170</sup>). In seinem Falle bewährte sich die

„Geschlossenheit“ der Marine nach innen und außen noch einmal. Der Chef der SkI glaubte ihm die ehrenwörtliche Versicherung seiner Unschuld und setzte sich so energisch für ihn ein, daß die Gestapo ihn unverzüglich wieder freigab und nicht weiter behelligte<sup>171</sup>). Der politische Kredit, den Dönitz persönlich und die Marine insgesamt besaßen, rettete, paradox genug, alle Angehörigen und Mitwisser der Opposition in ihren Reihen außer denen, die sich soweit kompromittiert hatten, daß sie den Schergen Himmlers nicht mehr entzogen werden konnten. Ohne daß er es wollte, kam die scharfe Reaktion der ObdM den Gefährdeten zugute. Hitler durfte überzeugt sein, daß Dönitz nichts unterlassen werde, „jeden zu vernichten, der sich als Verräter entpuppt“<sup>172</sup>), — und so gedeckt, konnten einige höhere Führer ihre Untergebenen unauffällig, aber wirksam schützen<sup>173</sup>). Indem so verhindert wurde, daß der wahre Umfang des Anteils der Marine am Widerstand bekannt wurde, stieg ihr politisches Ansehen weiter, bis Hitler sich am Ende allein von ihr nicht „verraten“ fühlte<sup>174</sup>) und ihren Oberbefehlshaber zu seinem Nachfolger bestimmte.

171) Ebd.; ferner IfZ, Zs. 1738 u. 1795.

172) Rundfunkanspr. des ObdM in der Nacht zum 21. 7. (gedr. bei Zeller a. a. O., S. 283), ferner sein Tagesbefehl an die Kriegsmarine: ungedr., Anl. zum KTB der 1. SkI (I b 2226/44 gKChefs.).

173) Der Versuch des damaligen Inspektors des Bildungswesens der Marine, Vizeadmiral Rogge, den Sohn von General Lindemann vor der „Sippenhaftung“ zu retten, scheiterte allerdings durch einen unglücklichen Zufall. Er verabredete mit Admiral von Friedeburg, damals II. Admiral der U-Boote, daß der zum Bereich der B. I. gehörende Oberfähnrich Georg L. zur U-Flottille in Bergen „in Marsch gesetzt“ wurde. Von da aus sollte er einen neuen Marschbefehl erhalten usf., so daß er — dauernd unterwegs — dem Zugriff der Gestapo entzogen würde. Leider wurde er auf einer Eisenbahnfahrt von einer Feldpolizeistreife erkannt und verhaftet (Mitt. an d. Verf.). — Er wurde am 14. 11. 44 unter fadenscheinigen Begründungen vom „Volksgerechtigsten“ zu 5 Jahren Zuchthaus und weiteren 5 Jahren Ehrverlust verurteilt: Spiegelbild (vgl. Anm. 69), S. 557 u. 560 ff. — Auch war der Geschwaderrichter Nischling, der bei Kranzfelders Verhaftung und bei den anderen Verhören in der SkI tätig wurde, um Fairneß bemüht: IfZ, Zs. Nr. 1634 (Frau Pfohl) u. 1484 (Fregkpt. a. D. Dr. Jessen).

174) Sogar seiner „Leibstandarte“ traute er kurz vor dem Zusammenbruch nicht mehr: Heinz Guderian, Erinnerungen eines Soldaten, Heidelberg 1951, S. 381. Vgl. auch Hitlers „politisches Testament“: Walter Lüdde-Neurath, Regierung Dönitz. Die letzten Tage des Dritten Reiches, Göttingen 1951, S. 128—132.

169) IfZ, Zs. Nr. 1707 (Werner Traber); Nr. 1630 (Kpt. z. S. a. D. Kupfer). — Wenn Traber später doch von der Gestapo vernommen wurde, so hatte er ihren Verdacht durch eine andere Verbindung geweckt. Wegen seines Zusammenhangs mit dem „20. Juli“ konnte sie ihm nichts beweisen und versuchte nur, ihn zu bluffen: Mitteilung v. Traber a. d. Verf.

170) IfZ, Zs. 1791 (Otto Mejer, früherer Direktor des DNB).



In der Abschiedsansprache vor seinen engeren Mitarbeitern am 1. Februar 1943 hatte Raeder erklärt: „Ich glaube, Sie werden mir darin zustimmen, daß es mir gelungen ist, im Jahre 1933 die Marine geschlossen und reibungslos dem Führer in das Dritte Reich zuzuführen. Das war zwanglos dadurch gegeben, daß die gesamte Erziehung der Marine in der Systemzeit trotz aller Einflüsse von außen her auf eine innere Haltung hinzielte, die von selbst eine wahrhaft nationalsozialistische Einstellung ergab. Aus diesem Grunde hatten wir uns nicht zu ändern, sondern konnten von vornherein aufrichtigen Herzens wahre Anhänger des Führers werden.“<sup>175)</sup>

Selbst wenn man berücksichtigt, daß Raeder sich selbst und die Marine aus Sorge um die eigene Sicherheit<sup>176)</sup> wie um die Zukunft seines Lebenswerkes<sup>177)</sup> für ältere und „bessere“ Nationalsozialisten ausgab, als es der Wirklichkeit entsprach, waren seine Ausführungen im Kern richtig. Das oft kolportierte Schlagwort Hitlers von der angeblich „kaiserlichen“ Marine<sup>178)</sup> ist jedenfalls kein Gegenargument<sup>179)</sup>. Denn fühlte die Marine tatsächlich „kaiserlich“, so bedeutete das noch keineswegs ein entschiedenes Eintreten für die Person des letzten Kaisers — so viel sie ihm

175) Ungedruckt (benutztes Expl. befindet sich in Privatbesitz). — Zu diesem Abschnitt vgl. jetzt auch den allerdings recht allgemein gehaltenen Aufsatz von Wahrhold Drascher, Zur Soziologie des deutschen Seeoffizierkorps, Wehrwiss. Rundschau 12, 1962, S. 555—569.

176) Raeder hatte lange Schwierigkeiten mit Heydrich — der indessen schon am 4. 6. 42 an den Folgen des Attentats auf ihn gestorben war — und mit Göring gehabt: Raeder a. a. O., II, 117 ff. — Vgl. auch seine Bedrohung nach dem 20. Juli 44: a. a. O., II, S. 292. — Wie schwer das Zerwürfnis zwischen Hitler und Raeder war — obwohl bei dessen Verabschiedung die Form gewahrt wurde —, zeigt auch die Tatsache, daß der scheidende Ob. d. M. nicht mit dem Eichenlaub ausgezeichnet wurde.

177) Bei Niederlegung seines Oberkommandos sagte Raeder zu Hitler: „Bitte schützen Sie die Marine und meinen Nachfolger vor Göring!“ — Für sein Mißtrauen gegenüber Dönitz: vgl. Raeders Aussagen in Moskau, in Nazi Conspiracy and Aggression Bd. VIII, S. 713. 730 ff.

178) Hitler zu Halder am 19. Dez. 1941: Peter Bor, Gespräche mit Halder, Wiesbaden 1950, S. 112; das Wort benutzt z. B. bei Foertsch a. a. O. (vgl. Anm. 9), S. 71; Hans Herzfeld, Das Problem des deutschen Heeres 1919—1945, Laupheim 1952, S. 8; Erich von Manstein, Aus einem Soldatenleben 1887—1939, Bonn 1958, S. 270.

179) So eine Reihe ehem. hoher Marineoffiziere: Befragungen.

auch verdankte — oder auch nur für eine Restauration der Monarchie<sup>180)</sup>. Der Operationsbefehl für die Flotte bei Kriegsbeginn 1914, der die Marine lahmlegte, hatte das Vertrauen in die „allerhöchste Führung“ erschüttert<sup>181)</sup>, und der Übertritt Wilhelms II. nach Holland den Rest zerstört. So war die „kaiserliche Einstellung“ vor allem eine Sehnsucht nach einer starken, verantwortlichen Führung. Je weniger das ohnehin ungeliebte parlamentarisch-demokratische System hier bot, desto mehr wuchs das Verlangen nach einer starken Hand; und wenn beim Heer die Gleichsetzung von straffer Befehlsführung und starkem Staat aus preußisch-monarchischer Tradition herrührte, so bei der Marine aus noch älteren, sozusagen natürlichen Bedingungen des Bordlebens und der Seefahrt<sup>182)</sup>. Daher zunächst die Hingabe an Hindenburg, der auch für die Marine der „Ersatzkaiser“ war<sup>183)</sup>, — dann die Hoffnungen auf Hitler<sup>184)</sup>.

180) IfZ, Zs. Nr. 12 u. 979.

181) Vgl. Alfred von Tirpitz, Erinnerungen, Leipzig 1919, S. 324; Raeder a. a. O., I, S. 103 f.; Admiral (Albert) Hopman, Das Kriegstagebuch eines deutschen Seeoffiziers, Berlin 1925, S. 18.

182) Über die harte Disziplin vgl. L. Persius, Menschen und Schiffe in der kaiserlichen Flotte, Berlin 1925, S. 130 ff. — Ferner Bernhard Ramcke, Vom Schiffsjungen zum Fallschirmjäger-General, Berlin 1943, S. 23 f., und Ernst von Salomon, Der Fragebogen, Hamburg 1951, S. 397. — Wegen der besonderen Verhältnisse an Bord wurde der Kriegsmarine sogar — im Gegensatz zum Heer — die Kriegsgerichtsbarkeit (an Bord) im Versailler Vertrag gestattet: Raeder a. a. O., I, S. 174; II, S. 229.

183) Hatte Admiral von Trotha am 12. März 1919 über den „Offizier in seinem Beruf“ geschrieben: „In der Vergangenheit gab sich der Offizier mit seiner ganzen Person in die Hand des Monarchen als der Verkörperung des Staates, seines Vaterlandes . . . Heute haben diese Verhältnisse sich ganz verschoben. Der ideelle Mittelpunkt liegt jetzt im völkischen Staat, im Vaterland selbst. Die Person des Präsidenten, die von den Stimmen des Volkes selbst abhängig ist, kann die Bedeutung wie früher nicht haben . . .“, so galt das damals gegenüber Ebert, der am 11. Februar 1919 gewählt worden war. Mit Hindenburgs Wahl hatten sich die „Verhältnisse“ erneut „verschoben“ in Richtung der unvergessenen Tradition. Jedenfalls spielte die Persönlichkeit des Generalfeldmarschalls für Raeder und die Marine eine entscheidende Rolle. Hindenburgs Entschlüsse, auch die politischen, waren „dienstliche Befehle“, deren Richtigkeit und Notwendigkeit nicht diskutiert wurden. — Vgl. „Volkstum und Staatsführung“, Briefe und Aufzeichnungen aus den Jahren 1915—1920, Berlin 1928, S. 197 f. — Ferner: Raeder a. a. O., I, S. 213 f., 279 f., 289 f.

184) Bezeichnend dafür auch die Denkschrift (im ganzen ungedruckt) von Adm. Gerlach „Über die ethischen Grundlagen einer neuen deutschen Wehrmacht“, verfaßt Mai 1951.

Daneben war die Marine von jeher relativ „liberal“<sup>185</sup>). Verhältnismäßig jung, nicht aus feudalistisch-aristokratischen Wurzeln entsprungen, personell weitgehend „bürgerlich“ zusammengesetzt<sup>186</sup>), nicht landsmannschaftlich gebunden in ihren Einheiten, durch Auslandsdienst weltoffen<sup>187</sup>), war sie schon zur Zeit der Monarchie ihrem eigentlichen Gründer und Förderer gegenüber freier und unbefangener als die Armee<sup>188</sup>) — wie umgekehrt der Kaiser sich an Bord zumeist ungezwungener, „menschlicher“ gab als gewöhnlich und sich von Seeoffizieren auch Kritik und offene Worte gefallen ließ<sup>189</sup>). Die Revolution von 1918 — so schmerzlich die Erinnerung daran auch brannte, und so wenig es je wieder dahin kommen sollte<sup>190</sup>) — hinterließ weiterhin ihre Spuren: die Marine war seitdem verhältnismäßig „sozial“ eingestellt, ohne „sozialistisch“ zu werden<sup>191</sup>). Es herrschte, nicht nur im inneren Dienst, ein besonderes Gefühl für soziale Belange des „Volkes“, so daß der Nationalsozialismus, der, eklektisch wie er war, auch solche Töne anschlug, hierin bei der Marine Widerhall fand<sup>192</sup>).

Als Schrittmacher des Nationalsozialismus gelten ferner wohl die ehemaligen Freikorpsleute<sup>193</sup>), — eine Ansicht, die von der traditionslosen „Bewegung“ selbst bisweilen propagiert wurde<sup>194</sup>), um sich mit konstruierten „Ahnenreihen“ eine gewisse Legitimität zu schaffen. Tatsächlich entstammte eine Anzahl

185) IfZ, Zs. Nr. 1739 u. 1780.

186) Vgl. auch Tirpitz a. a. O., S. 2. — Ferner Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler, Frankfurt a. M. 1958, S. 71.

187) Vgl. für scharfe Kritik daran, daß in der kaiserlichen Marine der Auslandsdienst später zu kurz kam: Persius a. a. O., S. 124 f. — Sonst Raeder a. a. O., I, S. 277 ff.

188) IfZ, Zs. Nr. 1739.

189) Tirpitz, a. a. O., S. 40, 132 ff.; Raeder a. a. O., I, S. 62 ff.; Ernst von Weizsäcker, Erinnerungen, München u. a. 1950, S. 25.

190) Raeder a. a. O., I, S. 240.

191) Raeder a. a. O., I, S. 240 ff.; IfZ, Zs. Nr. 1635, 1629, 1774.

192) Gerlach a. a. O. (vgl. Anm. 184).

193) Vgl. dafür allgemein Robert G. L. Waite, Vanguard of Nazism. The Free Corps Movement in Postwar Germany 1918—1923. Cambridge, Mss. 1952; ferner John W. Wheeler-Bennett, Die Nemesis der Macht, Düsseldorf 1954, S. 316 f.

194) Hitler in einer Lagebesprechung (vermutlich vom 2.) März 1945: Hitlers Lagebesprechungen, Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942—1945, hrsg. v. Helmut Heiber, Stuttgart 1962, S. 899; Himmler in seiner Rede vor den Gauleitern am 3. August 1944: in Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Bd. 1 (1953), S. 365.

prominenter nationalsozialistischer Funktionäre den Freikorps<sup>195</sup>). Was aber die Marine angeht, so rekrutierte sie sich ihrerseits keineswegs so ausschließlich aus den Freikorps, wie es nationalsozialistische Propaganda — sei es aus Unwissenheit, sei es in tendenziöser Absicht — behauptet hat<sup>196</sup>). Die im Jahre 1933 maßgebliche höhere Führung hatte nicht erst den Umweg über die Freikorps gemacht, sondern war kontinuierlich im Dienst geblieben oder nach einer mehr oder minder langen Pause in die neue Marine eingetreten<sup>197</sup>). Weiter sind die Angehörigen der verschiedenen ehemaligen Freikorps in der Reichsmarine nicht einander gleichzusetzen: diejenigen, die nur vorübergehend in Freiwilligenverbänden innerhalb oder außerhalb des Reiches (Baltikum) gekämpft und sich schon vor dem Kapp-Putsch der neuen Wehrmacht der Republik zur Verfügung gestellt hatten, wurden von den später Gekommenen mit Mißtrauen, ja fast als Überläufer betrachtet<sup>198</sup>). Ein Unterschied bestand sogar zwischen den Angehörigen der beiden ehemaligen Brigaden Ehrhardt und Loewenfeld, die in diesem Zusammenhang die wichtigsten sind<sup>199</sup>). Die letzteren standen dem neuen Staat zwar zunächst reserviert gegenüber, söhnten sich jedoch — besonders nachdem ihrem alten Führer Mitte 1922 das Kommando über den Schulkreuzer „Berlin“ anvertraut worden war<sup>200</sup>) — mit den neuen Verhältnissen weit eher aus als die Ehrhardtleute<sup>201</sup>). Von einer festen Einheitsfront dieser anti-republikanischen Elemente kann also keine Rede sein — abgesehen davon, daß gerade einige ehemalige Ehrhardtleute später zum „Widerstand“ stießen<sup>202</sup>). Immerhin war,

195) Vgl. die Listen bei Waite a. a. O., S. 285 ff.

196) Siehe Anm. 194; ferner E. v. Schmidt-Pauli, Geschichte der deutschen Freikorps 1918—1924, Stuttgart 1936, S. 351.

197) Befragungen.

198) IfZ, Zs. Nr. 1481.

199) Es ist bezeichnend, daß bei den Zwischenfällen 1920 auf der Marineschule Mürwik sich Loewenfelder- und Ehrhardt-Leute gegenüberstanden. IfZ, Zs. Nr. 12, 1785, 285, 1481.

200) IfZ, Zs. Nr. 1785, 54; Raeder a. a. O., I S. 188.

201) Allerdings waren die schärfsten Gegner der Republik, wie Manfred von Killinger, schon wieder ausgeschieden, und es gelang dem Kommandeur der Marineschule Mürwik, dem späteren Vizeadmiral Tillessen, nach einem „Aufstand“ durch ein geschicktes psychologisches Manöver Ehrhardts „Bann“ bei seinen ehem. Anhängern weitgehend zu brechen: IfZ, Zs. Nr. 12.

202) Oberstleutnant Friedrich Wilhelm Heinz und Korvettenkapitän Liedig: vgl. Krausnick a. a. O. (vgl. Anm. 1), S. 344.

im ganzen gesehen, eine gewisse gefühlsmäßige Aufnahmebereitschaft für die Parolen des Nationalsozialismus bei den Freikorpsleuten vorhanden; zumindest sträubten sie sich später nicht, Hitler als Kanzler und „Führer“ anzuerkennen<sup>203</sup>).

Spürbar wurde die Neigung für den Nationalsozialismus in der Marine gegen Ende der zwanziger bzw. Anfang der dreißiger Jahre. Bis dahin hatte er in den nördlichen Teilen des Reiches und an der Küste allgemein eine geringere Rolle gespielt als im Süden. Mit seinem Anwachsen und seiner Ausbreitung nordwärts (14. Sept. 1930!) erregte er natürlich auch in der Marine zunehmend Aufmerksamkeit, und zwar hauptsächlich unter den jüngeren Offizieren sowie den Unteroffizieren und Mannschaften. Nachdem sie schon vorher gelegentlich heimlich und in Zivil Versammlungen und Kundgebungen der NSDAP besucht hatten, zum Teil aus reiner Freude am „Klamauk“, wurden sie je länger, desto mehr von den „nationalen“ und „sozialen“ Tönen sowie dem angeblichen unbedingten Gegensatz zum Kommunismus beeindruckt<sup>204</sup>), bis die „Idee“ bei ihnen ziemlich offene und unterschiedene Bekenner fand<sup>205</sup>). Die älteren und höheren Offiziere allerdings hielten sich — auf jeden Fall äußerlich — mehr zurück<sup>206</sup>). Kapitän z. S. von Schröder, der Sohn des „Löwen von Flandern“, war eine auffallende Ausnahme: Wohl war seine Einladung Hitlers auf den Kreuzer „Köln“, der zufällig in Wilhelmshaven lag, als auch Hitler die Stadt besuchte, keine geplante Aktion<sup>207</sup>), aber doch eine politische Demonstration. Sie wurde als solche, obwohl der Kommandant formal im Recht war, von älteren Seeoffizieren mißbilligt<sup>208</sup>); immerhin verfehlte die bei dieser Gelegenheit abgegebene Versicherung Hitlers, für einen Auf- und Ausbau der Marine arbei-

203) Seeckt schrieb an Adm. Scheer 1920 (Fr. v. Rabenau a. a. O., S. 495): „In den beiden Marinebrigaden (gemeint waren: Ehrhardt und Loewenfeld) steckt ohne Zweifel ausgezeichnetes Material, aber auch die große Gefahr der Überspannung der Führergeltung. Es muß die richtige Mitte gefunden werden zwischen engem Vertrauensverhältnis vom Vorgesetzten zum Untergebenen und sachlicher und persönlicher Unterordnung.“

204) IfZ, Zs. Nr. 54; Dönitz a. a. O., S. 299 f.

205) IfZ, Zs. Nr. 364, 1628.

206) Auch der „Befehlshaber der Aufklärungsstreitkräfte“, KAdm. Kolbe, und der spätere Gen. Adm. Saalwächter sympathisierten mit dem NS, hielten sich aber äußerlich zurück.

207) IfZ, Zs. Nr. 54, 1482, 246.

208) IfZ, Zs. Nr. 1479.

ten zu wollen<sup>209</sup>), nicht ihre Wirkung auf die Marineführung<sup>210</sup>), die ihre Hoffnungen um so mehr auf eine Regierung Hitlers setzte, als sie mit ihren Forderungen bei den vorhergehenden Kabinetten, nicht nur bei den Sozialdemokraten, oft auf Gegnerschaft gestoßen war<sup>211</sup>).

Raeder, seit dem 1. Oktober 1928 Chef der Marineleitung, wußte nicht nur, daß der Nationalsozialismus in der Marine Fuß gefaßt hatte<sup>212</sup>), sondern sogar, daß er für sie gefährlich geworden war. Seine Erinnerungen verschleiern dies<sup>213</sup>), bezeugen indessen seinen „Attentismus“, der Hitler zugute kam. Denn auf die alarmierende Meldung des damaligen Chefs des Stabes der Ostsee-Station, Admiral Marschall, im Herbst 1932<sup>214</sup>), die überwiegende Mehrzahl der Kommandeure in seinem Befehlsbereich glaube ihrer Leute im Falle eines Einsatzes bei einem nationalsozialistischen Putsch nicht sicher zu sein, gab ihm Raeder nichts weiter zur Antwort, als die vage Versicherung, er werde die Marine schon so führen, daß sie keinen Schaden nehme.

Obwohl selber kein „Politiker“, also auch kein Nationalsozialist<sup>215</sup>), sondern reiner „Soldat“, beobachtete Raeder aufmerksam den politischen Horizont und hatte eine gute Witterung für die Wirkung politischer Entwicklungen auf sein Ressort<sup>216</sup>). Für sein Lebenswerk, den bestmöglichen Auf- und Ausbau der Marine, war er bereit, unter allen Flaggen zu

209) Eintragung ins Gästebuch des Kreuzers „Köln“; vgl. auch K. J. Puttkamer a. a. O. (vgl. Anm. 15), S. 9.

210) Puttkamer a. a. O., S. 9; Raeder a. a. O., II, S. 107.

211) Raeder a. a. O., I, S. 228 ff. — Ferner: Gustav Adolf Caspar, Die sozialdemokratische Partei und das deutsche Wehrproblem in den Jahren der Weimarer Republik. Beiheft 11 der Wehrwiss. Rundschau, Frankfurt/M. 1959, und Wolfgang Wacker, Der Bau des Panzerschiffes „A“ und der Reichstag, Tübingen 1959.

212) IfZ, Zs. Nr. 364, 1628.

213) Raeder a. a. O., I, S. 279 f., S. 14.

214) Der spätere Flottenchef Admiral (und schließlich Generaladmiral) Marschall war beunruhigt durch die bürgerkriegsähnlichen Zustände abends beim „Holstenbummel“ in Kiel — Schlägereien zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten — und hatte deshalb die Kommandeure seines Befehlsbereichs zusammengerufen, um die Lage zu besprechen.

215) Raeder erstrebte kein „politisches“ Amt, wollte nicht Reichswehrminister werden: a. a. O., I, S. 217 f. — Mit den Nationalsozialisten hatte er vor der „Machtergreifung“ nur unmittelbar Berührung durch den ehem. Konteradmiral von Levetzow: ebd., I, S. 172; II, S. 107.

216) Foertsch a. a. O., (vgl. Anm. 9), S. 33.

segeln. „Woher ich meine Panzerschiffe kriege, ist mir egal“ war seine Maxime<sup>217)</sup> — und Hitler versprach ihm welch! So wartete er ab — in der Zwischenzeit mit Hilfe seiner persönlichen Autorität bemüht, der Marine eine Zerreißprobe zu ersparen und Provokationen zu verhindern<sup>218)</sup> — bis ihm Hindenburgs Entschluß ermöglichte, die neue Flagge zu setzen<sup>219)</sup>. Hierin traf er sich auf halbem Wege mit der Marine — die aus ersichtlichen Gründen von vornherein für den Nationalsozialismus viel anfälliger war als das Heer<sup>220)</sup>.

## VI.

Den Vorwurf, durch die Meuterei auf der Flotte die Revolution 1918 ausgelöst zu haben, wurde von der Marine schmerzlich empfunden und verursachte ein Trauma, das sie nie überwand<sup>221)</sup>. Canaris war einer der wenigen, die sich von solchen Befangenheiten freigemacht hatten<sup>222)</sup>. Hier lag ein wesentlicher Grund dafür, daß sich die Marine, selbst nachdem sie erkannt hatte, wohin Hitler steuerte, nicht gegen ihn stellte. Gefördert noch durch die Erlebnisse des Kapp-Putsches, durch welchen sie fast wieder auseinandergebrochen war<sup>223)</sup>, entwickelte sich im Laufe der Zeit ein „Komplex“<sup>224)</sup> mit der fixen Idee: Nie wieder abweichen von der „Legalität“, nie wieder „politisieren“, nichts gegen die „Regierung“<sup>225)</sup>! Die ganze Erziehung in der Marine zielte in

217) IfZ, Zs. Nr. 667 (Vizeadm. a. D. Weichold).

218) Raeder a. a. O., I, S. 279 f.; II, S. 19, 22.

219) Die Marine war gewohnt, Raeder zu folgen: Befragungen; Raeder a. a. O., I, S. 238 ff.; II, S. 15, 21 ff.; Puttkamer a. a. O. (vgl. Anm. 15), S. 10; Admiral a. D. Karlgeorg Schuster in seiner Besprechung der Erinnerungen Raeders: Marine Rundschau 53 (1956), S. 188 f. — Für Raeders straffe Führung vgl. auch: Kurt Assmann, Großadmiral Dr. h. c. Raeder und der Zweite Weltkrieg in: Marine Rundschau 58 (1961), S. 5.

220) Vgl. die verallgemeinernde Formulierung eines scharf beobachtenden Offiziers des Heeres: „Die Marine, deren Mannschaft im Jahre 1918 als erste gemeutert und ihrem kaiserlichen Gründer die Treue versagt hatte, schloß sich dem System ohne Bedenken an und sonnte sich in der Gunst der Partei und des Führers“ (D. v. Choltitz, Soldat unter Soldaten, Konstanz 1951, S. 43).

221) Raeder a. a. O., I, S. 148 ff., 240; Dönitz a. a. O., S. 306.

222) IfZ, Zs. Nr. 240 (Gen. Oberst a. D. Halder).

223) Raeder a. a. O., I, S. 180 ff.

224) Raeder a. a. O., I, S. 227 ff.; II, S. 22, schreibt auch der sogen. Lohmann-Affäre die Wirkung zu, daß die Marine daraus die Lehre zog, nichts mehr gegen die bestehende Regierung zu unternehmen.

225) Raeder a. a. O., I, S. 240; II, S. 14 ff., bes. S. 22.

diese Richtung und wirkte noch fort, als die Grundlagen des Rechtsstaates, die ja die Voraussetzung für solche Loyalität sind, vom Hitler-Regime längst verlassen worden waren.

Wenn überhaupt, so war eine Revision dieser Haltung nur durch Befehl „von oben“ möglich. Raeder, der von der Verworrenheit der Befehlsverhältnisse und Dienststellen während des Ersten Weltkrieges stark beeindruckt worden war, erstrebte vom ersten Tage seiner Leitung an eine energische Zusammenfassung und baute eine so straffe persönliche Führung auf, wie sie bis dahin nicht existiert hatte<sup>226)</sup>. Gegen Offiziere, die ernstlich — und vor allem: nach außen erkennbar — andere Meinungen vertraten als er, konnte er rücksichtslos vorgehen; sie wurden verabschiedet. Der häufige und rasche Wechsel der Flottenchefs ist nur der augenfälligste Beweis dafür<sup>227)</sup>. Eben deshalb war Raeder auch entschiedenster Gegner eines neuen Admiralstabes: jede Möglichkeit einer „Nebenregierung“ sollte von vornherein ausgeschlossen werden. Seine Antipathie dagegen nahm beinahe groteske Formen an<sup>228)</sup>. Nach außen hin, sowohl nach oben wie nach unten, sollte „sein Wille für die Marine alleiniges Gesetz sein“<sup>229)</sup>. Gleichwohl tolerierte er — aus seiner für „unpolitisch“ gehaltenen Einstellung heraus — dabei Offiziere, die dem Nationalsozialismus nicht freundlich gesonnen waren, „solange sie ihre Pflicht taten“<sup>230)</sup>. Das hieß: ebensowenig wie er daran dachte, jemals aktiv gegen Hitler und sein Regime zu opponieren, durfte — und würde — es nach seiner Meinung ein anderer Marineoffizier tun<sup>231)</sup>. Versuche, seine Unterstützung zu wirksamen Schritten nach der „Röhm-Revolution“ oder der „Kristallnacht“ zu erhalten, schlugen daher fehl, und selbständiges Vorgehen ohne bzw. gar gegen den ObdM bedeutete mit

226) Raeder a. a. O., I, S. 235 ff.; Kurt Assmann, Großadmiral Dr. h. c. Raeder usw., a. a. O. (vgl. Anm. 219), S. 5 f.

227) Für die Ablösung der beiden späteren Generaladmirale Boehm und Marschall vgl. Wehrwiss. Rundschau 9 (1959), S. 487 ff.

228) Assmann a. a. O., S. 6, 8; die notwendige Neugründung einer analogen Instanz mußte sich „Seekriegsleitung“ nennen, nicht „Admiralstab“. IfZ, Zs. Nr. 246; Absolventen der sogen. „Führerlehrgänge“, d. h. Admiralstabsoffiziere, wurden hinterher in die verschiedensten Stellungen, bloß nicht in Admiralstabsoffizierspositionen versetzt; Admiral a. D. Karlgeorg Schuster in seiner Besprechung von Raeders Memoiren, in: Marine Rundschau 53 (1956), S. 188 f.

229) Assmann a. a. O., S. 5.

230) Raeder a. a. O., II, S. 21 f.

231) Puttkamer a. a. O., S. 55 f.

Sicherheit schnelle Kassation, wenn auch noch nicht mehr.

Schlimmer sollte es in dieser Hinsicht unter Dönitz werden. Nicht nur, daß dieser das bisherige Führungsprinzip übernahm und weiter ausbaute — er war auch, im Gegensatz zu seinem Vorgänger, bewußt „politisch“. Wenn er bald nach seiner Amtsübernahme eine Reihe verdienter und erfahrener hoher Offiziere entließ, so nicht deshalb, weil er den dienstälteren Admiralen aus Taktgründen nicht zumuten wollte, unter ihm — dem Jüngeren — zu bleiben<sup>232</sup>), sondern weil er sie nicht ohne weiteres für „zuverlässig“ genug in seinem und des Regimes Sinne hielt<sup>233</sup>). Wie Goebbels bezeugt, war sein „gründliches Aufräumen“ ganz nach dem Herzen des „Führers“<sup>234</sup>), dessen Vertrauen er rasch gewinnen wollte und gewann<sup>235</sup>). Daß es ihm dabei — in klarer Erkenntnis der damaligen Führungspraxis — auch darum ging, sachliche Vorteile für die Marine herauszuholen<sup>236</sup>), ist glaubhaft, war aber gewiß nicht sein eigentliches Motiv. Größeres Verständnis für die Seekriegsführung, Abwehr unberechtigter Angriffe etwa von Seiten Görings auf die Marine und bessere Materialzuteilungen sollten schöne Nebenerfolge werden<sup>237</sup>), waren jedoch nicht tiefster Grund seiner bewußt und öffentlich dokumentierten Einstellung zu Hitler und dem Nationalsozialismus. Überzeugt von Hitlers einmaliger Größe und Bedeutung für das deutsche Volk, unter-

232) Unter diesem Vorwand verabschiedete er den Generaladmiral Boehm, der ihm aber entsprechend erwiderte (Mitt. an den Verfasser).

233) Dem großen „Robbenschlag“ (so ironisch in der Marine genannt) fielen alle Admirale zum Opfer, die nicht mehr unbedingt wegen ihres Fachwissens gebraucht wurden, wie z. B. der „K-Chef“ (Kriegsschiffbau) Admiral Fuchs. — Vgl. Dönitz a. a. O., S. 366 ff. — Vizeadmiral Weichold wurde z. B. gerade wegen seiner kritischen Einstellung verabschiedet, nicht deswegen, weil er keine „genügende praktische Fronterfahrung“ hatte. Zum „Abschied“ erhielt er das Wort „Gehe nun hin in die Wüste und predige . . .“, weil er Dönitz gemeldet hatte, daß der Krieg im Mittelmeer verloren sei: IfZ, Zs. Nr. 667 (Vizeadmiral a. D. Weichold). Daß Dönitz später seine neuen Vertrauten auch wieder kalt stellte und eine neue „zuverlässige“ Umgebung schuf, unterstreicht das oben Gesagte. Weder Admiral Meisel als Chef der Skl noch Konteradmiral Godt als Leiter der Op.-Abt. der U-Boote hatten später noch sein Ohr wie ursprünglich.

234) Tagebuch vom 9. März 1943 (vgl. Anm. 39), S. 263.

235) Dönitz a. a. O., S. 307; private Fragen, beantwortet im Nürnberger Gefängnis (Abschrift im IfZ).

236) Vgl. Anm. 235; IfZ, Zs. Nr. 175.

237) Fragebogen; Dönitz a. a. O., S. 309 f.

warf er sich ihm bis an die Grenze persönlicher Würde<sup>238</sup>), übernahm den Rassenwahn<sup>239</sup>) und die feindliche Haltung gegen die Kirchen<sup>240</sup>) aus Hitlers Ideologie und verlangte von seinen Offizieren dasselbe. „Bedingungslos Wächter des nationalsozialistischen Staates“ zu sein, war seine Forderung am 15. Februar 1944<sup>241</sup>). Kein Wunder also, daß bei ihm trotz allem, was schon geschehen und noch zu erwarten war, keine Neigung zum Widerstand gegen das Regime bestand<sup>242</sup>). Seine haßerfüllten Ausbrüche gegen die „Verbrecher“ nach dem 20. Juli<sup>243</sup>) und seine unerschütterliche Treue zu Hitler und der „Idee“ über dessen Ende hinaus<sup>244</sup>) sind Zeugnis dafür, wie sich Dönitz dem Nationalsozialismus verschrieben hatte<sup>245</sup>). Über allen anders Gesinnten hing seine Drohung, sie zu „zerbrechen“<sup>246</sup>).

Dennoch hatten sich in der Marine, so sehr sie anfangs mit dem Nationalsozialismus sympathisierte, je länger desto mehr Skepsis und Kritik geregt. Waren es teilweise nur fachliche

238) In einer berüchtigten Rede im Berliner Sportpalast nannte er sich im Vergleich zu seinem „Führer“ ein „ganz kleines Würstchen“! — Vgl. weiter Dönitz a. a. O., S. 477; Fragebogen; Sonderlage vom 11. 4. 45: IMT Bd. XXXV, S. 304 ff.

239) Rede zum Heldengedenktag 1944; gedruckt in „Das Archiv“, Nachschlagewerk für Politik, Wirtschaft, Kultur, Nr. 120, auch bei Léon Poliakov-Josef Wulf, Das Dritte Reich und die Juden, Berlin, 2. Aufl. 1955, S. 345. — Leserbriefe in der FAZ vom 25. 5. 1961.

240) Eingabe von Marinedekan Ronneberger an den ObdM vom 22. Sept. 1944 (ungedruckt). IfZ, Zs. Nr. 1808.

241) IMT, Dok. D 640 (Bd. XXXV, S. 237 ff.).

242) Dönitz a. a. O., S. 303, 401.

243) Rede in der Nacht vom 20./21. Juli 1944: Zeller a. a. O., S. 283; Tagesbefehl an die Kriegsmarine (ungedruckt) (Akten der Skl: Anlage zu 1. Skl Ib 2226/44 gKChefs.).

244) Rundfunkansprachen an das deutsche Volk und die Wehrmacht vom 1. Mai 1945: Lüdde-Neurath a. a. O. (vgl. Anm. 174), S. 138; Fragebogen Dönitz (vgl. Anm. 235). — Dönitz a. a. O., S. 445, kürzt den Wortlaut. Dönitz weigerte sich noch am 11. Mai 45, als die Sieger Anstoß an den „Führerbildnissen“ nahmen, die noch immer zu sehen seien, einen Befehl zu geben, diese zu entfernen: Tagebuch vom 2. 5. 45 ff., das sein Adjutant Lüdde-Neurath führte, in: Die Niederlage 1945. Aus dem Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht, hrsg. v. Percy Ernst Schramm, dtv-Ausg. München 1962, S. 440 f. — Erst am 14. 5. 45 erging der Befehl als unumgänglich: ebd. S. 445.

245) Angeblich wußte Dönitz nichts von den Greueln; vgl. aber Lüdde-Neurath a. a. O., S. 94 ff.; Fragebogen.

246) Ebenfalls in der Rede vom 15. 2. 44 (vgl. Anm. 239), a. a. O., S. 243.

Zweifel — Zweifel an der militärischen Führung und am „Endsieg“ —, die laut wurden<sup>247)</sup>, so gab es andererseits doch auch echte moralische Erschütterungen, als die Verbrechen des Regimes bekannt wurden<sup>248)</sup>. Das Bild, das die Marine bei näherem Zusehen am 20. Juli und danach bot, war weder so „geschlossen“ noch so eindeutig, wie es Dönitz wünschte oder es der Öffentlichkeit seinerzeit erschien. Aber Widerstandszellen gab es in breiterem Maße nicht. Warum?

Über alle einmalig-zufälligen sachlichen und persönlichen Momente hinaus war letztlich der besondere Geist prinzipieller Subordination in ihrem Offizierkorps dafür verantwortlich, der anders war als die im Heer übliche Unterordnung. Aus einer ursprünglich „technischen“ Notwendigkeit des Bordlebens hatte sich — gefördert durch die soziale Struktur der Marine — eine „Tradition“ entwickelt, d. h. eine geistige Grundhaltung, die einen der wesentlichsten Teile des speziellen „Ehrbegriffs“ des Seeoffiziers ausmachte. Die Freiheit der Entscheidung, die sich die moralisch und intellektuell Besten in der Armee stets vorbehalten haben, auch einmal dem Obersten Kriegsherren den Gehorsam zu verweigern und aktiven Widerstand zu leisten, wenn das Gewissen es verlangte: diese Möglichkeit war im allgemeinen im Ehrenkodex der Marine nicht enthalten. So versagte sie, indem sie in einer bestimmten — zugegeben: bisher noch nicht dagewesenen — geschichtlichen Situation diese „Ehre“ verabsolutierte und damit pervertierte, d. h. durch starre, bloß äußerliche Befolgung des Prinzips der Treue und des Gehorsams zur „Konvention“ erstarren ließ<sup>249)</sup>.

247) In der „Scharnhorst“-Messe ging z. B. die Rede ungefähr so: „Solange wir von Unteroffizieren regiert werden, kann die Geschichte ja nicht glatt gehen . . .“: IfZ, Zs. Nr. 1776.

248) IfZ, Zs. Nr. 1603 u. 1809.

249) Vgl. Dönitz a. a. O., S. 297 ff.; Raeder a. a. O., II, S. 333 ff.

Die der Marine gemeinhin zugeschriebene besondere hohe geistige Qualifikation hingegen war nicht mehr in solchem Ausmaß vorhanden, daß sie als Korrektiv wirksam werden konnte. Die im Kriege 1939—1945 führende Generation war im Durchschnitt im letzten Jahr vor dem Ersten Weltkrieg oder gar später eingetreten. Sie hatte die frühere umfassende Erziehung nicht mehr erfahren und in der Zeit nach 1918 das Versäumte unter den veränderten Umständen nicht nachholen können. Die so konsequente Ablehnung eines neuen Admiralstabes tat ein übriges<sup>250)</sup>, während in der Armee gerade diese Tradition im höheren Offizierkorps gepflegt wurde<sup>251)</sup>. Schließlich war es kein Zufall, daß der militärische Widerstand gegen Hitler im wesentlichen vom Generalstab getragen wurde. Statt dessen hatte die Marine ein ausgezeichnetes Spezialistenkorps gezüchtet, das sich auf das eigene Ressort verstand, aber auch darauf beschränkte und in der Ausnahme-Situation der NS-Ära moralisch wie politisch indifferent blieb<sup>252)</sup>. In diesem Zusammenhang von moralischer Schuld des einzelnen zu sprechen, fällt schwer, weil der einzelne sich weitgehend mit dem „Zeitgeist“ und dem seiner Kaste in Übereinstimmung befand. Indes die Marine als Ganzes bewährte sich in dieser Hinsicht nicht: ein hypertrophes Spezialistentum hatte zu wenig Raum gelassen für selbständigen sittlichen Mut und ein immer waches Gewissen, die unteilbar waren und sich nicht kommandieren ließen.

250) Vgl. dafür Walther Hubatsch, *Der Admiralstab und die obersten Marinebehörden in Deutschland 1848—1945*, Frankfurt a. M. 1958, bes. S. 212 ff.

251) Zur Geschichte des Generalstabes vgl. Halder, bei: Bor, a. a. O., S. 42 ff. („Seine Geschichte ist . . . die Geschichte einer Geisteshaltung, nicht die einer Organisation oder einer Technik“: S. 43).

252) Vgl. auch Raeders Schlußwort in Nürnberg: a. a. O., II, S. 317 ff.; Dönitz IMT Bd. XIII, S. 332 ff.